|  |  |
| --- | --- |
| Grundbuchordnung GBO  Ausfertigungsdatum: 24.03.1897  Vollzitat: "Grundbuchordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1114), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2714) geändert worden ist" Stand: Neugefasst durch Bek. v. 26.5.1994 I 1114; zuletzt geändert durch Art. 4 G v. 15.12.2011 I 2714  Erster Abschnitt - Allgemeine Vorschriften  § 1  (1) Die Grundbücher, die auch als Loseblattgrundbuch geführt werden können, werden von den Amtsgerichten geführt (Grundbuchämter). Diese sind für die in ihrem Bezirk liegenden Grundstücke zuständig. Die abweichenden Vorschriften der §§ 149 und 150 für Baden-Württemberg und das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet bleiben unberührt.  (2) Liegt ein Grundstück in dem Bezirk mehrerer Grundbuchämter, so ist das zuständige Grundbuchamt nach § 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu bestimmen.  (3) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Führung des Grundbuchs einem Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte zuzuweisen, wenn dies einer schnelleren und  rationelleren Grundbuchführung dient. Sie können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.  (4) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die näheren Vorschriften über die Einrichtung und die Führung der Grundbücher, die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefe und die Abschriften aus dem Grundbuch und den Grundakten sowie die Einsicht hierin zu erlassen sowie das Verfahren zur Beseitigung einer Doppelbuchung zu bestimmen. Es kann hierbei auch regeln, inwieweit Änderungen bei einem Grundbuch, die sich auf Grund von Vorschriften der Rechtsverordnung ergeben, den Beteiligten und der Behörde, die das in § 2 Abs. 2 bezeichnete amtliche Verzeichnis führt, bekanntzugeben sind.  § 2  (1) Die Grundbücher sind für Bezirke einzurichten.  (2) Die Grundstücke werden im Grundbuch nach den in den Ländern eingerichteten amtlichen Verzeichnissen benannt (Liegenschaftskataster).  (3) Ein Teil eines Grundstücks soll von diesem nur abgeschrieben werden, wenn ein von der zuständigen Behörde erteilter beglaubigter Auszug aus dem beschreibenden Teil des amtlichen Verzeichnisses vorgelegt wird, aus dem sich die Bezeichnung des Teils und die sonstigen aus dem amtlichen Verzeichnis in das Grundbuch zu übernehmenden Angaben sowie die Änderungen ergeben, die insoweit bei dem Rest des Grundstücks eintreten. Der Teil muß im amtlichen Verzeichnis unter einer besonderen Nummer verzeichnet sein, es sei denn, daß die zur Führung des amtlichen Verzeichnisses zuständige Behörde hiervon absieht, weil er mit einem benachbarten Grundstück oder einem Teil davon zusammengefaßt wird, und dies dem Grundbuchamt bescheinigt. Durch Rechtsverordnung der Landesregierungen, die zu deren Erlaß auch die Landesjustizverwaltungen ermächtigen können, kann neben dem Auszug aus dem beschreibenden Teil auch die Vorlage eines Auszugs aus der amtlichen Karte vorgeschrieben werden, aus dem sich die Größe und Lage des Grundstücks ergeben, es sei denn, daß der Grundstücksteil bisher im Liegenschaftskataster unter einer besonderen Nummer geführt wird.  (4) Ein Auszug aus dem amtlichen Verzeichnis braucht nicht vorgelegt zu werden, wenn der abzuschreibende Grundstücksteil bereits nach dem amtlichen Verzeichnis im Grundbuch benannt ist oder war.  (5) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß der nach den vorstehenden Absätzen vorzulegende Auszug aus dem amtlichen Verzeichnis der Beglaubigung nicht bedarf, wenn der Auszug maschinell hergestellt wird und ein ausreichender Schutz gegen die Vorlage von nicht von der zuständigen Behörde hergestellten oder von verfälschten Auszügen besteht. Satz 1 gilt entsprechend für andere Fälle, in denen dem Grundbuchamt Angaben aus dem amtlichen Verzeichnis zu übermitteln sind. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.  § 3  (1) Jedes Grundstück erhält im Grundbuch eine besondere Stelle (Grundbuchblatt). Das Grundbuchblatt ist für das Grundstück als das Grundbuch im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzusehen.  (2) Die Grundstücke des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände, der Kirchen, Klöster und Schulen, die Wasserläufe, die öffentlichen Wege, sowie die Grundstücke, welche einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnunternehmen gewidmet sind, erhalten ein Grundbuchblatt nur auf Antrag des Eigentümers oder eines Berechtigten.  (3) Ein Grundstück ist auf Antrag des Eigentümers aus dem Grundbuch auszuscheiden, wenn der Eigentümer nach Absatz 2 von der Verpflichtung zur Eintragung befreit und eine Eintragung, von der das Recht des Eigentümers betroffen wird, nicht vorhanden ist.  (4) Das Grundbuchamt kann, sofern hiervon nicht Verwirrung oder eine wesentliche Erschwerung des Rechtsverkehrs oder der Grundbuchführung zu besorgen ist, von der Führung eines Grundbuchblatts für ein Grundstück absehen, wenn das Grundstück den wirtschaftlichen Zwecken mehrerer anderer Grundstücke zu dienen bestimmt ist, zu diesen in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnis und im Miteigentum der Eigentümer dieser Grundstücke steht (dienendes Grundstück).  (5) In diesem Fall müssen an Stelle des ganzen Grundstücks die den Eigentümern zustehenden einzelnen Miteigentumsanteile an dem dienenden Grundstück auf dem Grundbuchblatt des dem einzelnen Eigentümer gehörenden Grundstücks eingetragen werden. Diese Eintragung gilt als Grundbuch für den einzelnen Miteigentumsanteil.  (6) Die Buchung nach den Absätzen 4 und 5 ist auch dann zulässig, wenn die beteiligten Grundstücke noch einem Eigentümer gehören, dieser aber die Teilung des Eigentums am dienenden Grundstück in Miteigentumsanteile und deren Zuordnung zu den herrschenden Grundstücken gegenüber dem Grundbuchamt erklärt hat; die Teilung wird mit der Buchung nach Absatz 5 wirksam.  (7) Werden die Miteigentumsanteile an dem dienenden Grundstück neu gebildet, so soll, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 4 vorliegen, das Grundbuchamt in der Regel nach den vorstehenden Vorschriften verfahren.  (8) Stehen die Anteile an dem dienenden Grundstück nicht mehr den Eigentümern der herrschenden Grundstücke zu, so ist ein Grundbuchblatt anzulegen.  (9) Wird das dienende Grundstück als Ganzes belastet, so ist, sofern nicht ein besonderes Grundbuchblatt angelegt wird oder § 48 anwendbar ist, in allen beteiligten Grundbuchblättern kenntlich zu machen, daß das dienende Grundstück als Ganzes belastet ist; hierbei ist jeweils auf die übrigen Eintragungen zu verweisen.  § 4  (1) Über mehrere Grundstücke desselben Eigentümers, deren Grundbücher von demselben Grundbuchamt geführt werden, kann ein gemeinschaftliches Grundbuchblatt geführt werden, solange hiervon Verwirrung nicht zu besorgen ist.  (2) Dasselbe gilt, wenn die Grundstücke zu einem Hof im Sinne der Höfeordnung gehören oder in ähnlicher Weise bundes- oder landesrechtlich miteinander verbunden sind, auch wenn ihre Grundbücher von verschiedenen Grundbuchämtern geführt werden. In diesen Fällen ist, wenn es sich um einen Hof handelt, das Grundbuchamt zuständig, welches das Grundbuch über die Hofstelle führt; im übrigen ist das zuständige Grundbuchamt nach § 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu bestimmen.  § 5  (1) Ein Grundstück soll nur dann mit einem anderen Grundstück vereinigt werden, wenn hiervon Verwirrung nicht zu besorgen ist. Werden die Grundbücher von verschiedenen Grundbuchämtern geführt, so ist das zuständige Grundbuchamt nach § 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu bestimmen.  (2) Die an der Vereinigung beteiligten Grundstücke sollen im Bezirk desselben Grundbuchamts und derselben für die Führung des amtlichen Verzeichnisses nach § 2 Abs. 2 zuständigen Stelle liegen und unmittelbar aneinandergrenzen. Von diesen Erfordernissen soll nur abgewichen werden, wenn hierfür, insbesondere wegen der Zusammengehörigkeit baulicher Anlagen und Nebenanlagen, ein erhebliches Bedürfnis entsteht. Die Lage der Grundstücke zueinander ist durch Vorlage einer von der zuständigen Behörde beglaubigten Karte nachzuweisen. Das erhebliche Bedürfnis ist glaubhaft zu machen; § 29 gilt hierfür nicht.  § 6  (1) Ein Grundstück soll nur dann einem anderen Grundstück als Bestandteil zugeschrieben werden, wenn hiervon Verwirrung nicht zu besorgen ist. Werden die Grundbücher von verschiedenen Grundbuchämtern geführt, so ist für die Entscheidung über den Antrag auf Zuschreibung und, wenn dem Antrag stattgegeben wird, für die Führung des Grundbuchs über das ganze Grundstück das Grundbuchamt zuständig, das das Grundbuch über das Hauptgrundstück führt.  (2) § 5 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.  § 6a  (1) Dem Antrag auf Eintragung eines Erbbaurechts an mehreren Grundstücken oder Erbbaurechten soll unbeschadet des Satzes 2 nur entsprochen werden, wenn hinsichtlich der zu belastenden Grundstücke die Voraussetzungen des § 5 Abs. 2 Satz 1 vorliegen. Von diesen Erfordernissen soll nur abgewichen werden, wenn die zu belastenden Grundstücke nahe beieinander liegen und entweder das Erbbaurecht in Wohnungs- oder Teilerbbaurechte aufgeteilt werden soll oder Gegenstand des Erbbaurechts ein einheitliches Bauwerk oder ein Bauwerk mit dazugehörenden Nebenanlagen auf den zu belastenden Grundstücken ist; § 5 Abs. 2 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Im übrigen sind die Voraussetzungen des Satzes 2 glaubhaft zu machen; § 29 gilt hierfür nicht.  (2) Dem Antrag auf Eintragung eines Erbbaurechts soll nicht entsprochen werden, wenn das Erbbaurecht sowohl an einem Grundstück als auch an einem anderen Erbbaurecht bestellt werden soll.  § 7  (1) Soll ein Grundstücksteil mit einem Recht belastet werden, so ist er von dem Grundstück abzuschreiben und als selbständiges Grundstück einzutragen.  (2) Ist das Recht eine Dienstbarkeit oder eine Reallast, so kann die Abschreibung unterbleiben, wenn hiervon Verwirrung nicht zu besorgen ist. Jedoch sind auch in diesem Fall die Vorschriften des § 2 Abs. 3 über die Vorlegung einer Karte entsprechend anzuwenden.  § 8  (weggefallen)  § 9  (1) Rechte, die dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks zustehen, sind auf Antrag auch auf dem Blatt dieses Grundstücks zu vermerken. Antragsberechtigt ist der Eigentümer des Grundstücks sowie jeder, dessen Zustimmung nach § 876 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Aufhebung des Rechtes erforderlich ist.  (2) Der Vermerk ist von Amts wegen zu berichtigen, wenn das Recht geändert oder aufgehoben wird.  (3) Die Eintragung des Vermerks (Absatz 1) ist auf dem Blatt des belasteten Grundstücks von Amts wegen ersichtlich zu machen.  § 10  (1) Grundbücher und Urkunden, auf die eine Eintragung sich gründet oder Bezug nimmt, hat das Grundbuchamt dauernd aufzubewahren. Eine Urkunde nach Satz 1 darf nur herausgegeben werden, wenn statt der Urkunde eine beglaubigte Abschrift bei dem Grundbuchamt bleibt.  (2) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu bestimmen, daß statt einer beglaubigten Abschrift der Urkunde eine Verweisung auf die anderen Akten genügt, wenn eine der in Absatz 1 bezeichneten Urkunden in anderen Akten des das Grundbuch führenden Amtsgerichts enthalten ist.  (3)  (weggefallen)  (4)  (weggefallen)  § 10a  (1) Geschlossene Grundbücher können als Wiedergabe auf einem Bildträger oder auf anderen Datenträgern aufbewahrt werden, wenn sichergestellt ist, daß die Wiedergabe oder die Daten innerhalb angemessener Zeit lesbar gemacht werden können. Die Landesjustizverwaltungen bestimmen durch allgemeine Verwaltungsanordnung Zeitpunkt und Umfang dieser Art der Aufbewahrung und die Einzelheiten der Durchführung.  (2) Bei der Herstellung der Bild- oder sonstigen Datenträger ist ein schriftlicher Nachweis anzufertigen, dass die Wiedergabe mit dem Original des Grundbuchs übereinstimmt. Weist das Original farbliche Eintragungen auf, die in der Wiedergabe nicht als solche erkennbar sind, ist dies in dem schriftlichen Nachweis anzugeben. Die Originale der geschlossenen Grundbücher können ausgesondert werden.  (3) Durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz mit Zustimmung des Bundesrates kann vorgesehen werden, daß für die Führung des Grundbuchs nicht mehr benötigte, bei den Grundakten befindliche Schriftstücke ausgesondert werden können. Welche Schriftstücke dies sind und unter welchen Voraussetzungen sie ausgesondert werden können, ist in der Rechtsverordnung nach Satz 1 zu bestimmen.  § 11  Eine Eintragung in das Grundbuch ist nicht aus dem Grunde unwirksam, weil derjenige, der sie bewirkt hat, von der Mitwirkung kraft Gesetzes ausgeschlossen ist.  § 12  (1) Die Einsicht des Grundbuchs ist jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse darlegt. Das gleiche gilt von Urkunden, auf die im Grundbuch zur Ergänzung einer Eintragung Bezug genommen ist, sowie von den noch nicht erledigten Eintragungsanträgen.  (2) Soweit die Einsicht des Grundbuchs, der im Absatz 1 bezeichneten Urkunden und der noch nicht erledigten Eintragungsanträge gestattet ist, kann eine Abschrift gefordert werden; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.  (3) Das Bundesministerium der Justiz kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, dass  1. über die Absätze 1 und 2 hinaus die Einsicht in sonstige sich auf das Grundbuch beziehende Dokumente gestattet ist und Abschriften hiervon gefordert werden können;  2. bei Behörden von der Darlegung des berechtigten Interesses abgesehen werden kann, ebenso bei solchen Personen, bei denen es auf Grund ihres Amtes oder ihrer Tätigkeit gerechtfertigt ist.  § 12a  (1) Die Grundbuchämter dürfen auch ein Verzeichnis der Eigentümer und der Grundstücke sowie mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung weitere, für die Führung des Grundbuchs erforderliche Verzeichnisse einrichten und, auch in maschineller Form, führen. Eine Verpflichtung, diese Verzeichnisse auf dem neuesten Stand zu halten, besteht nicht; eine Haftung bei nicht richtiger Auskunft besteht nicht. Aus öffentlich zugänglich gemachten Verzeichnissen dieser Art sind Auskünfte zu erteilen, soweit ein solches Verzeichnis der Auffindung der Grundbuchblätter dient, zur Einsicht in das Grundbuch oder für den Antrag auf Erteilung von Abschriften erforderlich ist und die Voraussetzungen für die Einsicht in das Grundbuch gegeben sind. Unter den Voraussetzungen des § 12 kann Auskunft aus Verzeichnissen nach Satz 1 auch gewährt werden, wenn damit die Einsicht in das Grundbuch entbehrlich wird. Inländischen Gerichten, Behörden und Notaren kann auch die Einsicht in den entsprechenden Teil des Verzeichnisses gewährt werden. Ein Anspruch auf Erteilung von Abschriften aus dem Verzeichnis besteht nicht. Für maschinell geführte Verzeichnisse gelten § 126 Abs. 2 und § 133 entsprechend.  (2) Als Verzeichnis im Sinne des Absatzes 1 kann mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung auch das Liegenschaftskataster verwendet werden.  § 12b  (1) Nach der Übertragung von geschlossenen Grundbüchern und Grundakten auf einen Bild- oder sonstigen Datenträger in einem Verfahren nach § 10a Absatz 1 und 2, § 128 Absatz 3 oder § 138 Absatz 1 kann eine Einsicht in die vom Grundbuchamt weiter aufbewahrten Originale nicht mehr verlangt werden. Werden die Originale nach ihrer Aussonderung durch eine andere Stelle als das Grundbuchamt aufbewahrt, bestimmt sich die Einsicht nach Landesrecht.  (2) Soweit in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet Grundakten und frühere Grundbücher von anderen als den grundbuchführenden Stellen aufbewahrt werden, gilt § 12 entsprechend.  § 12c  (1) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle entscheidet über:  1. die Gestattung der Einsicht in das Grundbuch oder die in § 12 bezeichneten Akten und Anträge sowie die Erteilung von Abschriften hieraus, soweit nicht Einsicht zu wissenschaftlichen oder Forschungszwecken  begehrt wird;  2. die Erteilung von Auskünften nach § 12a oder die Gewährung der Einsicht in ein dort bezeichnetes Verzeichnis;  3. die Erteilung von Auskünften in den sonstigen gesetzlich vorgesehenen Fällen;  4. die Anträge auf Rückgabe von Urkunden und Versendung von Grundakten an inländische Gerichte oder Behörden.  (2) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle ist ferner zuständig für:  1. die Beglaubigung von Abschriften (Absatz 1 Nr. 1), auch soweit ihm die Entscheidung über die Erteilung nicht zusteht; jedoch kann statt des Urkundsbeamten ein von der Leitung des Amtsgerichts ermächtigter Justizangestellter die Beglaubigung vornehmen;  2. die Verfügungen und Eintragungen zur Erhaltung der Übereinstimmung zwischen dem Grundbuch und dem amtlichen Verzeichnis nach § 2 Abs. 2 oder einem sonstigen, hiermit in Verbindung stehenden Verzeichnis, mit Ausnahme der Verfügungen und Eintragungen, die zugleich eine Berichtigung rechtlicher Art oder eine Berichtigung eines Irrtums über das Eigentum betreffen;  3. die Entscheidungen über Ersuchen des Gerichts um Eintragung oder Löschung des Vermerks über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens und über die Verfügungsbeschränkungen nach der Insolvenzordnung oder des Vermerks über die Einleitung eines Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahrens;  4. die Berichtigung der Eintragung des Namens, des Berufs oder des Wohnortes natürlicher Personen im Grundbuch;  5. die Anfertigung der Nachweise nach § 10a Abs. 2.  (3) Die Vorschrift des § 6 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle sinngemäß anzuwenden.  Handlungen des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle sind nicht aus dem Grunde unwirksam, weil sie von einem örtlich unzuständigen oder von der Ausübung seines Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossenen Urkundsbeamten vorgenommen worden sind.  (4) Wird die Änderung einer Entscheidung des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle verlangt, so entscheidet, wenn dieser dem Verlangen nicht entspricht, der Grundbuchrichter. Die Beschwerde findet erst gegen seine Entscheidung statt.  (5) In den Fällen des § 12b Absatz 2 entscheidet über die Gewährung von Einsicht oder die Erteilung von Abschriften die Leitung der Stelle oder ein von ihm hierzu ermächtigter Bediensteter. Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde nach dem Vierten Abschnitt gegeben. Örtlich zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk die Stelle ihren Sitz hat.  Zweiter Abschnitt  Eintragungen in das Grundbuch  § 13  (1) Eine Eintragung soll, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorschreibt, nur auf Antrag erfolgen. Antragsberechtigt ist jeder, dessen Recht von der Eintragung betroffen wird oder zu dessen Gunsten die Eintragung erfolgen soll.  (2) Der genaue Zeitpunkt, in dem ein Antrag beim Grundbuchamt eingeht, soll auf dem Antrag vermerkt werden. Der Antrag ist beim Grundbuchamt eingegangen, wenn er einer zur Entgegennahme zuständigen Person vorgelegt ist. Wird er zur Niederschrift einer solchen Person gestellt, so ist er mit Abschluß der Niederschrift eingegangen.  (3) Für die Entgegennahme eines auf eine Eintragung gerichteten Antrags oder Ersuchens und die Beurkundung des Zeitpunkts, in welchem der Antrag oder das Ersuchen beim Grundbuchamt eingeht, sind nur die für die Führung des Grundbuchs über das betroffene Grundstück zuständige Person und der von der Leitung des Amtsgerichts für das ganze Grundbuchamt oder einzelne Abteilungen hierzu bestellte Beamte (Angestellte) der Geschäftsstelle zuständig. Bezieht sich der Antrag oder das Ersuchen auf mehrere Grundstücke in verschiedenen Geschäftsbereichen desselben Grundbuchamts, so ist jeder zuständig, der nach Satz 1 in Betracht kommt.  § 14  Die Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung eines Berechtigten darf auch von demjenigen beantragt werden, welcher auf Grund eines gegen den Berechtigten vollstreckbaren Titels eine Eintragung in das Grundbuch verlangen kann, sofern die Zulässigkeit dieser Eintragung von der vorgängigen Berichtigung des Grundbuchs abhängt.  § 15  (1) Für die Eintragungsbewilligung und die sonstigen Erklärungen, die zu der Eintragung erforderlich sind und in öffentlicher oder öffentlich beglaubigter Form abgegeben werden, können sich die Beteiligten auch durch Personen vertreten lassen, die nicht nach § 10 Abs. 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vertretungsbefugt sind. Dies gilt auch für die Entgegennahme von Eintragungsmitteilungen und Verfügungen des Grundbuchamtes nach § 18.  (2) Ist die zu einer Eintragung erforderliche Erklärung von einem Notar beurkundet oder beglaubigt, so gilt dieser als ermächtigt, im Namen eines Antragsberechtigten die Eintragung zu beantragen.  § 16  (1) Einem Eintragungsantrag, dessen Erledigung an einen Vorbehalt geknüpft wird, soll nicht stattgegeben werden.  (2) Werden mehrere Eintragungen beantragt, so kann von dem Antragsteller bestimmt werden, daß die eine Eintragung nicht ohne die andere erfolgen soll.  § 17  Werden mehrere Eintragungen beantragt, durch die dasselbe Recht betroffen wird, so darf die später beantragte Eintragung nicht vor der Erledigung des früher gestellten Antrags erfolgen.  § 18  (1) Steht einer beantragten Eintragung ein Hindernis entgegen, so hat das Grundbuchamt entweder den Antrag unter Angabe der Gründe zurückzuweisen oder dem Antragsteller eine angemessene Frist zur Hebung des Hindernisses zu bestimmen. Im letzteren Fall ist der Antrag nach dem Ablauf der Frist zurückzuweisen, wenn nicht inzwischen die Hebung des Hindernisses nachgewiesen ist.  (2) Wird vor der Erledigung des Antrags eine andere Eintragung beantragt, durch die dasselbe Recht betroffen wird, so ist zugunsten des früher gestellten Antrags von Amts wegen eine Vormerkung oder ein Widerspruch einzutragen; die Eintragung gilt im Sinne des § 17 als Erledigung dieses Antrags. Die Vormerkung oder der Widerspruch wird von Amts wegen gelöscht, wenn der früher gestellte Antrag zurückgewiesen wird.  § 19  Eine Eintragung erfolgt, wenn derjenige sie bewilligt, dessen Recht von ihr betroffen wird.  § 20  Im Falle der Auflassung eines Grundstücks sowie im Falle der Bestellung, Änderung des Inhalts oder Übertragung eines Erbbaurechts darf die Eintragung nur erfolgen, wenn die erforderliche Einigung des Berechtigten und des anderen Teils erklärt ist.  § 21  Steht ein Recht, das durch die Eintragung betroffen wird, dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks zu, so bedarf es der Bewilligung der Personen, deren Zustimmung nach § 876 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Aufhebung des Rechtes erforderlich ist, nur dann, wenn das Recht auf dem Blatt des Grundstücks vermerkt ist.  § 22  (1) Zur Berichtigung des Grundbuchs bedarf es der Bewilligung nach § 19 nicht, wenn die Unrichtigkeit nachgewiesen wird. Dies gilt insbesondere für die Eintragung oder Löschung einer Verfügungsbeschränkung.  (2) Die Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung eines Eigentümers oder eines Erbbauberechtigten darf, sofern nicht der Fall des § 14 vorliegt oder die Unrichtigkeit nachgewiesen wird, nur mit Zustimmung des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten erfolgen.  § 23  (1) Ein Recht, das auf die Lebenszeit des Berechtigten beschränkt ist, darf nach dessen Tod, falls Rückstände von Leistungen nicht ausgeschlossen sind, nur mit Bewilligung des Rechtsnachfolgers gelöscht werden, wenn die Löschung vor dem Ablauf eines Jahres nach dem Tod des Berechtigten erfolgen soll oder wenn der Rechtsnachfolger der Löschung bei dem Grundbuchamt widersprochen hat; der Widerspruch ist von Amts wegen in das Grundbuch einzutragen. Ist der Berechtigte für tot erklärt, so beginnt die einjährige Frist mit dem Erlaß des die Todeserklärung aussprechenden Urteils.  (2) Der im Absatz 1 vorgesehenen Bewilligung des Rechtsnachfolgers bedarf es nicht, wenn im Grundbuch eingetragen ist, daß zur Löschung des Rechtes der Nachweis des Todes des Berechtigten genügen soll.  § 24  Die Vorschriften des § 23 sind entsprechend anzuwenden, wenn das Recht mit der Erreichung eines bestimmten Lebensalters des Berechtigten oder mit dem Eintritt eines sonstigen bestimmten Zeitpunkts oder Ereignisses erlischt.  § 25  Ist eine Vormerkung oder ein Widerspruch auf Grund einer einstweiligen Verfügung eingetragen, so bedarf es zur Löschung nicht der Bewilligung des Berechtigten, wenn die einstweilige Verfügung durch eine vollstreckbare Entscheidung aufgehoben ist. Diese Vorschrift ist entsprechend anzuwenden, wenn auf Grund eines vorläufig  vollstreckbaren Urteils nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung oder auf Grund eines Bescheides nach dem Vermögensgesetz eine Vormerkung oder ein Widerspruch eingetragen ist.  § 26  (1) Soll die Übertragung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, über die ein Brief erteilt ist, eingetragen werden, so genügt es, wenn an Stelle der Eintragungsbewilligung die Abtretungserklärung des bisherigen Gläubigers vorgelegt wird.  (2) Diese Vorschrift ist entsprechend anzuwenden, wenn eine Belastung der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld oder die Übertragung oder Belastung einer Forderung, für die ein eingetragenes Recht als Pfand haftet, eingetragen werden soll.  § 27  Eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld darf nur mit Zustimmung des Eigentümers des Grundstücks gelöscht werden. Für eine Löschung zur Berichtigung des Grundbuchs ist die Zustimmung nicht erforderlich, wenn die Unrichtigkeit nachgewiesen wird.  § 28  In der Eintragungsbewilligung oder, wenn eine solche nicht erforderlich ist, in dem Eintragungsantrag ist das Grundstück übereinstimmend mit dem Grundbuch oder durch Hinweis auf das Grundbuchblatt zu bezeichnen. Einzutragende Geldbeträge sind in inländischer Währung anzugeben; durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen kann die Angabe in einer einheitlichen europäischen Währung, in der Währung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums oder einer anderen Währung, gegen die währungspolitische Bedenken nicht zu erheben sind, zugelassen und, wenn gegen die Fortdauer dieser Zulassung währungspolitische Bedenken bestehen, wieder eingeschränkt werden.  § 29  (1) Eine Eintragung soll nur vorgenommen werden, wenn die Eintragungsbewilligung oder die sonstigen zu der Eintragung erforderlichen Erklärungen durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen werden. Andere Voraussetzungen der Eintragung bedürfen, soweit sie nicht bei dem Grundbuchamt offenkundig sind, des Nachweises durch öffentliche Urkunden.  (2) (weggefallen)  (3) Erklärungen oder Ersuchen einer Behörde, auf Grund deren eine Eintragung vorgenommen werden soll, sind zu unterschreiben und mit Siegel oder Stempel zu versehen.  § 29a  Die Voraussetzungen des § 1179 Nr. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind glaubhaft zu machen; § 29 gilt hierfür nicht.  § 30  Für den Eintragungsantrag sowie für die Vollmacht zur Stellung eines solchen gelten die Vorschriften des § 29 nur, wenn durch den Antrag zugleich eine zu der Eintragung erforderliche Erklärung ersetzt werden soll.  § 31  Eine Erklärung, durch die ein Eintragungsantrag zurückgenommen wird, bedarf der in § 29 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 vorgeschriebenen Form. Dies gilt nicht, sofern der Antrag auf eine Berichtigung des Grundbuchs gerichtet ist. Satz 1 gilt für eine Erklärung, durch die eine zur Stellung des Eintragungsantrags erteilte Vollmacht widerrufen wird, entsprechend.  § 32  (1) Die im Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister eingetragenen Vertretungsberechtigungen, Sitzverlegungen, Firmen- oder Namensänderungen sowie das Bestehen juristischer Personen und Gesellschaften können durch eine Bescheinigung nach § 21 Absatz 1 der Bundesnotarordnung nachgewiesen werden. Dasselbe gilt für sonstige rechtserhebliche Umstände, die sich aus Eintragungen im Register ergeben, insbesondere für Umwandlungen. Der Nachweis kann auch durch einen amtlichen Registerausdruck oder eine beglaubigte Registerabschrift geführt werden.  (2) Wird das Register elektronisch geführt, kann in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 der Nachweis auch durch die Bezugnahme auf das Register geführt werden. Dabei sind das Registergericht und das Registerblatt anzugeben.  § 33  (1) Der Nachweis, daß zwischen Ehegatten Gütertrennung oder ein vertragsmäßiges Güterrecht besteht oder daß ein Gegenstand zum Vorbehaltsgut eines Ehegatten gehört, wird durch ein Zeugnis des Gerichts über die Eintragung des güterrechtlichen Verhältnisses im Güterrechtsregister geführt.  (2) Ist das Grundbuchamt zugleich das Registergericht, so genügt statt des Zeugnisses nach Absatz 1 die Bezugnahme auf das Register.  § 34  (weggefallen)  § 35  (1) Der Nachweis der Erbfolge kann nur durch einen Erbschein geführt werden. Beruht jedoch die Erbfolge auf einer Verfügung von Todes wegen, die in einer öffentlichen Urkunde enthalten ist, so genügt es, wenn an Stelle des Erbscheins die Verfügung und die Niederschrift über die Eröffnung der Verfügung vorgelegt werden; erachtet das Grundbuchamt die Erbfolge durch diese Urkunden nicht für nachgewiesen, so kann es die Vorlegung eines Erbscheins verlangen.  (2) Das Bestehen der fortgesetzten Gütergemeinschaft sowie die Befugnis eines Testamentsvollstreckers zur Verfügung über einen Nachlaßgegenstand ist nur auf Grund der in den §§ 1507, 2368 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen Zeugnisse als nachgewiesen anzunehmen; auf den Nachweis der Befugnis des Testamentsvollstreckers sind jedoch die Vorschriften des Absatzes 1 Satz 2 entsprechend anzuwenden.  (3) Zur Eintragung des Eigentümers oder Miteigentümers eines Grundstücks kann das Grundbuchamt von den in den Absätzen 1 und 2 genannten Beweismitteln absehen und sich mit anderen Beweismitteln, für welche die Form des § 29 nicht erforderlich ist, begnügen, wenn das Grundstück oder der Anteil am Grundstück weniger als 3.000 Euro wert ist und die Beschaffung des Erbscheins oder des Zeugnisses nach § 1507 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur mit unverhältnismäßigem Aufwand an Kosten oder Mühe möglich ist. Der Antragsteller kann auch zur Versicherung an Eides Statt zugelassen werden.  § 36  (1) Soll bei einem zum Nachlaß oder zu dem Gesamtgut einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft gehörenden Grundstück oder Erbbaurecht einer der Beteiligten als Eigentümer oder Erbbauberechtigter eingetragen werden, so genügt zum Nachweis der Rechtsnachfolge und der zur Eintragung des Eigentumsübergangs erforderlichen Erklärungen der Beteiligten ein Zeugnis des Nachlaßgerichts oder des nach  § 344 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständigen Amtsgerichts.  (2) Das Zeugnis darf nur ausgestellt werden, wenn:  a) die Voraussetzungen für die Erteilung eines Erbscheins vorliegen oder der Nachweis der ehelichen Gütergemeinschaft durch öffentliche Urkunden erbracht ist und  b) die Abgabe der Erklärungen der Beteiligten in einer den Vorschriften der Grundbuchordnung entsprechenden Weise dem Nachlaßgericht oder dem nach § 344 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständigen Amtsgericht nachgewiesen ist.  (3) Die Vorschriften über die Zuständigkeit zur Entgegennahme der Auflassung bleiben unberührt.  § 37  Die Vorschriften des § 36 sind entsprechend anzuwenden, wenn bei einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, die zu einem Nachlaß oder zu dem Gesamtgut einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört, einer der Beteiligten als neuer Gläubiger eingetragen werden soll.  § 38  In den Fällen, in denen nach gesetzlicher Vorschrift eine Behörde befugt ist, das Grundbuchamt um eine Eintragung zu ersuchen, erfolgt die Eintragung auf Grund des Ersuchens der Behörde.  § 39  (1) Eine Eintragung soll nur erfolgen, wenn die Person, deren Recht durch sie betroffen wird, als der Berechtigte eingetragen ist.  (2) Bei einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, über die ein Brief erteilt ist, steht es der Eintragung des Gläubigers gleich, wenn dieser sich im Besitz des Briefes befindet und sein Gläubigerrecht nach § 1155 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nachweist.  § 40  (1) Ist die Person, deren Recht durch eine Eintragung betroffen wird, Erbe des eingetragenen Berechtigten, so ist die Vorschrift des § 39 Abs. 1 nicht anzuwenden, wenn die Übertragung oder die Aufhebung des Rechts eingetragen werden soll oder wenn der Eintragungsantrag durch die Bewilligung des Erblassers oder eines Nachlaßpflegers oder durch einen gegen den Erblasser oder den Nachlaßpfleger vollstreckbaren Titel begründet wird.  (2) Das gleiche gilt für eine Eintragung auf Grund der Bewilligung eines Testamentsvollstreckers oder auf Grund eines gegen diesen vollstreckbaren Titels, sofern die Bewilligung oder der Titel gegen den Erben wirksam ist.  § 41  (1) Bei einer Hypothek, über die ein Brief erteilt ist, soll eine Eintragung nur erfolgen, wenn der Brief vorgelegt wird. Für die Eintragung eines Widerspruchs bedarf es der Vorlegung nicht, wenn die Eintragung durch eine einstweilige Verfügung angeordnet ist und der Widerspruch sich darauf gründet, daß die Hypothek oder die Forderung, für welche sie bestellt ist, nicht bestehe oder einer Einrede unterliege oder daß die Hypothek unrichtig eingetragen sei. Der Vorlegung des Briefes bedarf es nicht für die Eintragung einer Löschungsvormerkung nach § 1179 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.  (2) Der Vorlegung des Hypothekenbriefs steht es gleich, wenn in den Fällen der §§ 1162, 1170, 1171 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Grund des Ausschließungsbeschlusses die Erteilung eines neuen Briefes beantragt wird. Soll die Erteilung des Briefes nachträglich ausgeschlossen oder die Hypothek gelöscht werden, so genügt die Vorlegung des Ausschlußurteils.  § 42  Die Vorschriften des § 41 sind auf die Grundschuld und die Rentenschuld entsprechend anzuwenden. Ist jedoch das Recht für den Inhaber des Briefes eingetragen, so bedarf es der Vorlegung des Briefes nur dann nicht, wenn der Eintragungsantrag durch die Bewilligung eines nach § 1189 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellten Vertreters oder durch eine gegen ihn erlassene gerichtliche Entscheidung begründet wird.  § 43  (1) Bei einer Hypothek für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber, aus einem Wechsel oder einem anderen Papier, das durch Indossament übertragen werden kann, soll eine Eintragung nur erfolgen, wenn die Urkunde vorgelegt wird; die Eintragung ist auf der Urkunde zu vermerken.  (2) Diese Vorschrift ist nicht anzuwenden, wenn eine Eintragung auf Grund der Bewilligung eines nach § 1189 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellten Vertreters oder auf Grund einer gegen diesen erlassenen gerichtlichen Entscheidung bewirkt werden soll.  § 44  (1) Jede Eintragung soll den Tag, an welchem sie erfolgt ist, angeben. Die Eintragung soll, sofern nicht nach § 12c Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle zuständig ist, die für die Führung des Grundbuchs zuständige Person, regelmäßig unter Angabe des Wortlauts, verfügen und der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle veranlassen; sie ist von beiden zu unterschreiben, jedoch kann statt des Urkundsbeamten ein von der Leitung des Amtsgerichts ermächtigter Justizangestellter unterschreiben. In den Fällen des § 12c Abs.  2 Nr. 2 bis 4 haben der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle und zusätzlich entweder ein zweiter Beamter der Geschäftsstelle oder ein von der Leitung des Amtsgerichts ermächtigter Justizangestellter die Eintragung zu unterschreiben.  (2) Soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist und der Umfang der Belastung aus dem Grundbuch erkennbar bleibt, soll bei der Eintragung eines Rechts, mit dem ein Grundstück belastet wird, auf die Eintragungsbewilligung Bezug genommen werden. Hierbei sollen in der Bezugnahme der Name des Notars, der Notarin oder die Bezeichnung des Notariats und jeweils die Nummer der Urkundenrolle, bei Eintragungen  auf Grund eines Ersuchens (§ 38) die Bezeichnung der ersuchenden Stelle und deren Aktenzeichen angegeben werden.  (3) Bei der Umschreibung eines Grundbuchblatts, der Neufassung eines Teils eines Grundbuchblatts und in sonstigen Fällen der Übernahme von Eintragungen auf ein anderes, bereits angelegtes oder neu anzulegendes Grundbuchblatt soll, sofern hierdurch der Inhalt der Eintragung nicht verändert wird, die Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung oder andere Unterlagen bis zu dem Umfange nachgeholt oder erweitert werden, wie sie nach Absatz 2 zulässig wäre. Sofern hierdurch der Inhalt der Eintragung nicht verändert wird, kann auch von dem ursprünglichen Text der Eintragung abgewichen werden.  § 45  (1) Sind in einer Abteilung des Grundbuchs mehrere Eintragungen zu bewirken, so erhalten sie die Reihenfolge, welche der Zeitfolge der Anträge entspricht; sind die Anträge gleichzeitig gestellt, so ist im Grundbuch zu vermerken, daß die Eintragungen gleichen Rang haben.  (2) Werden mehrere Eintragungen, die nicht gleichzeitig beantragt sind, in verschiedenen Abteilungen unter Angabe desselben Tages bewirkt, so ist im Grundbuch zu vermerken, daß die später beantragte Eintragung der  früher beantragten im Rang nachsteht.  (3) Diese Vorschriften sind insoweit nicht anzuwenden, als ein Rangverhältnis nicht besteht oder das Rangverhältnis von den Antragstellern abweichend bestimmt ist.  § 46  (1) Die Löschung eines Rechtes oder einer Verfügungsbeschränkung erfolgt durch Eintragung eines Löschungsvermerks.  (2) Wird bei der Übertragung eines Grundstücks oder eines Grundstücksteils auf ein anderes Blatt ein eingetragenes Recht nicht mitübertragen, so gilt es in Ansehung des Grundstücks oder des Teils als gelöscht.  § 47  (1) Soll ein Recht für mehrere gemeinschaftlich eingetragen werden, so soll die Eintragung in der Weise erfolgen, daß entweder die Anteile der Berechtigten in Bruchteilen angegeben werden oder das für die Gemeinschaft maßgebende Rechtsverhältnis bezeichnet wird.  (2) Soll ein Recht für eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts eingetragen werden, so sind auch deren Gesellschafter im Grundbuch einzutragen. Die für den Berechtigten geltenden Vorschriften gelten entsprechend für die Gesellschafter.  § 48  (1) Werden mehrere Grundstücke mit einem Recht belastet, so ist auf dem Blatt jedes Grundstücks die Mitbelastung der übrigen von Amts wegen erkennbar zu machen. Das gleiche gilt, wenn mit einem an einem Grundstück bestehenden Recht nachträglich noch ein anderes Grundstück belastet oder wenn im Falle der Übertragung eines Grundstücksteils auf ein anderes Grundbuchblatt ein eingetragenes Recht mitübertragen wird.  (2) Soweit eine Mitbelastung erlischt, ist dies von Amts wegen zu vermerken.  § 49  Werden Dienstbarkeiten und Reallasten als Leibgedinge, Leibzucht, Altenteil oder Auszug eingetragen, so bedarf es nicht der Bezeichnung der einzelnen Rechte, wenn auf die Eintragungsbewilligung Bezug genommen wird.  § 50  (1) Bei der Eintragung einer Hypothek für Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber genügt es, wenn der Gesamtbetrag der Hypothek unter Angabe der Anzahl, des Betrags und der Bezeichnung der Teile eingetragen wird.  (2) Diese Vorschrift ist entsprechend anzuwenden, wenn eine Grundschuld oder eine Rentenschuld für den Inhaber des Briefes eingetragen und das Recht in Teile zerlegt werden soll.  § 51  Bei der Eintragung eines Vorerben ist zugleich das Recht des Nacherben und, soweit der Vorerbe von den Beschränkungen seines Verfügungsrechts befreit ist, auch die Befreiung von Amts wegen einzutragen.  § 52  Ist ein Testamentsvollstrecker ernannt, so ist dies bei der Eintragung des Erben von Amts wegen miteinzutragen, es sei denn, daß der Nachlaßgegenstand der Verwaltung des Testamentsvollstreckers nicht unterliegt.  § 53  (1) Ergibt sich, daß das Grundbuchamt unter Verletzung gesetzlicher Vorschriften eine Eintragung vorgenommen hat, durch die das Grundbuch unrichtig geworden ist, so ist von Amts wegen ein Widerspruch einzutragen. Erweist sich eine Eintragung nach ihrem Inhalt als unzulässig, so ist sie von Amts wegen zu löschen.  (2) Bei einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld bedarf es zur Eintragung eines Widerspruchs der Vorlegung des Briefes nicht, wenn der Widerspruch den im § 41 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Inhalt hat. Diese Vorschrift ist nicht anzuwenden, wenn der Grundschuld- oder Rentenschuldbrief auf den Inhaber ausgestellt ist.  § 54  Die auf einem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten als solche sind von der Eintragung in das Grundbuch ausgeschlossen, es sei denn, daß ihre Eintragung gesetzlich besonders zugelassen oder angeordnet ist.  § 55  (1) Jede Eintragung soll dem den Antrag einreichenden Notar, dem Antragsteller und dem eingetragenen Eigentümer sowie allen aus dem Grundbuch ersichtlichen Personen bekanntgemacht werden, zu deren Gunsten die Eintragung erfolgt ist oder deren Recht durch sie betroffen wird, die Eintragung eines Eigentümers auch denen, für die eine Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld, Reallast oder ein Recht an einem solchen Recht im Grundbuch eingetragen ist.  (2) Steht ein Grundstück in Miteigentum, so ist die in Absatz 1 vorgeschriebene Bekanntmachung an den Eigentümer nur gegenüber den Miteigentümern vorzunehmen, auf deren Anteil sich die Eintragung bezieht. Entsprechendes gilt bei Miteigentum für die in Absatz 1 vorgeschriebene Bekanntmachung an einen Hypothekengläubiger oder sonstigen Berechtigten von der Eintragung eines Eigentümers.  (3) Veränderungen der grundbuchmäßigen Bezeichnung des Grundstücks und die Eintragung eines Eigentümers sind außerdem der Behörde bekanntzumachen, welche das in § 2 Abs. 2 bezeichnete amtliche Verzeichnis führt.  (4) Die Eintragung des Verzichts auf das Eigentum ist der für die Abgabe der Aneignungserklärung und der für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständigen Behörde bekanntzumachen. In den Fällen des Artikels 233 § 15 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche erfolgt die Bekanntmachung nur gegenüber dem Landesfiskus und der Gemeinde, in deren Gebiet das Grundstück liegt; die Gemeinde unterrichtet ihr bekannte Berechtigte oder Gläubiger.  (5) Wird der in § 9 Abs. 1 vorgesehene Vermerk eingetragen, so hat das Grundbuchamt dies dem Grundbuchamt, welches das Blatt des belasteten Grundstücks führt, bekanntzumachen. Ist der Vermerk eingetragen, so hat das Grundbuchamt, welches das Grundbuchblatt des belasteten Grundstücks führt, jede Änderung oder Aufhebung des Rechts dem Grundbuchamt des herrschenden Grundstücks bekanntzumachen.  (6) Die Bekanntmachung hat die Eintragung wörtlich wiederzugeben. Sie soll auch die Stelle der Eintragung im Grundbuch und den Namen des Grundstückseigentümers, bei einem Eigentumswechsel auch den Namen des bisherigen Eigentümers angeben. In die Bekanntmachung können auch die Bezeichnung des betroffenen Grundstücks in dem in § 2 Abs. 2 genannten amtlichen Verzeichnis sowie bei einem Eigentumswechsel die Anschrift des neuen Eigentümers aufgenommen werden.  (7) Auf die Bekanntmachung kann ganz oder teilweise verzichtet werden.  (8) Sonstige Vorschriften über die Bekanntmachung von Eintragungen in das Grundbuch bleiben unberührt.  § 55a  (1) Enthält ein beim Grundbuchamt eingegangenes Schriftstück Anträge oder Ersuchen, für deren Erledigung neben dem angegangenen Grundbuchamt auch noch ein anderes Grundbuchamt zuständig ist oder mehrere andere Grundbuchämter zuständig sind, so kann jedes der beteiligten Grundbuchämter den anderen beteiligten Grundbuchämtern Abschriften seiner Verfügungen mitteilen.  (2) Werden bei Gesamtrechten (§ 48) die Grundbücher bei verschiedenen Grundbuchämtern geführt, so sind die Eintragungen sowie die Verfügungen, durch die ein Antrag oder Ersuchen auf Eintragung zurückgewiesen wird, den anderen beteiligten Grundbuchämtern bekanntzugeben.  § 55b  Soweit das Grundbuchamt auf Grund von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit Grundbucheintragungen Mitteilungen an Gerichte oder Behörden oder sonstige Stellen zu machen hat, muß der Betroffene nicht unterrichtet werden. Das gleiche gilt im Falle des § 55a.  Dritter Abschnitt  Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuldbrief  § 56  (1) Der Hypothekenbrief wird von dem Grundbuchamt erteilt. Er muß die Bezeichnung als Hypothekenbrief enthalten, den Geldbetrag der Hypothek und das belastete Grundstück bezeichnen sowie mit Unterschrift und Siegel oder Stempel versehen sein.  (2) Der Hypothekenbrief ist von der für die Führung des Grundbuchs zuständigen Person und dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben. Jedoch kann statt des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle ein von der Leitung des Amtsgerichts ermächtigter Justizangestellter unterschreiben.  § 57  (1) Der Hypothekenbrief soll die Nummer des Grundbuchblatts und den Inhalt der die Hypothek betreffenden Eintragungen enthalten. Das belastete Grundstück soll mit der laufenden Nummer bezeichnet werden, unter der es im Bestandsverzeichnis des Grundbuchs verzeichnet ist. Bei der Hypothek eingetragene Löschungsvormerkungen nach § 1179 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sollen in den Hypothekenbrief nicht aufgenommen werden.  (2) Ändern sich die in Absatz 1 Satz 1 und 2 bezeichneten Angaben, so ist der Hypothekenbrief auf Antrag zu ergänzen, soweit nicht die Ergänzung schon nach anderen Vorschriften vorzunehmen ist.  § 58  (1) Ist eine Urkunde über die Forderung, für welche eine Hypothek besteht, ausgestellt, so soll die Urkunde mit dem Hypothekenbrief verbunden werden. Erstreckt sich der Inhalt der Urkunde auch auf andere Angelegenheiten, so genügt es, wenn ein öffentlich beglaubigter Auszug aus der Urkunde mit dem Hypothekenbrief verbunden wird.  (2) (weggefallen)  (3) Zum Nachweis, daß eine Schuldurkunde nicht ausgestellt ist, genügt eine darauf gerichtete Erklärung des Eigentümers.  § 59  (1) Über eine Gesamthypothek soll nur ein Hypothekenbrief erteilt werden. Er ist nur von einer für die Führung des Grundbuchs zuständigen Person und von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder ermächtigten Justizangestellten (§ 56 Abs. 2) zu unterschreiben, auch wenn bezüglich der belasteten Grundstücke insoweit verschiedene Personen zuständig sind.  (2) Werden die Grundbücher der belasteten Grundstücke von verschiedenen Grundbuchämtern geführt, so soll jedes Amt für die Grundstücke, deren Grundbuchblätter es führt, einen besonderen Brief erteilen; die Briefe sind miteinander zu verbinden.  § 60  (1) Der Hypothekenbrief ist dem Eigentümer des Grundstücks, im Falle der nachträglichen Erteilung dem Gläubiger auszuhändigen.  (2) Auf eine abweichende Bestimmung des Eigentümers oder des Gläubigers ist die Vorschrift des § 29 Abs. 1 Satz 1 entsprechend anzuwenden.  § 61  (1) Ein Teilhypothekenbrief kann von dem Grundbuchamt oder einem Notar hergestellt werden.  (2) Der Teilhypothekenbrief muß die Bezeichnung als Teilhypothekenbrief sowie eine beglaubigte Abschrift der im § 56 Abs. 1 Satz 2 vorgesehenen Angaben des bisherigen Briefes enthalten, den Teilbetrag der Hypothek, auf den er sich bezieht, bezeichnen sowie mit Unterschrift und Siegel oder Stempel versehen sein. Er soll außerdem eine beglaubigte Abschrift der sonstigen Angaben des bisherigen Briefes und der auf diesem befindlichen Vermerke enthalten. Eine mit dem bisherigen Brief verbundene Schuldurkunde soll in beglaubigter Abschrift mit dem Teilhypothekenbrief verbunden werden.  (3) Wird der Teilhypothekenbrief vom Grundbuchamt hergestellt, so ist auf die Unterschrift § 56 Abs. 2 anzuwenden.  (4) Die Herstellung des Teilhypothekenbriefes soll auf dem bisherigen Brief vermerkt werden.  § 62  (1) Eintragungen, die bei der Hypothek erfolgen, sind von dem Grundbuchamt auf dem Hypothekenbrief zu vermerken; der Vermerk ist mit Unterschrift und Siegel oder Stempel zu versehen. Satz 1 gilt nicht für die Eintragung einer Löschungsvormerkung nach § 1179 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.  (2) Auf die Unterschrift ist § 56 Abs. 2 anzuwenden.  (3) In den Fällen des § 53 Abs. 1 hat das Grundbuchamt den Besitzer des Briefes zur Vorlegung anzuhalten. In gleicher Weise hat es, wenn in den Fällen des § 41 Abs. 1 Satz 2 und des § 53 Abs. 2 der Brief nicht vorgelegt ist, zu verfahren, um nachträglich den Widerspruch auf dem Brief zu vermerken.  § 63  Wird nach der Erteilung eines Hypothekenbriefs mit der Hypothek noch ein anderes, bei demselben Grundbuchamt gebuchtes Grundstück belastet, so ist, sofern nicht die Erteilung eines neuen Briefes über die Gesamthypothek beantragt wird, die Mitbelastung auf dem bisherigen Brief zu vermerken und zugleich der Inhalt des Briefes in Ansehung des anderen Grundstücks nach § 57 zu ergänzen.  § 64  Im Falle der Verteilung einer Gesamthypothek auf die einzelnen Grundstücke ist für jedes Grundstück ein neuer Brief zu erteilen.  § 65  (1) Tritt nach § 1177 Abs. 1 oder nach § 1198 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Grundschuld oder eine Rentenschuld an die Stelle der Hypothek, so ist, sofern nicht die Erteilung eines neuen Briefes beantragt wird, die Eintragung der Rechtsänderung auf dem bisherigen Brief zu vermerken und eine mit dem Brief verbundene Schuldurkunde abzutrennen.  (2) Das gleiche gilt, wenn nach § 1180 des Bürgerlichen Gesetzbuchs an die Stelle der Forderung, für welche eine Hypothek besteht, eine andere Forderung gesetzt wird.  § 66  Stehen einem Gläubiger mehrere Hypotheken zu, die gleichen Rang haben oder im Rang unmittelbar aufeinanderfolgen, so ist ihm auf seinen Antrag mit Zustimmung des Eigentümers über die mehreren Hypotheken ein Hypothekenbrief in der Weise zu erteilen, daß der Brief die sämtlichen Hypotheken umfaßt.  § 67  Einem Antrag des Berechtigten auf Erteilung eines neuen Briefes ist stattzugeben, wenn der bisherige Brief oder in den Fällen der §§ 1162, 1170, 1171 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Ausschließungsbeschluss vorgelegt wird.  § 68  (1) Wird ein neuer Brief erteilt, so hat er die Angabe zu enthalten, daß er an die Stelle des bisherigen Briefes tritt.  (2) Vermerke, die nach den §§ 1140, 1145, 1157 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Rechtsverhältnis zwischen dem Eigentümer und dem Gläubiger in Betracht kommen, sind auf den neuen Brief zu übertragen.  (3) Die Erteilung des Briefes ist im Grundbuch zu vermerken.  § 69  Wird eine Hypothek gelöscht, so ist der Brief unbrauchbar zu machen; das gleiche gilt, wenn die Erteilung des Briefes über eine Hypothek nachträglich ausgeschlossen oder an Stelle des bisherigen Briefes ein neuer Hypothekenbrief, ein Grundschuldbrief oder ein Rentenschuldbrief erteilt wird. Eine mit dem bisherigen Brief verbundene Schuldurkunde ist abzutrennen und, sofern sie nicht mit dem neuen Hypothekenbrief zu verbinden ist, zurückzugeben.  § 70  (1) Die Vorschriften der §§ 56 bis 69 sind auf den Grundschuldbrief und den Rentenschuldbrief entsprechend anzuwenden. Der Rentenschuldbrief muß auch die Ablösungssumme angeben.  (2) Ist eine für den Inhaber des Briefes eingetragene Grundschuld oder Rentenschuld in Teile zerlegt, so ist über jeden Teil ein besonderer Brief herzustellen.  Vierter Abschnitt - Beschwerde  § 71  (1) Gegen die Entscheidungen des Grundbuchamts findet das Rechtsmittel der Beschwerde statt.  (2) Die Beschwerde gegen eine Eintragung ist unzulässig. Im Wege der Beschwerde kann jedoch verlangt werden, daß das Grundbuchamt angewiesen wird, nach § 53 einen Widerspruch einzutragen oder eine Löschung vorzunehmen.  § 72  Über die Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk das Grundbuchamt seinen Sitz hat.  § 73  (1) Die Beschwerde kann bei dem Grundbuchamt oder bei dem Beschwerdegericht eingelegt werden.  (2) Die Beschwerde ist durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder durch Erklärung zur Niederschrift des Grundbuchamts oder der Geschäftsstelle des Beschwerdegerichts einzulegen. Für die Einlegung der Beschwerde durch die Übermittlung eines elektronischen Dokuments, die elektronische Gerichtsakte sowie das gerichtliche elektronische Dokument gilt § 14 Absatz 1 bis 3 und 5 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.  § 74  Die Beschwerde kann auf neue Tatsachen und Beweise gestützt werden.  § 75  Erachtet das Grundbuchamt die Beschwerde für begründet, so hat es ihr abzuhelfen.  § 76  (1) Das Beschwerdegericht kann vor der Entscheidung eine einstweilige Anordnung erlassen, insbesondere dem Grundbuchamt aufgeben, eine Vormerkung oder einen Widerspruch einzutragen, oder anordnen, daß die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung auszusetzen ist.  (2) Die Vormerkung oder der Widerspruch (Absatz 1) wird von Amts wegen gelöscht, wenn die Beschwerde zurückgenommen oder zurückgewiesen ist.  (3) Die Beschwerde hat nur dann aufschiebende Wirkung, wenn sie gegen eine Verfügung gerichtet ist, durch die ein Zwangsgeld festgesetzt wird.  § 77  Die Entscheidung des Beschwerdegerichts ist mit Gründen zu versehen und dem Beschwerdeführer mitzuteilen.  § 78  (1) Gegen einen Beschluss des Beschwerdegerichts ist die Rechtsbeschwerde statthaft, wenn sie das Beschwerdegericht in dem Beschluss zugelassen hat.  (2) Die Rechtsbeschwerde ist zuzulassen, wenn  1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder  2. die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert. Das Rechtsbeschwerdegericht ist an die Zulassung gebunden.  (3) Auf das weitere Verfahren finden § 73 Absatz 2 Satz 2 dieses Gesetzes sowie die §§ 71 bis 74a des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.  § 79  (weggefallen)  § 80  (weggefallen)  § 81  (1) Über Beschwerden entscheidet bei den Oberlandesgerichten und dem Bundesgerichtshof ein Zivilsenat.  (2) Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen sind entsprechend anzuwenden.  (3) Die Vorschrift des § 44 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Fortführung des Verfahrens bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör ist entsprechend anzuwenden.  (4) Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen für ihren Bereich durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem an elektronische Akten geführt und elektronische Dokumente bei Gericht eingereicht werden können. Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen für ihren Bereich durch Rechtsverordnung die organisatorisch- technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Aufbewahrung der elektronischen Akten und die für die Bearbeitung der Dokumente geeignete Form. Die Rechtsverordnungen der Bundesregierung bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates. Die Landesregierungen können die Ermächtigungen durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. Die Zulassung der elektronischen Akte und der elektronischen Form kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden.  Fünfter Abschnitt  Verfahren des Grundbuchamts in besonderen Fällen  I. Grundbuchberichtigungszwang  § 82  Ist das Grundbuch hinsichtlich der Eintragung des Eigentümers durch Rechtsübergang außerhalb des Grundbuchs unrichtig geworden, so soll das Grundbuchamt dem Eigentümer oder dem Testamentsvollstrecker, dem die Verwaltung des Grundstücks zusteht, die Verpflichtung auferlegen, den Antrag auf Berichtigung des Grundbuchs zu stellen und die zur Berichtigung des Grundbuchs notwendigen Unterlagen zu beschaffen. Das Grundbuchamt soll diese Maßnahme zurückstellen, solange berechtigte Gründe vorliegen. Ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Eigentümerin eingetragen, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend, wenn die Eintragung eines Gesellschafters gemäß § 47 Absatz 2 unrichtig geworden ist.  § 82a  Liegen die Voraussetzungen des § 82 vor, ist jedoch das Berichtigungszwangsverfahren nicht durchführbar oder bietet es keine Aussicht auf Erfolg, so kann das Grundbuchamt das Grundbuch von Amts wegen berichtigen. Das Grundbuchamt kann in diesem Fall das Nachlaßgericht um Ermittlung des Erben des Eigentümers ersuchen.  § 83  Das Nachlaßgericht, das einen Erbschein erteilt oder sonst die Erben ermittelt hat, soll, wenn ihm bekannt ist, daß zu dem Nachlaß ein Grundstück gehört, dem zuständigen Grundbuchamt von dem Erbfall und den Erben Mitteilung machen. Wird ein Testament oder ein Erbvertrag eröffnet, so soll das Gericht, wenn ihm bekannt ist, daß zu dem Nachlaß ein Grundstück gehört, dem zuständigen Grundbuchamt von dem Erbfall Mitteilung machen und die als Erben eingesetzten Personen, soweit ihm ihr Aufenthalt bekannt ist, darauf hinweisen, daß durch den Erbfall das Grundbuch unrichtig geworden ist und welche gebührenrechtlichen Vergünstigungen für eine Grundbuchberichtigung bestehen.  II.  Löschung gegenstandsloser Eintragungen  § 84  (1) Das Grundbuchamt kann eine Eintragung über ein Recht nach Maßgabe der folgenden Vorschriften von Amts wegen als gegenstandslos löschen. Für die auf der Grundlage des Gesetzes vom 1. Juni 1933 zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse eingetragenen Entschuldungsvermerke gilt Satz 1 entsprechend.  (2) Eine Eintragung ist gegenstandslos:  a) soweit das Recht, auf das sie sich bezieht, nicht besteht und seine Entstehung ausgeschlossen ist;  b) soweit das Recht, auf das sie sich bezieht, aus tatsächlichen Gründen dauernd nicht ausgeübt werden kann.  (3) Zu den Rechten im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch Vormerkungen, Widersprüche, Verfügungsbeschränkungen, Enteignungsvermerke und ähnliches.  § 85  (1) Das Grundbuchamt soll das Verfahren zur Löschung gegenstandsloser Eintragungen grundsätzlich nur einleiten, wenn besondere äußere Umstände (z.B. Umschreibung des Grundbuchblatts wegen Unübersichtlichkeit, Teilveräußerung oder Neubelastung des Grundstücks, Anregung seitens eines Beteiligten) hinreichenden Anlaß dazu geben und Grund zu der Annahme besteht, daß die Eintragung gegenstandslos ist.  (2) Das Grundbuchamt entscheidet nach freiem Ermessen, ob das Löschungsverfahren einzuleiten und durchzuführen ist; diese Entscheidung ist unanfechtbar.  § 86  Hat ein Beteiligter die Einleitung des Löschungsverfahrens angeregt, so soll das Grundbuchamt die Entscheidung, durch die es die Einleitung des Verfahrens ablehnt oder das eingeleitete Verfahren einstellt, mit Gründen versehen.  § 87  Die Eintragung ist zu löschen:  a) wenn sich aus Tatsachen oder Rechtsverhältnissen, die in einer den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechenden Weise festgestellt sind, ergibt, daß die Eintragung gegenstandslos ist;  b) wenn dem Betroffenen eine Löschungsankündigung zugestellt ist und er nicht binnen einer vom Grundbuchamt zugleich zu bestimmenden Frist Widerspruch erhoben hat;  c) wenn durch einen mit Gründen zu versehenden Beschluß rechtskräftig festgestellt ist, daß die Eintragung gegenstandslos ist.  § 88  (1) Das Grundbuchamt kann den Besitzer von Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefen sowie von Urkunden der in den §§ 1154, 1155 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art zur Vorlegung dieser Urkunden anhalten.  (2) § 40 Abs. 1 und § 41 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist auf die Löschungsankündigung (§ 87 Buchstabe b) und den Feststellungsbeschluß (§ 87 Buchstabe c) mit folgenden Maßgaben anzuwenden:  a) § 184 der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden;  b) die Löschungsankündigung (§ 87 Buchstabe b) kann nicht öffentlich zugestellt werden;  c) der Feststellungsbeschluß (§ 87 Buchstabe c) kann auch dann, wenn die Person des Beteiligten, dem zugestellt werden soll, unbekannt ist, öffentlich zugestellt werden.  § 89  (1) Die Beschwerde (§ 71) gegen den Feststellungsbeschluß ist binnen einer Frist von zwei Wochen seit Zustellung des angefochtenen Beschlusses an den Beschwerdeführer einzulegen. Das Grundbuchamt und das Beschwerdegericht können in besonderen Fällen in ihrer Entscheidung eine längere Frist bestimmen.  (2) Auf den zur Zustellung bestimmten Ausfertigungen der Beschlüsse soll vermerkt werden, ob gegen die Entscheidung ein Rechtsmittel zulässig und bei welcher Behörde, in welcher Form und binnen welcher Frist es einzulegen ist.  III.  Klarstellung der Rangverhältnisse  § 90  Das Grundbuchamt kann aus besonderem Anlaß, insbesondere bei Umschreibung unübersichtlicher Grundbücher, Unklarheiten und Unübersichtlichkeiten in den Rangverhältnissen von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten beseitigen.  § 91  (1) Vor der Umschreibung eines unübersichtlichen Grundbuchblatts hat das Grundbuchamt zu prüfen, ob die Rangverhältnisse unklar oder unübersichtlich sind und ihre Klarstellung nach den Umständen angezeigt erscheint. Das Grundbuchamt entscheidet hierüber nach freiem Ermessen. Die Entscheidung ist unanfechtbar.  (2) Der Beschluß, durch den das Verfahren eingeleitet wird, ist allen Beteiligten zuzustellen.  (3) Die Einleitung des Verfahrens ist im Grundbuch zu vermerken.  (4) Der Beschluß, durch den ein Antrag auf Einleitung des Verfahrens abgelehnt wird, ist nur dem Antragsteller bekanntzumachen.  § 92  (1) In dem Verfahren gelten als Beteiligte:  a) der zur Zeit der Eintragung des Vermerks (§ 91 Abs. 3) im Grundbuch eingetragene Eigentümer und, wenn das Grundstück mit einer Gesamthypothek, (-grundschuld, -rentenschuld) belastet ist, die im Grundbuch  eingetragenen Eigentümer der anderen mit diesem Recht belasteten Grundstücke;  b) Personen, für die in dem unter Buchstabe a bestimmten Zeitpunkt ein Recht am Grundstück oder ein Recht an einem das Grundstück belastenden Recht im Grundbuch eingetragen oder durch Eintragung gesichert ist;  c) Personen, die ein Recht am Grundstück oder an einem das Grundstück belastenden Recht im Verfahren anmelden und auf Verlangen des Grundbuchamts oder eines Beteiligten glaubhaft machen.  (2) Beteiligter ist nicht, wessen Recht von der Rangbereinigung nicht berührt wird.  § 93  Ist der im Grundbuch als Eigentümer oder Berechtigter Eingetragene nicht der Berechtigte, so hat er dies unverzüglich nach Zustellung des Einleitungsbeschlusses dem Grundbuchamt anzuzeigen und anzugeben, was ihm über die Person des Berechtigten bekannt ist. Ein schriftlicher Hinweis auf diese Pflicht ist ihm zugleich mit dem Einleitungsbeschluß zuzustellen.  § 94  (1) Das Grundbuchamt kann von Amts wegen Ermittlungen darüber anstellen, ob das Eigentum oder ein eingetragenes Recht dem als Berechtigten Eingetragenen oder einem anderen zusteht, und die hierzu geeigneten Beweise erheben. Inwieweit § 35 anzuwenden ist, entscheidet das Grundbuchamt nach freiem Ermessen.  (2) Der ermittelte Berechtigte gilt vom Zeitpunkt seiner Feststellung an auch als Beteiligter.  (3) Bestehen Zweifel darüber, wer von mehreren Personen der Berechtigte ist, so gelten sämtliche Personen als Berechtigte.  § 95  (1) Wechselt im Laufe des Verfahrens die Person eines Berechtigten, so gilt der neue Berechtigte von dem Zeitpunkt ab, zu dem seine Person dem Grundbuchamt bekannt wird, als Beteiligter.  (2) Das gleiche gilt, wenn im Laufe des Verfahrens ein neues Recht am Grundstück oder an einem das Grundstück belastenden Recht begründet wird, das von dem Verfahren berührt wird.  § 96  Ist die Person oder der Aufenthalt eines Beteiligten oder seines Vertreters unbekannt, so kann das Grundbuchamt dem Beteiligten für das Rangbereinigungsverfahren einen Pfleger bestellen. Für die Pflegschaft tritt an die Stelle des Betreuungsgerichts das Grundbuchamt.  § 97  (1) Wohnt ein Beteiligter nicht im Inland und hat er einen hier wohnenden Bevollmächtigten nicht bestellt, so kann das Grundbuchamt anordnen, daß er einen im Inland wohnenden Bevollmächtigten zum Empfang der für ihn bestimmten Sendungen oder für das Verfahren bestellt.  (2) Hat das Grundbuchamt dies angeordnet, so können, solange der Beteiligte den Bevollmächtigten nicht bestellt hat, nach der Ladung zum ersten Verhandlungstermin alle weiteren Zustellungen in der Art bewirkt werden, daß das zuzustellende Schriftstück unter der Anschrift des Beteiligten nach seinem Wohnort zur Post gegeben wird; die Postsendungen sind mit der Bezeichnung "Einschreiben" zu versehen. Die Zustellung gilt mit der Aufgabe zur Post als bewirkt, selbst wenn die Sendung als unbestellbar zurückkommt.  § 98  Die öffentliche Zustellung ist unzulässig.  § 99  Das Grundbuchamt kann den Besitzer von Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefen sowie von Urkunden der in den §§ 1154, 1155 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art zur Vorlegung dieser Urkunden anhalten.  § 100  Das Grundbuchamt hat die Beteiligten zu einem Verhandlungstermin über die Klarstellung der Rangverhältnisse zu laden. Die Ladung soll den Hinweis enthalten, daß ungeachtet des Ausbleibens eines Beteiligten über die Klarstellung der Rangverhältnisse verhandelt werden würde.  § 101  (1) Die Frist zwischen der Ladung und dem Termin soll mindestens zwei Wochen betragen.  (2) Diese Vorschrift ist auf eine Vertagung sowie auf einen Termin zur Fortsetzung der Verhandlung nicht anzuwenden. Die zu dem früheren Termin Geladenen brauchen zu dem neuen Termin nicht nochmals geladen zu werden, wenn dieser verkündet ist.  § 102  (1) In dem Termin hat das Grundbuchamt zu versuchen, eine Einigung der Beteiligten auf eine klare Rangordnung herbeizuführen. Einigen sich die erschienenen Beteiligten, so hat das Grundbuchamt die Vereinbarung zu beurkunden. Ein nicht erschienener Beteiligter kann seine Zustimmung zu der Vereinbarung in einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde erteilen.  (2) Einigen sich die Beteiligten, so ist das Grundbuch der Vereinbarung gemäß umzuschreiben.  § 103  Einigen sich die Beteiligten nicht, so macht das Grundbuchamt ihnen einen Vorschlag für eine neue Rangordnung. Es kann hierbei eine Änderung der bestehenden Rangverhältnisse, soweit sie zur Herbeiführung einer klaren Rangordnung erforderlich ist, vorschlagen.  § 104  (1) Der Vorschlag ist den Beteiligten mit dem Hinweis zuzustellen, daß sie gegen ihn binnen einer Frist von einem Monat von der Zustellung ab bei dem Grundbuchamt Widerspruch erheben können. In besonderen Fällen kann eine längere Frist bestimmt werden.  (2) Der Widerspruch ist schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines Amtsgerichts einzulegen; in letzterem Fall ist die Widerspruchsfrist gewahrt, wenn die Erklärung innerhalb der Frist abgegeben ist.  § 105  (1) Einem Beteiligten, der ohne sein Verschulden verhindert war, die Frist (§ 104) einzuhalten, hat das Grundbuchamt auf seinen Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn er binnen zwei Wochen nach der Beseitigung des Hindernisses den Widerspruch einlegt und die Tatsachen, die die Wiedereinsetzung begründen, glaubhaft macht.  (2) Die Entscheidung, durch die Wiedereinsetzung erteilt wird, ist unanfechtbar; gegen die Entscheidung, durch  die der Antrag auf Wiedereinsetzung als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird, ist die Beschwerde nach den Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zulässig.  (3) Die Wiedereinsetzung kann nicht mehr beantragt werden, nachdem die neue Rangordnung eingetragen oder wenn seit dem Ende der versäumten Frist ein Jahr verstrichen ist.  § 106  (1) Ist ein Rechtsstreit anhängig, der die Rangverhältnisse des Grundstücks zum Gegenstand hat, so ist das Verfahren auf Antrag eines Beteiligten bis zur Erledigung des Rechtsstreits auszusetzen.  (2) Das Grundbuchamt kann auch von Amts wegen das Verfahren aussetzen und den Beteiligten oder einzelnen von ihnen unter Bestimmung einer Frist aufgeben, die Entscheidung des Prozeßgerichts herbeizuführen, wenn die Aufstellung einer neuen klaren Rangordnung von der Entscheidung eines Streites über die bestehenden Rangverhältnisse abhängt.  § 107  Ist der Rechtsstreit erledigt, so setzt das Grundbuchamt das Verfahren insoweit fort, als es noch erforderlich ist, um eine klare Rangordnung herbeizuführen.  § 108  (1) Nach dem Ablauf der Widerspruchsfrist stellt das Grundbuchamt durch Beschluß die neue Rangordnung fest, sofern nicht Anlaß besteht, einen neuen Vorschlag zu machen. Es entscheidet hierbei zugleich über die nicht erledigten Widersprüche; insoweit ist die Entscheidung mit Gründen zu versehen.  (2) Ist über einen Widerspruch entschieden, so ist der Beschluß allen Beteiligten zuzustellen.  § 109  Das Grundbuchamt kann jederzeit das Verfahren einstellen, wenn es sich von seiner Fortsetzung keinen Erfolg verspricht. Der Einstellungsbeschluß ist unanfechtbar.  § 110  (1) Hat das Grundbuchamt in dem Beschluß, durch den die neue Rangordnung festgestellt wird, über einen Widerspruch entschieden, so ist gegen den Beschluß die Beschwerde nach den Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zulässig.  (2) Die Rechtsbeschwerde ist unzulässig.  § 111  Ist die neue Rangordnung rechtskräftig festgestellt, so hat das Grundbuchamt das Grundbuch nach Maßgabe dieser Rangordnung umzuschreiben.  § 112  Ist die neue Rangordnung (§ 102 Abs. 2, § 111) eingetragen, so tritt sie an die Stelle der bisherigen Rangordnung.  § 113  Wird die neue Rangordnung eingetragen (§ 102 Abs. 2, § 111) oder wird das Verfahren eingestellt (§ 109), so ist der Einleitungsvermerk zu löschen.  § 114  Die Kosten des Verfahrens erster Instanz verteilt das Grundbuchamt auf die Beteiligten nach billigem Ermessen.  § 115  Wird durch das Verfahren ein anhängiger Rechtsstreit erledigt, so trägt jede Partei die ihr entstandenen außergerichtlichen Kosten. Die Gerichtskosten werden niedergeschlagen.  Sechster Abschnitt  Anlegung von Grundbuchblättern  § 116  (1) Für ein Grundstück, das ein Grundbuchblatt bei der Anlegung des Grundbuchs nicht erhalten hat, wird das Blatt unbeschadet des § 3 Abs. 2 bis 9 von Amts wegen angelegt.  (2) Das Verfahren bei der Anlegung des Grundbuchblatts richtet sich nach den Vorschriften der §§ 117 bis 125.  § 117  Das Grundbuchamt hat die zuständige Behörde um Übersendung eines beglaubigten Auszugs aus dem für die Bezeichnung der Grundstücke im Grundbuch maßgebenden amtlichen Verzeichnis zu ersuchen.  § 118  Zur Feststellung des Eigentums an dem Grundstück hat das Grundbuchamt von Amts wegen die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und die geeigneten Beweise zu erheben.  § 119  Das Grundbuchamt kann zur Ermittlung des Berechtigten ein Aufgebot nach Maßgabe der §§ 120 und 121 erlassen.  § 120  In das Aufgebot sind aufzunehmen:  1. die Ankündigung der bevorstehenden Anlegung des Grundbuchblatts;  2. die Bezeichnung des Grundstücks, seine Lage, Beschaffenheit und Größe nach dem für die Bezeichnung der Grundstücke im Grundbuch maßgebenden amtlichen Verzeichnis;  3. die Bezeichnung des Eigenbesitzers, sofern sie dem Grundbuchamt bekannt oder zu ermitteln ist;  4. die Aufforderung an die Personen, welche das Eigentum in Anspruch nehmen, ihr Recht binnen einer vom Grundbuchamt zu bestimmenden Frist von mindestens sechs Wochen anzumelden und glaubhaft zu machen, widrigenfalls ihr Recht bei der Anlegung des Grundbuchs nicht berücksichtigt wird.  § 121  (1) Das Aufgebot ist an die für den Aushang von Bekanntmachungen des Grundbuchamts bestimmte Stelle anzuheften und einmal in dem für die amtlichen Bekanntmachungen des Grundbuchamts bestimmten Blatte zu veröffentlichen. Das Grundbuchamt kann anordnen, daß die Veröffentlichung mehrere Male und noch in anderen Blättern zu erfolgen haben oder, falls das Grundstück einen Wert von weniger als 3.000 Euro hat, daß sie ganz unterbleibe.  (2) Das Aufgebot ist in der Gemeinde, in deren Bezirk das Grundstück liegt, an der für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Stelle anzuheften oder in sonstiger ortsüblicher Weise bekanntzumachen. Dies gilt nicht, wenn in der Gemeinde eine Anheftung von amtlichen Bekanntmachungen nicht vorgesehen ist und eine sonstige ortsübliche Bekanntmachung lediglich zu einer zusätzlichen Veröffentlichung in einem der in Absatz 1 bezeichneten Blätter führen würde.  (3) Das Aufgebot soll den Personen, die das Eigentum in Anspruch nehmen und dem Grundbuchamt bekannt sind, von Amts wegen zugestellt werden.  § 122  Das Grundbuchblatt darf, wenn ein Aufgebotsverfahren (§§ 120, 121) nicht stattgefunden hat, erst angelegt werden, nachdem in der Gemeinde, in deren Bezirk das Grundstück liegt, das Bevorstehen der Anlegung und der Name des als Eigentümer Einzutragenden öffentlich bekanntgemacht und seit der Bekanntmachung ein Monat verstrichen ist; die Art der Bekanntmachung bestimmt das Grundbuchamt.  § 123  Als Eigentümer ist in das Grundbuch einzutragen:  1. der ermittelte Eigentümer;  2. sonst der Eigenbesitzer, dessen Eigentum dem Grundbuchamt glaubhaft gemacht ist;  3. sonst derjenige, dessen Eigentum nach Lage der Sache dem Grundbuchamt am wahrscheinlichsten  erscheint.  § 124  (1) Beschränkte dingliche Rechte am Grundstück oder sonstige Eigentumsbeschränkungen werden bei der Anlegung des Grundbuchblatts nur eingetragen, wenn sie bei dem Grundbuchamt angemeldet und entweder durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden, deren erklärter Inhalt vom Eigentümer stammt, nachgewiesen oder von dem Eigentümer anerkannt sind.  (2) Der Eigentümer ist über die Anerkennung anzuhören. Bestreitet er das angemeldete Recht, so wird es, falls es glaubhaft gemacht ist, durch Eintragung eines Widerspruchs gesichert.  (3) Der Rang der Rechte ist gemäß den für sie zur Zeit ihrer Entstehung maßgebenden Gesetzen und, wenn er hiernach nicht bestimmt werden kann, nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung einzutragen.  § 125  Die Beschwerde gegen die Anlegung des Grundbuchblatts ist unzulässig. Im Wege der Beschwerde kann jedoch verlangt werden, daß das Grundbuchamt angewiesen wird, nach § 53 einen Widerspruch einzutragen oder eine Löschung vorzunehmen.  Siebenter Abschnitt  Das maschinell geführte Grundbuch  § 126  (1) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung bestimmen, daß und in welchem Umfang das Grundbuch in maschineller Form als automatisierte Datei geführt wird. Hierbei muß gewährleistet sein, daß  1. die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung eingehalten, insbesondere Vorkehrungen gegen einen Datenverlust getroffen sowie die erforderlichen Kopien der Datenbestände mindestens tagesaktuell gehalten und die originären Datenbestände sowie deren Kopien sicher aufbewahrt werden;  2. die vorzunehmenden Eintragungen alsbald in einen Datenspeicher aufgenommen und auf Dauer inhaltlich unverändert in lesbarer Form wiedergegeben werden können;  3. die nach der Anlage zu diesem Gesetz erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung die Ermächtigung nach Satz 1 auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.  (2) Die Führung des Grundbuchs in maschineller Form umfaßt auch die Einrichtung und Führung eines Verzeichnisses der Eigentümer und der Grundstücke sowie weitere, für die Führung des Grundbuchs in maschineller Form erforderliche Verzeichnisse. Das Grundbuchamt kann für die Führung des Grundbuchs auch Verzeichnisse der in Satz 1 bezeichneten Art nutzen, die bei den für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständigen Stellen eingerichtet sind; diese dürfen die in Satz 1 bezeichneten Verzeichnisse insoweit nutzen, als dies für die Führung des Liegenschaftskatasters erforderlich ist.  (3) Die Datenverarbeitung kann im Auftrag des nach § 1 zuständigen Grundbuchamts auf den Anlagen einer anderen staatlichen Stelle oder auf den Anlagen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts vorgenommen werden, wenn die ordnungsgemäße Erledigung der Grundbuchsachen sichergestellt ist.  § 127  (1) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung, zu deren Erlaß auch die Landesjustizverwaltungen ermächtigt werden können, bestimmen, daß das Grundbuchamt  1. Änderungen der Nummer, unter der das Grundstück im Liegenschaftskataster geführt wird, die nicht auf einer Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks beruhen, sowie im Liegenschaftskataster enthaltene Angaben über die tatsächliche Beschreibung des Grundstücks aus dem Liegenschaftskataster maschinell in das Grundbuch und in Verzeichnisse nach § 126 Abs. 2 einspeichern darf;  2. der für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständigen Stelle die Grundbuchstelle sowie Daten des Bestandsverzeichnisses und der ersten Abteilung maschinell übermittelt.  (2) Soweit das Grundbuchamt nach bundesrechtlicher Vorschrift verpflichtet ist, einem Gericht oder einer Behörde über eine Eintragung Mitteilung zu machen, besteht diese Verpflichtung bezüglich der nach Maßgabe des Absatzes 1 aus dem Liegenschaftskataster in das Grundbuch übernommenen Angaben nicht.  § 128  (1) Das maschinell geführte Grundbuch tritt für ein Grundbuchblatt an die Stelle des bisherigen Grundbuchs, sobald es freigegeben worden ist. Die Freigabe soll erfolgen, sobald die Eintragungen dieses Grundbuchblattes in den für die Grundbucheintragungen bestimmten Datenspeicher aufgenommen worden sind.  (2) Der Schließungsvermerk im bisherigen Grundbuch ist lediglich von einer der nach § 44 Abs. 1 Satz 2 zur Unterschrift zuständigen Personen zu unterschreiben.  (3) Die bisherigen Grundbücher können ausgesondert werden, soweit die Anlegung des maschinell geführten Grundbuchs in der Weise erfolgt ist, dass der gesamte Inhalt der bisherigen Grundbuchblätter in den für das maschinell geführte Grundbuch bestimmten Datenspeicher aufgenommen wurde und die Wiedergabe auf dem Bildschirm bildlich mit den bisherigen Grundbuchblättern übereinstimmt.  § 129  (1) Eine Eintragung wird wirksam, sobald sie in den für die Grundbucheintragungen bestimmten Datenspeicher aufgenommen ist und auf Dauer inhaltlich unverändert in lesbarer Form wiedergegeben werden kann. Durch eine Bestätigungsanzeige oder in anderer geeigneter Weise ist zu überprüfen, ob diese Voraussetzungen eingetreten sind.  (2) Jede Eintragung soll den Tag angeben, an dem sie wirksam geworden ist. Bei Eintragungen, die gemäß § 127 Abs. 1 Inhalt des Grundbuchs werden, bedarf es abweichend von Satz 1 der Angabe des Tages der Eintragung im Grundbuch nicht.  § 130  § 44 Abs. 1 Satz 1, 2 Halbsatz 2 und Satz 3 ist für die maschinelle Grundbuchführung nicht anzuwenden; § 44 Abs. 1 Satz 2 erster Halbsatz gilt mit der Maßgabe, daß die für die Führung des Grundbuchs zuständige Person auch die Eintragung veranlassen kann. Wird die Eintragung nicht besonders verfügt, so ist in geeigneter Weise der Veranlasser der Speicherung aktenkundig oder sonst feststellbar zu machen.    § 131  Wird das Grundbuch in maschineller Form als automatisierte Datei geführt, so tritt an die Stelle der Abschrift der Ausdruck und an die Stelle der beglaubigten Abschrift der amtliche Ausdruck. Die Ausdrucke werden nicht unterschrieben. Der amtliche Ausdruck ist als solcher zu bezeichnen und mit einem Dienstsiegel oder -stempel zu versehen; er steht einer beglaubigten Abschrift gleich.  § 132  Die Einsicht in das maschinell geführte Grundbuch kann auch bei einem anderen als dem Grundbuchamt gewährt werden, das dieses Grundbuch führt. Über die Gestattung der Einsicht entscheidet das Grundbuchamt, bei dem die Einsicht begehrt wird.  § 133  (1) Die Einrichtung eines automatisierten Verfahrens, das die Übermittlung der Daten aus dem maschinell geführten Grundbuch durch Abruf ermöglicht, ist zulässig, sofern sichergestellt ist, daß  1. der Abruf von Daten die nach den oder auf Grund der §§ 12 und 12a zulässige Einsicht nicht überschreitet und  2. die Zulässigkeit der Abrufe auf der Grundlage einer Protokollierung kontrolliert werden kann.  (2) Die Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens nach Absatz 1 bedarf der Genehmigung durch die Landesjustizverwaltung. Die Genehmigung darf nur Gerichten, Behörden, Notaren, öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, an dem Grundstück dinglich Berechtigten, einer von dinglich Berechtigten beauftragten Person oder Stelle, der Staatsbank Berlin sowie für Zwecke der maschinellen Bearbeitung von Auskunftsanträgen (Absatz 4), nicht jedoch anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten erteilt werden. Sie setzt voraus, daß  1. diese Form der Datenübermittlung unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen der betroffenen dinglich Berechtigten wegen der Vielzahl der Übermittlungen oder wegen ihrer besonderen Eilbedürftigkeit angemessen ist,  2. auf seiten des Empfängers die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung eingehalten werden und  3. auf seiten der grundbuchführenden Stelle die technischen Möglichkeiten der Einrichtung und Abwicklung des Verfahrens gegeben sind und eine Störung des Geschäftsbetriebs des Grundbuchamts nicht zu erwarten ist.  (3) Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn eine der in Absatz 2 genannten Voraussetzungen weggefallen ist. Sie kann widerrufen werden, wenn die Anlage mißbräuchlich benutzt worden ist. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag oder eine Verwaltungsvereinbarung kann in den Fällen der Sätze 1 und 2 gekündigt werden. In den Fällen des Satzes 1 ist die Kündigung zu erklären.  (4) Im automatisierten Abrufverfahren nach Absatz 1 können auch Anträge auf Auskunft aus dem Grundbuch (Einsichtnahme und Erteilung von Abschriften) nach § 12 und den diese Vorschriften ausführenden Bestimmungen maschinell bearbeitet werden. Absatz 2 Satz 1 und 3 gilt entsprechend. Die maschinelle Bearbeitung ist nur zulässig, wenn der Eigentümer des Grundstücks, bei Erbbau- und Gebäudegrundbüchern der Inhaber des Erbbaurechts oder Gebäudeeigentums, zustimmt oder die Zwangsvollstreckung in das Grundstück, Erbbaurecht oder Gebäudeeigentum betrieben werden soll und die abrufende Person oder Stelle das Vorliegen dieser Umstände durch Verwendung entsprechender elektronischer Zeichen versichert.  (5) Ist der Empfänger eine nicht öffentliche Stelle, gilt § 38 des Bundesdatenschutzgesetzes mit der Maßgabe, daß die Aufsichtsbehörde die Ausführung der Vorschriften über den Datenschutz auch dann überwacht, wenn keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Verletzung dieser Vorschriften vorliegen. Unabhängig hiervon ist dem Eigentümer des Grundstücks oder dem Inhaber eines grundstücksgleichen Rechts jederzeit Auskunft aus einem über die Abrufe zu führenden Protokoll zu geben, soweit nicht die Bekanntgabe den Erfolg strafrechtlicher Ermittlungen gefährden würde; dieses Protokoll kann nach Ablauf eines Jahres vernichtet werden.  (6) Soweit in dem automatisierten Abrufverfahren personenbezogene Daten übermittelt werden, darf der Empfänger diese nur für den Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind.  (7) Genehmigungen nach Absatz 2 gelten in Ansehung der Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 Satz 3 Nr. 1 und 2 im gesamten Land, dessen Behörden sie erteilt haben. Sobald die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, gelten sie auch im übrigen Bundesgebiet. Das Bundesministerium der Justiz stellt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates fest, wann und in welchen Teilen des Bundesgebiets diese Voraussetzungen gegeben sind. Anstelle der Genehmigungen können auch öffentlich-rechtliche Verträge oder Verwaltungsvereinbarungen geschlossen werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend.  (8) (weggefallen)  § 134  Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften zu erlassen über  1. die Einzelheiten der Anforderungen an die Einrichtung und das Nähere zur Gestaltung und Wiederherstellung des maschinell geführten Grundbuchs sowie die Abweichungen von den Vorschriften des Ersten bis Sechsten Abschnitts der Grundbuchordnung, die für die maschinelle Führung des Grundbuchs erforderlich sind;  2. die Einzelheiten der Gewährung von Einsicht in maschinell geführte Grundbücher;  3. die Einzelheiten der Einrichtung automatisierter Verfahren zur Übermittlung von Daten aus dem Grundbuch auch durch Abruf und der Genehmigung hierfür. Das Bundesministerium der Justiz kann im Rahmen seiner Ermächtigung nach Satz 1 die Regelung weiterer Einzelheiten durch Rechtsverordnung den Landesregierungen übertragen und hierbei auch vorsehen, daß diese ihre Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen können.  § 134a Datenübermittlung bei der Entwicklung von Verfahren zur Anlegung des Datenbankgrundbuchs  (1) Die Landesjustizverwaltungen können dem Entwickler eines automatisierten optischen Zeichen- und Inhaltserkennungsverfahrens (Migrationsprogramm) nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 Grundbuchdaten zur Verfügung stellen; im Übrigen gelten das Bundesdatenschutzgesetz und die Datenschutzgesetze der Länder. Das Migrationsprogramm soll bei der Einführung eines Grundbuchs, das in strukturierter Form mit logischer Verknüpfung der Inhalte geführt wird (Datenbankgrundbuch), die Umwandlung der Grundbuchdaten in voll strukturierte Eintragungen sowie deren Speicherung unterstützen.  (2) Der Entwickler des Migrationsprogramms darf die ihm übermittelten Grundbuchdaten ausschließlich für die Entwicklung und den Test des Migrationsprogramms verwenden. Die Übermittlung der Daten an den Entwickler  erfolgt zentral über eine durch Verwaltungsabkommen der Länder bestimmte Landesjustizverwaltung. Die beteiligten Stellen haben dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu treffen, insbesondere zur Wahrung der Vertraulichkeit der betroffenen Daten. Die nach Satz 2 bestimmte Landesjustizverwaltung ist für die Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes verantwortlich und vereinbart mit dem Entwickler die Einzelheiten der Datenverarbeitung.    (3) Die Auswahl der zu übermittelnden Grundbuchdaten erfolgt durch die Landesjustizverwaltungen. Ihr ist ein inhaltlich repräsentativer Querschnitt des Grundbuchdatenbestands zugrunde zu legen. Im Übrigen erfolgt die Auswahl nach formalen Kriterien. Dazu zählen insbesondere die für die Grundbucheintragungen verwendeten Schriftarten und Schriftbilder, die Gliederung der Grundbuchblätter, die Darstellungsqualität der durch Umstellung erzeugten Grundbuchinhalte sowie das Dateiformat der umzuwandelnden Daten. Es dürfen nur so viele Daten übermittelt werden, wie für die Entwicklung und den Test des Migrationsprogramms notwendig sind, je Land höchstens 5 Prozent des jeweiligen Gesamtbestands an Grundbuchblättern.  (4) Der Entwickler des Migrationsprogramms kann die von ihm gespeicherten Grundbuchdaten sowie die daraus abgeleiteten Daten der nach Absatz 2 Satz 2 bestimmten Landesjustizverwaltung oder den jeweils betroffenen Landesjustizverwaltungen übermitteln. Dort dürfen die Daten nur für Funktionstests des Migrationsprogramms sowie für die Prüfung und Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen in Bezug auf das Migrationsprogramm verwendet werden; die Daten sind dort zu löschen, wenn sie dafür nicht mehr erforderlich sind.  (5) Der Entwickler des Migrationsprogramms hat die von ihm gespeicherten Grundbuchdaten sowie die daraus abgeleiteten Daten zu löschen, sobald ihre Kenntnis für die Erfüllung der in Absatz 2 Satz 1 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist. An die Stelle einer Löschung tritt eine Sperrung, soweit und solange die Kenntnis der in Satz 1 bezeichneten Daten für die Abwehr von Gewährleistungsansprüchen der Landesjustizverwaltungen erforderlich ist. Ihm überlassene Datenträger hat der Entwickler der übermittelnden Stelle zurückzugeben.  (6) Für den im Rahmen der Konzeptionierung eines Datenbankgrundbuchs zu erstellenden Prototypen eines Migrationsprogramms mit eingeschränkter Funktionalität gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend.  Achter Abschnitt  Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Grundakte  § 135 Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Grundakte; Verordnungsermächtigungen  (1) Anträge, sonstige Erklärungen sowie Nachweise über andere Eintragungsvoraussetzungen können dem Grundbuchamt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen als elektronische Dokumente übermittelt werden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung  1. den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an elektronische Dokumente übermittelt werden können; die Zulassung kann auf einzelne Grundbuchämter beschränkt werden;  2. Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung zu regeln sowie Dateiformate für die zu übermittelnden elektronischen Dokumente festzulegen, um die Eignung für die Bearbeitung durch das Grundbuchamt sicherzustellen;  3. die ausschließlich für den Empfang von in elektronischer Form gestellten Eintragungsanträgen und sonstigen elektronischen Dokumenten in Grundbuchsachen vorgesehene direkt adressierbare Einrichtung des Grundbuchamts zu bestimmen;  4. zu bestimmen, dass Notare  a) Dokumente elektronisch zu übermitteln haben und  b) neben den elektronischen Dokumenten bestimmte darin enthaltene Angaben in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln haben; die Verpflichtung kann auf die Einreichung bei einzelnen Grundbuchämtern, auf einzelne Arten von Eintragungsvorgängen oder auf Dokumente bestimmten Inhalts beschränkt werden;  5. Maßnahmen für den Fall des Auftretens technischer Störungen anzuordnen. Ein Verstoß gegen eine nach Satz 2 Nummer 4 begründete Verpflichtung steht dem rechtswirksamen Eingang von Dokumenten beim Grundbuchamt nicht entgegen.  (2) Die Grundakten können elektronisch geführt werden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an die Grundakten elektronisch geführt werden; die Anordnung kann auf einzelne Grundbuchämter oder auf Teile des bei einem Grundbuchamt geführten Grundaktenbestands beschränkt werden.  (3) Die Landesregierungen können die Ermächtigungen nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.  (4) Für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronischen Grundakten gilt § 126 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 entsprechend. Die Vorschriften des Vierten Abschnitts über den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Akte in Beschwerdeverfahren bleiben unberührt.  § 136 Eingang elektronischer Dokumente beim Grundbuchamt  (1) Ein mittels Datenfernübertragung als elektronisches Dokument übermittelter Eintragungsantrag ist beim Grundbuchamt eingegangen, sobald ihn die für den Empfang bestimmte Einrichtung nach § 135 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 aufgezeichnet hat. Der genaue Zeitpunkt soll mittels eines elektronischen Zeitstempels bei dem Antrag vermerkt werden. § 13 Absatz 2 und 3 ist nicht anzuwenden. Die Übermittlung unmittelbar an die nach §135 Absatz 1 Satz 2  Nummer 3 bestimmte Einrichtung ist dem Absender unter Angabe des Eingangszeitpunkts unverzüglich zu bestätigen. Die Bestätigung ist mit einer elektronischen Signatur zu versehen, die die Prüfung der Herkunft und der Unverfälschtheit der durch sie signierten Daten ermöglicht.  (2) Für den Eingang eines Eintragungsantrags, der als elektronisches Dokument auf einem Datenträger eingereicht wird, gilt § 13 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3. Der genaue Zeitpunkt des Antragseingangs soll bei dem Antrag vermerkt werden.  (3) Elektronische Dokumente können nur dann rechtswirksam beim Grundbuchamt eingehen, wenn sie für die Bearbeitung durch das Grundbuchamt geeignet sind. Ist ein Dokument für die Bearbeitung durch das Grundbuchamt nicht geeignet, ist dies dem Absender oder dem Einreicher eines Datenträgers nach Absatz 2 Satz 1 unter Hinweis auf die Unwirksamkeit des Eingangs und auf die geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen.  § 137 Form elektronischer Dokumente  (1) Ist eine zur Eintragung erforderliche Erklärung oder eine andere Voraussetzung der Eintragung durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde nachzuweisen, so kann diese als ein mit einem einfachen elektronischen Zeugnis nach § 39a des Beurkundungsgesetzes versehenes elektronisches Dokument übermittelt werden. Der Nachweis kann auch durch die Übermittlung eines öffentlichen elektronischen Dokuments (§ 371a Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung) geführt werden, wenn  1. das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen ist und  2. das der Signatur zugrunde liegende qualifizierte Zertifikat oder ein zugehöriges qualifiziertes Attributzertifikat die Behörde oder die Eigenschaft als mit öffentlichem Glauben versehene Person erkennen lässt. Ein etwaiges Erfordernis, dem Grundbuchamt den Besitz der Urschrift oder einer Ausfertigung einer Urkunde nachzuweisen, bleibt unberührt.  (2) Werden Erklärungen oder Ersuchen einer Behörde, auf Grund deren eine Eintragung vorgenommen werden soll, als elektronisches Dokument übermittelt, muss  1. das Dokument den Namen der ausstellenden Person enthalten und die Behörde erkennen lassen,  2. das Dokument von der ausstellenden Person mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein und  3. das der Signatur zugrunde liegende qualifizierte Zertifikat oder ein zugehöriges qualifiziertes Attributzertifikat die Behörde erkennen lassen.  (3) Erklärungen, für die durch Rechtsvorschrift die Schriftform vorgeschrieben ist, können als elektronisches  Dokument übermittelt werden, wenn dieses den Namen der ausstellenden Person enthält und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen ist.  (4) Eintragungsanträge sowie sonstige Erklärungen, die nicht den Formvorschriften der Absätze 1 bis 3 unterliegen, können als elektronisches Dokument übermittelt werden, wenn dieses den Namen der ausstellenden Person enthält. Die §§ 30 und 31 gelten mit der Maßgabe, dass die in der Form des § 29 nachzuweisenden Erklärungen als elektronische Dokumente gemäß den Absätzen 1 und 2 übermittelt werden können.  § 138 Übertragung von Dokumenten  (1) In Papierform vorliegende Schriftstücke können in elektronische Dokumente übertragen und in dieser Form anstelle der Schriftstücke in die Grundakte übernommen werden. Die Schriftstücke können anschließend ausgesondert werden, die mit einem Eintragungsantrag eingereichten Urkunden jedoch nicht vor der Entscheidung über den Antrag.  (2) Der Inhalt der zur Grundakte genommenen elektronischen Dokumente ist in lesbarer Form zu erhalten. Die Dokumente können hierzu in ein anderes Dateiformat übertragen und in dieser Form anstelle der bisherigen Dateien in die Grundakte übernommen werden.  (3) Wird die Grundakte nicht elektronisch geführt, sind von den eingereichten elektronischen Dokumenten Ausdrucke für die Akte zu fertigen. Die elektronischen Dokumente können aufbewahrt und nach der Anlegung der elektronischen Grundakte in diese übernommen werden; nach der Übernahme können die Ausdrucke vernichtet werden.  § 139 Aktenausdruck, Akteneinsicht und Datenabruf  (1) An die Stelle der Abschrift aus der Grundakte tritt der Ausdruck und an die Stelle der beglaubigten Abschrift der amtliche Ausdruck. Die Ausdrucke werden nicht unterschrieben. Der amtliche Ausdruck ist als solcher zu bezeichnen und mit einem Dienstsiegel oder -stempel zu versehen; er steht einer beglaubigten Abschrift gleich.  (2) Die Einsicht in die elektronischen Grundakten kann auch bei einem anderen als dem Grundbuchamt gewährt werden, das diese Grundakten führt. Über die Gestattung der Einsicht entscheidet das Grundbuchamt, bei dem die Einsicht begehrt wird.  (3) Für den Abruf von Daten aus den elektronischen Grundakten kann ein automatisiertes Verfahren eingerichtet werden. § 133 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das Verfahren nicht auf die in § 12 Absatz 1 Satz 2 genannten Urkunden beschränkt ist.  § 140 Entscheidungen, Verfügungen und Mitteilungen  (1) Wird die Grundakte elektronisch geführt, können Entscheidungen und Verfügungen in elektronischer Form erlassen werden. Sie sind von der ausstellenden Person mit ihrem Namen zu versehen, Beschlüsse und Zwischenverfügungen zusätzlich mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an Entscheidungen und Verfügungen in elektronischer Form zu erlassen sind; die Anordnung kann auf einzelne Grundbuchämter beschränkt werden. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.  (2) Den in § 174 Absatz 1 der Zivilprozessordnung genannten Empfängern können Entscheidungen, Verfügungen und Mitteilungen durch die Übermittlung elektronischer Dokumente bekannt gegeben werden. Im Übrigen ist die Übermittlung elektronischer Dokumente zulässig, wenn der Empfänger dem ausdrücklich zugestimmt hat. Die Dokumente sind gegen unbefugte Kenntnisnahme zu schützen. Bei der Übermittlung von Beschlüssen und Zwischenverfügungen sind die Dokumente mit einer elektronischen Signatur zu versehen, die die Prüfung der Herkunft und der Unverfälschtheit der durch sie signierten Daten ermöglicht.  (3) Ausfertigungen und Abschriften von Entscheidungen und Verfügungen, die in elektronischer Form erlassen wurden, können von einem Ausdruck gefertigt werden. Ausfertigungen von Beschlüssen und Zwischenverfügungen sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben und mit einem Dienstsiegel oder -stempel zu versehen.  (4) Die Vorschriften des Vierten Abschnitts über gerichtliche elektronische Dokumente in Beschwerdeverfahren bleiben unberührt. Absatz 1 gilt nicht für den Vollzug von Grundbucheintragungen.  § 141 Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz  Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften zu erlassen über  1. die Einzelheiten der technischen und organisatorischen Anforderungen an die Einrichtung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Grundakte, soweit diese nicht von § 135 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 erfasst sind,  2. die Einzelheiten der Anlegung und Gestaltung der elektronischen Grundakte sowie der Wiederherstellung des Grundakteninhalts,  3. die Einzelheiten der Übertragung von in Papierform vorliegenden Schriftstücken in elektronische Dokumente sowie der Übertragung elektronischer Dokumente in die Papierform oder in andere Dateiformate,  4. die Einzelheiten der Gewährung von Einsicht in elektronische Grundakten und  5. die Einzelheiten der Einrichtung automatisierter Verfahren zur Übermittlung von Daten aus den elektronischen Grundakten auch durch Abruf und der Genehmigung hierfür.  Das Bundesministerium der Justiz kann im Rahmen seiner Ermächtigung nach Satz 1 die Regelung weiterer Einzelheiten durch Rechtsverordnung den Landesregierungen übertragen und hierbei auch vorsehen, dass diese ihre Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen können.  Neunter Abschnitt Übergangs- und Schlußbestimmungen  § 142  (1) (Inkrafttreten)  (2) Die Artikel 1 Abs. 2, Artikel 2, 50, 55 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche sind entsprechend anzuwenden.  § 143  (1) Soweit im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche zugunsten der Landesgesetze Vorbehalte gemacht sind, gelten sie auch für die Vorschriften der Landesgesetze über das Grundbuchwesen; jedoch sind die §§ 12a und 13 Abs. 3, § 44 Abs. 1 Satz 2 und 3, § 56 Abs. 2, § 59 Abs. 1 Satz 2, § 61 Abs. 3 und § 62 Abs. 2 auch in diesen Fällen anzuwenden.  (2) Absatz 1 zweiter Halbsatz gilt auch für die grundbuchmäßige Behandlung von Bergbauberechtigungen.  (3) Vereinigungen und Zuschreibungen zwischen Grundstücken und Rechten, für die nach Landesrecht die Vorschriften über Grundstücke gelten, sollen nicht vorgenommen werden.  § 144  (1) Die Vorschriften des § 20 und des § 22 Abs. 2 über das Erbbaurecht sowie die Vorschrift des § 49 sind auf die in den Artikeln 63, 68 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bezeichneten Rechte entsprechend anzuwenden.  (2) Ist auf dem Blatt eines Grundstücks ein Recht der in den Artikeln 63 und 68 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bezeichneten Art eingetragen, so ist auf Antrag für dieses Recht ein besonderes Grundbuchblatt anzulegen. Dies geschieht von Amts wegen, wenn das Recht veräußert oder belastet werden soll. Die Anlegung wird auf dem Blatt des Grundstücks vermerkt.  (3) Die Landesgesetze können bestimmen, daß statt der Vorschriften des Absatzes 2 die Vorschriften der §§ 14 bis 17 des Erbbaurechtsgesetzes entsprechend anzuwenden sind.  § 145  Die Bücher, die nach den bisherigen Bestimmungen als Grundbücher geführt wurden, gelten als Grundbücher im Sinne dieses Gesetzes.  § 146  Werden nach § 145 mehrere Bücher geführt, so muß jedes Grundstück in einem der Bücher eine besondere Stelle haben. An dieser Stelle ist auf die in den anderen Büchern befindlichen Eintragungen zu verweisen. Die Stelle des Hauptbuchs und die Stellen, auf welche verwiesen wird, gelten zusammen als das Grundbuchblatt.  § 147  Sind in einem Buch, das nach § 145 als Grundbuch gilt, die Grundstücke nicht nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 bezeichnet, so ist diese Bezeichnung von Amts wegen zu bewirken.  § 148  (1) Die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten obersten Landesbehörden können durch Rechtsverordnung allgemein oder für bestimmte Grundbücher das Verfahren zum Zwecke der Wiederherstellung eines ganz oder teilweise zerstörten oder abhanden gekommenen Grundbuchs sowie zum Zwecke der Wiederbeschaffung zerstörter oder abhanden gekommener Urkunden der in § 10 Abs. 1 bezeichneten Art bestimmen. Sie können dabei auch darüber bestimmen, in welcher Weise bis zur Wiederherstellung des Grundbuchs die zu einer Rechtsänderung erforderliche Eintragung ersetzt werden soll.  (2) Ist die Vornahme von Eintragungen in das maschinell geführte Grundbuch (§ 126) vorübergehend nicht möglich, so können auf Anordnung der Leitung des Grundbuchamts Eintragungen in einem Ersatzgrundbuch in Papierform vorgenommen werden, sofern hiervon Verwirrung nicht zu besorgen ist. Sie sollen in das maschinell geführte Grundbuch übernommen werden, sobald dies wieder möglich ist. Für die Eintragungen nach Satz 1 gilt § 44; in den Fällen des Satzes 2 gilt § 128 entsprechend. Die Landesregierungen werden ermächtigt, die Einzelheiten des Verfahrens durch Rechtsverordnung zu regeln; sie können diese Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen durch Rechtsverordnung übertragen.  (3) Ist die Übernahme elektronischer Dokumente in die elektronische Grundakte vorübergehend nicht möglich, kann die Leitung des Grundbuchamts anordnen, dass von den Dokumenten ein Ausdruck für die Akte zu fertigen ist. Sie sollen in die elektronische Grundakte übernommen werden, sobald dies wieder möglich ist. § 138 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.  (4) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung bestimmen, dass  1. das bis dahin maschinell geführte Grundbuch wieder in Papierform geführt wird,  2. der elektronische Rechtsverkehr eingestellt wird oder  3. die bis dahin elektronisch geführten Grundakten wieder in Papierform geführt werden. Die Rechtsverordnung soll nur erlassen werden, wenn die Voraussetzungen des § 126, auch in Verbindung mit § 135 Absatz 4 Satz 1, nicht nur vorübergehend entfallen sind und in absehbarer Zeit nicht wiederhergestellt werden können. Satz 2 gilt nicht, soweit durch Rechtsverordnung nach § 135 Absatz 1 und 2 bestimmt wurde, dass der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Führung der Grundakten lediglich befristet zu Erprobungszwecken zugelassen oder angeordnet wurden. § 44 gilt sinngemäß. Die Wiederanordnung der maschinellen Grundbuchführung nach dem Siebenten Abschnitt sowie die Wiedereinführung des elektronischen Rechtsverkehrs und die Wiederanordnung der elektronischen Führung der Grundakte nach dem Achten Abschnitt bleiben unberührt.  § 149  (1) Die in Baden-Württemberg bestehenden landesrechtlichen Vorschriften über die Grundbuchämter und die Zuständigkeit der dort tätigen Personen sowie über die sich hieraus ergebenden Besonderheiten bleiben unberührt; dies gilt auch für die Vorschriften über die Zahl der erforderlichen Unterschriften unter den Grundbucheintragungen und auf den Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefen sowie für Regelungen, die von den §§ 12c, 13 Abs. 3 und § 44 Abs. 1 Satz 2 und 3 abweichen. Unberührt bleiben auch Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Ermächtigung des Landes Baden-Württemberg zur Rechtsbereinigung vom 17. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3602) sowie die §§ 35 und 36 des Rechtspflegergesetzes.  (2) § 29 Abs. 1 und 3 der Grundbuchordnung gilt auch im Lande Baden-Württemberg in der Fassung, die für das übrige Bundesgebiet maßgebend ist.  § 150  (1) In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet gilt dieses Gesetz mit folgenden Maßgaben:  1. Die Grundbücher können abweichend von § 1 bis zum Ablauf des 31. Dezember 1994 von den bis zum 2. Oktober 1990 zuständigen oder später durch Landesrecht bestimmten Stellen (Grundbuchämter) geführt werden. Die Zuständigkeit der Bediensteten des Grundbuchamts richtet sich nach den für diese Stellen am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts bestehenden oder in dem jeweiligen Lande erlassenen späteren Bestimmungen. Diese sind auch für die Zahl der erforderlichen Unterschriften und dafür maßgebend, inwieweit Eintragungen beim Grundstücksbestand zu unterschreiben sind. Vorschriften nach den Sätzen 2 und 3 können auch dann beibehalten, geändert oder ergänzt werden, wenn die Grundbücher wieder von den Amtsgerichten geführt werden. Sind vor dem 19. Oktober 1994 in Grundbüchern, die in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet geführt werden, Eintragungen vorgenommen worden, die nicht den Vorschriften des § 44 Abs. 1 entsprechen, so sind diese Eintragungen dennoch wirksam, wenn sie den Anforderungen der für die Führung des Grundbuchs von dem jeweiligen Land erlassenen Vorschriften genügen.  2. Amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 ist das am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts zur Bezeichnung der Grundstücke maßgebende oder das an seine Stelle tretende Verzeichnis.  3. Die Grundbücher, die nach den am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts bestehenden Bestimmungen geführt werden, gelten als Grundbücher im Sinne der Grundbuchordnung.  4. Soweit nach den am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts geltenden Vorschriften Gebäudegrundbuchblätter anzulegen und zu führen sind, sind diese Vorschriften weiter anzuwenden. Dies gilt auch für die Kenntlichmachung der Anlegung des Gebäudegrundbuchblatts im Grundbuch des Grundstücks. Den Antrag auf Anlegung des Gebäudegrundbuchblatts kann auch der Gebäudeeigentümer stellen. Dies gilt entsprechend für nach später erlassenen Vorschriften anzulegende Gebäudegrundbuchblätter. Bei Eintragungen oder Berichtigungen im Gebäudegrundbuch ist in den Fällen des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche das Vorhandensein des Gebäudes nicht zu prüfen.  5. Neben diesem Gesetz sind die Vorschriften der §§ 2 bis 85 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend anwendbar, soweit sich nicht etwas anderes aus Rechtsvorschriften, insbesondere aus den Vorschriften des Grundbuchrechts, oder daraus ergibt, daß die Grundbücher nicht von Gerichten geführt werden.  6. Anträge auf Eintragung in das Grundbuch, die vor dem Wirksamwerden des Beitritts beim Grundbuchamt eingegangen sind, sind von diesem nach den am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts geltenden Verfahrensvorschriften zu erledigen.  7. Im übrigen gelten die in Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III unter Nr. 28 des Einigungsvertrages aufgeführten allgemeinen Maßgaben entsprechend. Am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts anhängige Beschwerdeverfahren sind an das zur Entscheidung über die Beschwerde nunmehr zuständige Gericht abzugeben.  (2) Am 1. Januar 1995 treten nach Absatz 1 Nr. 1 Satz 1 fortgeltende oder von den Ländern erlassene Vorschriften, nach denen die Grundbücher von anderen als den in § 1 bezeichneten Stellen geführt werden, außer Kraft. Die in § 1 bezeichneten Stellen bleiben auch nach diesem Zeitpunkt verpflichtet, allgemeine Anweisungen für die beschleunigte Behandlung von Grundbuchsachen anzuwenden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung einen früheren Tag für das Außerkrafttreten dieser Vorschriften zu bestimmen. In den Fällen der Sätze 1 und 3 kann durch Rechtsverordnung der Landesregierung auch bestimmt werden, daß Grundbuchsachen in einem Teil des Grundbuchbezirks von einer hierfür eingerichteten Zweigstelle des Amtsgerichts (§ 1) bearbeitet werden, wenn dies nach den örtlichen Verhältnissen zur sachdienlichen Erledigung zweckmäßig erscheint, und, unbeschadet des § 176 Abs. 2 des Bundesberggesetzes im übrigen, welche Stelle nach Aufhebung der in Satz 1 bezeichneten Vorschriften die Berggrundbücher führt. Die Landesregierung kann ihre Ermächtigung nach dieser Vorschrift durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltung übertragen.  (3) Soweit die Grundbücher von Behörden der Verwaltung oder Justizverwaltung geführt werden, ist gegen eine Entscheidung des Grundbuchamts (Absatz 1 Nr. 1 Satz 1), auch soweit sie nicht ausdrücklich im Auftrag des Leiters des Grundbuchamts ergangen ist oder ergeht, die Beschwerde nach § 71 der Grundbuchordnung gegeben. Diese Regelung gilt mit Wirkung vom 3. Oktober 1990, soweit Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sind. Anderweitig anhängige Verfahren über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Grundbuchämter gehen in dem Stand, in dem sie sich bei Inkrafttreten dieser Vorschrift befinden, auf das Beschwerdegericht über. Satz 1 tritt mit dem in Absatz 2 Satz 1 oder Satz 3 bezeichneten Zeitpunkt außer Kraft.  (4) In den Grundbuchämtern in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet können bis zum Ablauf des 31. Dezember 1999 auch Personen mit der Vornahme von Amtshandlungen betraut werden, die diesen Ämtern auf Grund von Dienstleistungsverträgen auf Dauer oder vorübergehend zugeteilt werden. Der Zeitpunkt kann durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz mit Zustimmung des Bundesrates verlängert werden.  (5) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften zu erlassen über den Nachweis der Befugnis, über  1. beschränkte dingliche Rechte an einem Grundstück, Gebäude oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten,  2. Vormerkungen oder  3. sonstige im Grundbuch eingetragene Lasten und Beschränkungen zu verfügen, deren Eintragung vor dem 1. Juli 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet beantragt worden ist. Dabei kann bestimmt werden, dass § 39 nicht anzuwenden ist und dass es der Vorlage eines Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefes nicht bedarf.  (6) § 134a tritt am 31. Dezember 2020 außer Kraft.  Anlage (zu § 126 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)  Werden personenbezogene Daten automatisiert verarbeitet, sind Maßnahmen zu treffen, die je nach Art der zu schützenden personenbezogenen Daten geeignet sind,  1. Unbefugten den Zugang zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren (Zugangskontrolle),  2. zu verhindern, daß Datenträger unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können (Datenträgerkontrolle),  3. die unbefugte Eingabe in den Speicher sowie die unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten zu verhindern (Speicherkontrolle),  4. zu verhindern, daß Datenverarbeitungssysteme mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung von Unbefugten genutzt werden können (Benutzerkontrolle),  5. zu gewährleisten, daß die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können (Zugriffskontrolle),  6. zu gewährleisten, daß überprüft und festgestellt werden kann, an welche Stellen personenbezogene Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung übermittelt werden können (Übermittlungskontrolle),  7. zu gewährleisten, daß nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit von wem in Datenverarbeitungssysteme eingegeben worden sind (Eingabekontrolle),  8. zu gewährleisten, daß personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle),  9. zu verhindern, daß bei der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können (Transportkontrolle),  10. die innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so zu gestalten, daß sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird (Organisationskontrolle). | Regulamento do registro de imóveis  Data de Entrada em Vigor: 24/3/1897  Versão publicada em 26/5/1994 (1 DO Federal I, p. 114), que por último foi alterada pelo artigo 4 º da Lei de 15 de dezembro de 2011 (Lei Federal I, p. 2714)    Seção I - Disposições Gerais  § 1  (1) Os livros de imóveis, que também podem ser feitos em folhas soltas, são feitos  pelos tribunais de primeira instância (Registo Predial). Estes são competentes sobre os terrenos situados em sua circunscrição. As diferentes disposições dos §§ 149 e 150 para Baden-Württemberg e a região indicada no artigo 3 do Tratado da Unificação permanecem inalteradas.  (2) Se um terreno situa-se na circunscrição de diversos ofícios de imóveis, o ofício de imóveis competente deve ser determinado de acordo com o § 5 da lei relativa aos processos de família e de jurisdição voluntária.  (3) Os governos estaduais são autorizados a atribuir por portaria a execução do registro de imóveis a um tribunal de primeira instância para a circunscrição de vários tribunais de primeira instância, se isso serve a uma administração mais rápida e racional do  registro de imóveis. Eles podem delegar a autorização por portaria para as administrações de justiça estaduais.  (4) O Ministério Federal da Justiça é autorizado a regular por portaria, o que exige o consentimento do Senado Federal, as disposições pormenorizadas sobre a criação e a gestão dos registros de imóveis, os títulos de hipotecas, obrigações reais e obrigações de renda, as cópias do registro de imóveis e seus arquivos, a consulta aqui, bem como a determinar o procedimento de remoção de um registro duplo. Ele também pode regular até que ponto as mudanças em um registro de imóveis que resultam por motivos de disposições da portaria devam ser comunicadas às partes e às autoridades que gerem o índice oficial indicado no § 2, alínea 2.  § 2  (1) Os livros de registro são configurados para as circunscrições.  (2) Os terrenos são chamados no registro de acordo com o estabelecido nas listas oficiais do estado (cadastro imobiliário).  (3) Uma parte de um terreno apenas deve ser eliminada por este  se é apresentado pela autoridade competente conferidora um resumo autenticado da parte descritiva do índice oficial, a partir da qual resultam a designação da parte do terreno e as outras informações, bem como alterações a serem transferidas do índice oficial para o registro, bem como as modificações que a esse respeito ocorrem para o resto dos terrenos. A parte do terreno deve ser inscrita no índice oficial sob um número especial, a menos que a autoridade competente para gerir o  índice oficial desista, porque ele é combinado com um terreno vizinho ou com uma parte dele e isso seja notificado ao registro predial. Por portaria dos governos estaduais, que, a seu critério, também pode autorizar a administração da justiça do estado, além do extrato da parte descritiva também a produção de extratos do mapa oficial podem ser prescritos, a partir dos quais resulta o tamanho e a localização do terreno, a não ser que a parte do terreno seja até agora conduzida no cadastro imobiliário sob um número especial.  (4) Um resumo da relação oficial não precisa ser apresentada se a parte do terreno eliminada já é ou era indicada no registro de imóveis conforme a relação oficial.  (5) Os governos estaduais estão autorizados a, por portaria, determinar que os extratos submetidos das relações oficiais conforme as alíneas precedentes não precisam de autenticação, se o extrato é feito mecanicamente e existe uma proteção suficiente contra a apresentação de extratos não produzidos pela autoridade competente ou falsificados. A sentença 1 aplica-se “mutatis mutandis” a outros casos em que a informação da relação oficial ao registro predial deve ser transmitida. Os governos estaduais podem delegar essa autorização por portaria para as administrações estaduais de justiça.  § 3  (1) Cada terreno recebe no livro de imóveis um lugar especial (folha do livro de imóveis ). A folha do livro de imóveis deve ser considerada para o terreno como o livro de imóveis na acepção do Código Civil.  (2) Os terrenos da União, dos estados, dos municípios e de outras associações de municípios, das igrejas, mosteiros e escolas, os cursos d´água, as vias públicas, bem como os terrenos que são dedicados a servir empresas ferroviárias de transporte público recebem uma folha de registro de imóveis apenas sob pedido do proprietário ou de uma pessoa autorizada.  (3) A pedido do proprietário, um terreno deve ser eliminado do registro predial se o proprietário está isento da obrigação de registro nos termos da alínea 2 e se não existe um registro pelo qual o direito do proprietário é atingido.  (4) O ofício de registro de imóveis pode, desde que disso não deva decorrer confusão ou um prejuízo significativo às transações jurídicas ou à administração do registro de imóveis, prever para a administração de uma matrícula de um terreno, se o terreno está determinado para servir ao objetivo econômico de vários outros imóveis, para os quais está em uma relação espacial dessa determinação “mutatis mutandis” e no condomínio do proprietário (terreno dominado).  (5) Nesse caso devem ser registrados ao proprietário de direito, ao invés de todo o terreno, cada parte condominial do terreno em questão na matrícula dos terrenos pertencentes a cada proprietário. Esse registro vale como livro de imóveis para cada co-proprietário.  (6) A reserva referida nas alíneas 4 e 5 também é então admitida se os terrenos em causa pertencem ainda a um proprietário, mas este esclareceu a divisão das propriedades no terreno serviente em co-propriedade e sua atribuição para o terreno dominante em relação ao registro de imóveis; a divisão torna-se eficaz com a reserva nos termos da alínea 5.  (7) Se a co-propriedade é reconstituída no terreno serviente, então o ofício de registro de imóveis deve geralmente, se os requisitos da alínea 4 estão presentes, proceder conforme as prescrições acima.  (8) Se a participação no terreno serviente não mais pertence ao proprietário do terreno dominante, então se deve abrir uma matrícula de registro de imóveis.  (9) Se o terreno serviente é onerado como um todo, desde que uma matrícula especial não seja aberta ou o § 48 não seja aplicável, então deve ser feito conhecido em todas as matrículas envolvidas que o terreno serviente é onerado como um todo; isso deve ser referido sempre nos outros registros.  § 4  (1) Para vários terrenos de mesmos proprietários, cujos registros são geridos pelo mesmo ofício de registro de imóveis, uma matrícula comum pode ser aberta, desde que isso não gere confusão.  (2) Aplica-se a mesma regra se os terrenos pertencem a um patrimônio familiar no sentido da lei dos patrimônios familiares ou se de maneira semelhante são ligados conjuntamente por lei estadual ou federal, também se seus registros são efetuados por ofícios diferentes. Nestes casos, se se trata de um patrimônio familiar, o registro predial competente é o que efetua o registro sobre o lugar do patrimônio; no resto o ofício de registro de imóveis competente deve ser determinado conforme o § 5 da lei sobre o procedimento de família e de jurisdição voluntária.  § 5  (1) Um terreno apenas deve então ser reunido a um outro terreno, se não há perigo de confusão. Se os registros são executados por ofícios de registro de imóveis distintos, o ofício competente deve ser determinado pelo § 5º da lei sobre o procedimento de família e de jurisdição voluntária.    (2) Os terrenos envolvidos na unificação devem ficar na mesma circunscrição do ofício de registro de imóveis e no mesmo lugar competente para a gestão do índice oficial conforme o § 2, alínea 2, bem como imediatamente adjacente. Dessas exigências apenas devem ser isentados se existe, especialmente em razão da homogeneidade das instalações construídas e das instalações auxiliares, uma necessidade considerável. A localização do terreno em relação ao outro é comprovada pela apresentação de um mapa autenticado pela autoridade competente. A necessidade considerável deve ser crível; o § 29 não se aplica aqui.  § 6  (1) Um terreno apenas deve então ser anexado a um outro terreno como parte integrante se disso não deve ser temida confusão. Se os livros de registro são geridos por ofícios diversos, então é competente para a decisão sobre o requerimento de anexação e, se o requerimento é concedido, para a gestão do livro de registro sobre o terreno inteiro o ofício que gere o livro de registro sobre o terreno principal.    (2) O § 5, alínea 2, encontra aplicação “mutatis mutandis”.  § 6a  (1) O requerimento de registro de um direito de superfície de vários terrenos ou de direitos de superfície apenas deve ser cumprido, sem prejuízo da sentença 2, se os requisitos do § 5, alínea 2, sentença 1, estão presentes no que diz respeito aos terrenos onerados. Essas exigências apenas devem ser isentadas se os terrenos onerados estão próximos uns dos outros e, ou o direito de superfície em apartamentos ou o direito de superfície parcial deve ser dividido ou o objeto da superfície é uma construção uniforme ou uma construção com estruturas auxiliares associadas ao terreno onerado; o § 5, alínea 2, sentença 3 encontra aplicação “mutatis mutandis”. Além disso, os requisitos da sentença 2 devem ser satisfeitos confiavelmente; o § 29 não se aplica aqui.    (2) O pedido de registo de um direito de superfície não deve ser deferido se o direito de superfície deve ser exigido tanto sobre um terreno como também sobre um outro direito de superfície.  § 7    (1) Se uma parte do terreno deve ser onerada por um direito, então ela deve ser excluída do terreno total e registrada como terreno autônomo.  (2) Se o direito é uma servidão ou uma carga real, então a exclusão pode ser omitida, se dela não decorrer confusão. No entanto, também nesse caso as prescrições do § 2, alínea 3, devem ser aplicadas correspondentemente na apresentação de uma planta  § 8  (revogado)  § 9  (1) Os direitos, que são atribuídos a cada proprietário de um terreno, devem ser anotados a pedido também na matrícula desses terrenos. É autorizado ao requerimento o proprietário do terreno, bem como cada um cujo consentimento é necessário nos termos do § 876, sentença 2, do Código Civil para a revogação do direito.  (2) A anotação deve ser corrigida de ofício, se a lei for alterada ou revogada.  (3) O registro da anotação (alínea 1) deve ser feito na matrícula do terreno onerado de ofício de maneira visível.  § 10  (1) Os livros de registro e os documentos sobre os quais um registro é baseado ou é referido o ofício de registro de imóveis deve conservar permanentemente. Um documento conforme a sentença 1 só pode ser emitido se, em vez do documento, uma cópia autenticada permanece no ofício de registro de imóveis.  (2) O Ministério Federal da Justiça está autorizado a determinar, por portaria, o que exige a aprovação do Senado Federal, que, em vez de uma cópia autenticada do documento, uma referência a outro arquivo é suficiente, se um documento indicado na alínea 1 está incluído em outro arquivo do tribunal de primeira instância competente para o registro predial.  (3)  (revogado)  (4)  (revogado)  § 10a  (1) Os livros de registro de imóveis encerrados podem ser armazenados como reprodução em um suporte de imagens ou em outro suporte dados, se é assegurado que a reprodução ou os dados interiormente podem ser feitos legíveis em tempos adequado. As administrações de justiça estadual determinam por portaria administrativa geral o ponto de tempo e a circunstância desse tipo de armazenamento e os detalhes da implementação.  (2) Na produção do suporte da imagem ou dos dados deve ser feita uma prova escrita de que a reprodução corresponde ao original do livro de registro de imóveis. Demonstrado que a cor original do registro não seja reconhecível como tal na reprodução, isto deve ser indicado na prova escrita. Os livros de registro originais encerrados podem ser descartados.  (3) Por portaria do Ministério Federal da Justiça, com o consentimento do Senado Federal, pode ser previsto que documentos não mais necessários para a execução do registro predial, encontráveis nos arquivos do registro de imóveis, podem ser descartados. Quais documentos e sob quais condições eles podem ser descartados, isso deve ser determinado na portaria indicada na sentença 1.  § 11  Um registro no livro de registro de imóveis não é ineficaz porque a pessoa que o fez é proibida de participar dele por força da lei.  § 12  (1) A consulta ao registro predial é permitida a qualquer um que mostra um interesse legítimo. Isso vale igualmente para o documento que é referido no registro de imóveis para complementar um registro, bem como para o documento dos pedidos de registro ainda não concluídos.  (2) Quanto à consulta ao registro predial que é permitida na alínea 1 dos documentos designados e dos requerimentos de registro ainda não concluídos, uma cópia pode ser solicitada; a cópia deve ser certificada mediante requerimento.  (3) O Ministério Federal da Justiça pode determinar por portaria, com o consentimento do Senado Federal, que  1. sobre as alíneas 1 e 2, a consulta a outros documentos relativos ao registro de imóveis é permitida e cópias destes podem ser exigidas;    2. autoridades podem ser dispensadas da declaração de interesse legítimo, bem como algumas pessoas que por causa de seu cargo ou sua atividade estão justificadas.  § 12a  (1) Os ofícios de registro de imóveis também estabelecem e administram uma lista dos proprietários e dos terrenos, bem como, com a aprovação suplementar da administração judicial estadual, listas necessárias à administração do registro de imóveis, também na forma mecânica. Uma obrigação de manter essas listas atualizadas não existe; a responsabilidade por informações incorretas não existe. Listas desse tipo feitas publicamente acessíveis devem prestar informações, bem como uma tal lista de localização de matrículas serve para consulta no registro de imóveis ou é necessária para o requerimento de concessão de cópias e as condições para a consulta no registro de imóveis devem ser dadas. Sob as condições do § 12 também pode ser concedida informação das listas nos termos da sentença 1, se com isso a consulta no livro de registro de imóveis é dispensada. A tribunais internos, autoridades e notários pode ser concedida também a consulta à parte correspondente das listas. Uma pretensão de concessão de cópias da lista não existe. Para listas organizadas mecanicamente valem os § 126, alínea 2, e § 133 “mutatis mutandis”.  (2) Como lista no sentido da alínea 1 pode ser usado também o cadastro imobiliário com a aprovação da administração da justiça estadual.  § 12b  (1) Após a transferência de livros de registro e arquivos de documentos de imóveis encerrados para suportes de imagem ou de dados em um procedimento nos termos do § 10a, alínea 1 e 2, § 128, alínea 3, ou § 138, alínea 1, a consulta ao original conservado pelo ofício de registro de imóveis não pode mais ser exigida. Se os originais são mantidos após sua gravação em um outro lugar distinto do ofício de registro de imóveis, a consulta é determinada nos termos da lei estadual.  (2) Pelo tempo em que, no assunto indicado no artigo 3 do Tratado da Unificação, arquivos e livros de registro de imóveis anteriores são guardados por outros que não os administradores do registro de imóveis, vale o § 12, mutatis mutandis.  § 12c  (1) O funcionário do ofício decide sobre:  1. a autorização para consulta ao livro de registro de imóveis ou aos documentos indicados no § 12 e requerimentos, bem como a expedição de cópias, a não ser que a consulta seja requerida com finalidades científicas ou de pesquisa;  2. a prestação de informações de acordo com o § 12-A ou a concessão de consulta em uma lista lá indicada;  3. a prestação de informações nos outros casos previstos em lei;  4. os pedidos de devolução de documentos e envio de arquivos para os tribunais nacionais ou para autoridades administrativas.  (2) O funcionário do ofício também é competente para:  1. A autenticação de cópias (alínea 1 no. 1), mesmo que não caiba a ele a decisão de fornecê-las; no entanto, um funcionário judicial autorizado pela administração do tribunal de primeira instância pode, no lugar do funcionário do ofício, fazer a certificação;  2. as ordens e os registros para a manutenção da correspondência entre o registro de imóveis e as listas oficiais nos termos do § 2, alínea 2, ou uma outra, juntamente em conexão com a lista existente, com exceção das ordens e registros que afetam simultaneamente uma correção de natureza legal ou uma correção de uma nulidade sobre a propriedade;  3. as decisões sobre a requisição dos tribunais de registros ou cancelamentos de anotação sobre a abertura do processo de insolvência e sobre as ordens restritivas conforme a lei de insolvências ou da anotação sobre a propositura de um  procedimento de leilão ou de gestão coercitivos;  4. a correção do registro dos nomes, das profissões ou dos domicílios das pessoas naturais no registro de imóveis.  5. a produção de provas, nos termos do § 10a, alínea 2.  (3) A prescrição do § 6º da lei sobre os procedimentos em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária deve ser aplicada ao funcionário do ofício, mudado o que deve ser mudado. Atos do funcionário do ofício não são inválidos porque eles foram feitos por autoridade territorialmente incompetente ou por autoridade excluída do exercício de seu ofício por força de lei.    (4) Se a mudança de uma decisão do oficial de registro de imóveis é exigida, assim decide o juiz do registro de imóveis, se este não corresponde à exigência. A reclamação é interposta apenas contra sua decisão.  (5) No caso do parágrafo 12b, alínea 2, decide sobre a concessão de visualização ou a de cópias a administração do ofício ou um funcionário autorizado aqui por ela. Contra a decisão é dada a reclamação nos termos da Seção IV. Territorialmente competente é o tribunal em cujo âmbito o ofício está localizado.  Seção II  Registros no registro de Imóveis  § 13  (1) Um registro deve, salvo se a lei não prescreva algo diferente, ocorrer apenas a requerimento. Autorizado a requerer é aquele cujo direito é atingido pelo registro ou a quem o registro beneficia.  (2) O exato momento em que um requerimento entra no ofício de registro de imóveis deve ser anotado no requerimento. O requerimento entrou no ofício de registro de imóveis quando é entregue a uma pessoa competente sob recibo. Se o requerimento é apresentado por escrito de alguma pessoa, então ele entrou com a conclusão da escrita.  (3) Para o recebimento de um requerimento ou de uma requisição direcionado a um registro e a certificação do momento no qual o requerimento ou a requisição entra no ofício de registro de imóveis são apenas as pessoas competentes para a execução do registro de imóveis sobre o terreno atingido e que ordenado pela coordenação do tribunal de primeira instância para todo o registro de imóveis ou o departamento único oficial competente no assunto da repartição. Se o requerimento ou a requisição referem-se a vários terrenos de diferentes circunscrições do mesmo ofício de registro de imóveis, então é competente cada um que é provocado, conforme seção 1.  § 14  A retificação do registro de imóveis por um registro de um autorizado pode também ser solicitada por aquele que pode exigir um registro no livro de imóveis com base em um título executável contra o autorizado, desde que a admissibilidade desse registro dependa da retificação antecedente do registro de imóveis.  § 15  (1) Para a autorização de registro e outros esclarecimentos que sejam necessários para o registro e são apresentadas em forma pública ou certificada publicamente, as partes podem também deixar-se representar por pessoas que não estão autorizadas a representar nos termos do § 10, alínea 2, da lei sobre o procedimento em matéria de família e em assuntos de jurisdição voluntária. Isto vale também para o recebimento de avisos de registro e despachos do registro predial nos termos do § 18.  (2) Se o esclarecimento necessário a um registro é certificado ou autenticado por um notário, então este vale como autorizado a requerer o registro em nome de um autorizado a requerer.  § 16  (1) Um pedido de registro cuja conclusão está vinculada a uma reserva não deve ser concedido.  (2) Se vários registros são solicitados, então pode ser determinado pelo requerente que um registro não deve ser efetuado sem os outros.  § 17  Se são requeridos vários registros que atingem o mesmo direito, então o registro requerido mais tarde não está autorizado a ser feito antes da conclusão do requerimento colocado mais cedo.  § 18  (1) Se há um impedimento ao registro requerido, então o ofício do registro predial deve ou rejeitar o requerimento, apresentando os fundamentos, ou determinar ao requerente um prazo adequado para levantar o impedimento. No último caso o requerimento deve ser rejeitado após o vencimento do prazo, se nesse prazo o levantamento do impedimento não foi comprovado.  (2) Se antes da conclusão de um requerimento um outro registro é requerido, pelo qual o mesmo direito é atingido, então deve ser registrado de ofício em favor do requerimento colocado anteriormente uma reserva ou uma oposição; o registro vale no sentido do § 17 como conclusão desse requerimento. A reserva ou a oposição é cancelada de ofício se o requerimento apresentado anteriormente é rejeitado.  § 19  Um registro é feito se o concede a parte cujo direito é atingido por ele  § 20  No caso de abandono de um terreno, bem como no caso de ordem, modificação do conteúdo ou transferência de um direito de superfície, o registro apenas pode ocorrer, se o acordo necessário do autorizado e da outra parte é esclarecido.  § 21  Havendo um direito ao respectivo proprietário de um terreno que é atingido por um registro, requer-se a aprovação da pessoa cujo consentimento é necessário, conforme o § 876, alínea 2, do Código Civil, para a revogação dos direitos, apenas quando o direito está anotado na matrícula do terreno.  § 22  (1) Para a correção do registro de imóveis não se exige a aprovação prevista pelo § 19, quando a incorreção é comprovada. Isso vale especialmente para o registro ou o cancelamento de uma restrição.  (2) A retificação do registro de imóveis pelo registro de um proprietário ou de um superficiário pode ocorrer apenas com o consentimento do proprietário ou do superficiário, a não ser que esteja presente a hipótese do § 14 ou a incorreção é comprovada.  § 23  (1) Um direito que é limitado ao tempo de vida do beneficiário, após a sua morte, se não é cancelado no caso de atraso de serviço, apenas com a aprovação dos sucessores pode ser cancelado, se o cancelamento antes do cumprimento de um ano após a morte do beneficiário deve suceder ou se o sucessor do cancelamento opôs-se ao oficial de registro; a oposição deve ser registrada de ofício. Se o beneficiário é declarado morto, então começa o prazo de um ano com a publicação da sentença expressando a declaração de morte.  (2) A aprovação do sucessor prevista na alínea 1 não é exigida, se está registrado no livro de imóveis que para o cancelamento do direito deve bastar a prova da morte do beneficiário.  § 24  As disposições do § 23 devem ser “mutatis mutandis” aplicadas se o direito é cancelado com a realização de uma determinada idade do beneficiário ou com a entrada de um outro determinado ponto de tempo ou evento.  § 25  Se uma reserva ou uma oposição está registrada com base em uma disposição provisória, então não se exige para o cancelamento a aprovação do beneficiário se a disposição provisória é levantada por uma decisão executável. Essa prescrição deve ser “mutatis mutandis” aplicada, se, com base em uma sentença provisoriamente executável conforme as disposições do Código de Processo Civil ou com base em notificação conforme a Lei de Propriedade, uma reserva ou uma oposição está registrada.  § 26  (1) Deve ser registrada a transferência de uma hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda sobre a qual uma carta é emitida, sendo suficiente se, ao invés da autorização do registro, é apresentada a declaração de cessão do credor anterior.  (2) Essa disposição deve ser “mutatis mutandis” aplicada quando deve ser registrado um ônus sobre hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda, bem como a transferência ou a oneração de um crédito para o qual um direito registrado responde como penhor.  § 27  Uma hipoteca, uma obrigação real ou uma obrigação de renda apenas pode ser cancelada com o consentimento do proprietário do terreno. Para um cancelamento para a retificação do livro de registro o consentimento não é necessário se o erro é comprovado.  § 28  Na autorização de registro ou, quando esta não é necessária, no pedido de registro o terreno deve ser indicado de acordo com o registro de imóveis ou fazendo referência à matrícula. As quantias de dinheiro a serem registradas devem ser especificadas em moeda nacional; por portaria do Ministério Federal da Justiça em acordo com o Ministério Federal das Finanças pode-se admitir a especificação na moeda única europeia, na moeda de um país membro da União Europeia ou do espaço econômico europeu ou em uma outra moeda, desde que não devam levantar preocupações de política monetária, e ser limitada novamente se existem objeções de política monetária contra a continuação dessa possibilidade.  § 29  (1) Um registro apenas deve ser feito se a autorização ao registro ou outros esclarecimentos necessários ao registro são comprovados por documentos públicos ou autenticados publicamente. Outros requisitos do registro precisam de comprovação por documentos públicos, desde que eles não sejam óbvios para o ofício de registro de imóveis.  (2) (revogado)  (3) Explicações ou solicitações de uma autoridade, baseada em que um registro deve ser efetuado, devem ser subscritas e fornecidas com selo ou carimbo.  § 29a  Os requisitos do § 1179 Nr. 2 do Código Civil devem gerar credibilidade; § 29 não vale aqui.  § 30  Para o requerimento de registro bem como para a procuração para assinar um requerimento apenas vale a prescrição do § 29, se um esclarecimento necessário para o registro deve ser substituído ao mesmo tempo pelo requerimento.  § 31  Uma declaração através da qual um requerimento de registro é retirado requer a forma prescrita no § 29, alínea 1, sentença 1, e alínea 3. Isso não vale se o requerimento de registro é direcionado a uma retificação de registro. A sentença 1 vale “mutatis mutandis” para uma declaração correspondente através da qual uma procuração emitida para a apresentação de requerimentos de registro é revogada.  § 32  (1) As permissões registradas de representação no comércio, nas cooperativas, nas associações ou no registro de associação, as mudanças de sede, de firmas ou de nomes, bem como a existência das pessoas jurídicas e companhias podem ser comprovadas por um certificado nos termos do § 21, alínea 1, da lei federal do notariado. A mesma regra vale para outras circunstâncias juridicamente relevantes que resultam da inscrição no registro, especialmente para as transformações. A comprovação pode também ser realizada por uma impressão oficial do registro ou uma cópia autenticada do registro.  (2) Se o registro eletrônico é realizado, a prova pode no caso da alínea 1, sentença 1, ser realizada também pela referência ao registro. Aqui o tribunal registral e a matrícula devem ser especificados.  § 33  (1) A prova de que há entre cônjuges separação de bens ou um regime de bens convencional ou de que um objeto pertence ao patrimônio separado de um cônjuge é feita por certificado do tribunal de registro de relações patrimoniais no registro patrimonial.  (2) Se o ofício de registro de imóveis é igualmente o tribunal de registro, então é suficiente a referência ao registro em vez do certificado referido na alínea 1.  § 34  (revogado)  § 35  (1) A prova da sucessão pode apenas ser feita por um certificado de herança. Contudo, se a herança baseia-se em um testamento que em um documento público é contido, então é suficiente se, no lugar do certificado de herança, o testamento e a transcrição sobre a abertura do testamento é submetida; se o ofício de registro de imóveis não considera a sucessão por esse documento como provada, então pode exigir a apresentação de um certificado de herança.  (2) A existência de uma comunidade de bens contínua bem como o poder do testamenteiro para dispor de um bem do espólio devem ser apenas aceitos como comprovados com base no certificado previsto nos §§ 1507 e 2368 do Código Civil; na comprovação do poder do testamenteiro devem ser aplicadas correspondentemente contudo as prescrições da alínea 1, sentença 2.  (3) Para o registro do proprietário ou dos coproprietários de um terreno pode o ofício de registro de imóveis prever pelos meios de prova indicados nas alíneas 1 e 2 e se satisfazer com outros meios de prova, para os quais a forma do § 29 não é necessária, se o terreno ou a parte no terreno vale menos do que 3000 euros e a aquisição da herança ou do certificado conforme o § 1507 do Código Civil apenas é possível com reforço desproporcionado do custo ou das despesas. Ao invés, o requerente pode também ser admitido a prestar juramento.  § 36  (1) Em um terreno pertencente ao espólio ou ao patrimônio comum de um casal ou de uma comunidade de bens contínua em um terreno deve ser registrado ou o direito de uma das partes como proprietária ou concedente da superfície, sendo suficiente para a prova da sucessão e dos esclarecimentos necessários da parte para o registro da transferência de propriedade um certificado do tribunal de sucessões ou do tribunal de primeira instância competente, conforme o § 344, alínea 5 da lei de procedimentos em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária.  (2) O certificado apenas pode ser emitido se:  a) os requisitos para  concessão de um certificado de herança estiverem presentes ou a prova da comunidade de bens conjugal é fornecida por documentos públicos e  b) a entrega das declarações das partes em uma maneira correspondente à prescrição da GBO ao tribunal de sucessões ou ao tribunal de primeira instância competente conforme o § 344, alínea 5, da lei de procedimentos em matéria de família e nos assuntos de  jurisdição voluntária é comprovada.  3) As disposições sobre a competência para a recepção da renúncia permanecem intocadas.  § 37  As disposições do § 36 devem ser aplicadas “mutatis mutandis” se, em uma hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda que pertence a um espólio ou ao patrimônio de um casal ou a uma comunidade contínua de bens, uma das partes deve ser registrada como novo credor.  § 38  Nos casos em que conforme prescrição legal uma autoridade está autorizada a solicitar um registro, o ofício de registro de imóveis efetua o registro baseado na solicitação da autoridade.  § 39  (1) Um registro apenas deve ser realizado se a pessoa cujo direito é afetado por ele está registrada como interessada.  (2) Em uma hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda sobre a qual uma carta é emitida, esta equivale ao registro do credor, se este se acha na posse da carta e seu crédito é provado nos termos do § 1155 do Código Civil.  § 40  (1) Se a pessoa cujo direito é atingido por um registro é herdeira do interessado registrado, então a prescrição do § 39, alínea 1, não deve ser aplicada se a transferência ou a revogação do direito deve ser registrada ou se o requerimento de registro é justificado pela aprovação do de cujus ou de um administrador provisório ou por um título executável contra o de cujus ou o administrador provisório.  (2) Isso vale igualmente para um registro baseado na aprovação de um testamenteiro ou em um título executável contra este, desde que a aprovação ou o título seja eficaz contra o herdeiro.  § 41  (1) No caso de uma hipoteca sobre a qual uma carta é emitida, um registro apenas deve ser feito se a carta é apresentada. Para o registro de uma oposição não se exige a apresentação, se o registro é ordenado por uma medida liminar e a oposição funda-se em que a hipoteca ou a demanda para a qual é ordenada não existe ou está sujeita a recurso ou a hipoteca foi registrada irregularmente. A entrega da carta não é exigida para o registro de uma reserva de cancelamento conforme o § 1179 do Código Civil.  (2) A apresentação da carta da hipoteca é necessária, se, nos casos do §§ 1162, 1170, 1171 do Código Civil, com fundamento em uma decisão de exclusão, a concessão de uma nova carta é solicitada. Se a concessão posterior da carta deve ser excluída ou a hipoteca ser cancelada, então a apresentação da sentença de exclusão é suficiente.  § 42  As prescrições do § 41 devem ser aplicadas à obrigação real e à obrigação de renda mutatis mutandis. Entretanto, se o direito do portador da carta está registrado, então não é exigida a apresentação da carta apenas se o requerimento de registro é fundado no consentimento de um representante nomeado nos termos do § 1189 do Código Civil ou em uma decisão judicial decretada contra ele.  § 43  (1) Em uma hipoteca para a garantia de um título ao portador, de uma letra de câmbio ou de um outro papel que por endosso pode ser transferido, um registro apenas deve ser feito se o documento é apresentado; o registro deve ser anotado no documento.  (2) Esta prescrição não deve ser aplicada se um registro deve ser efetuado baseado no consentimento de um representante designado conforme o § 1189 do Código Civil ou baseado em uma decisão judicial expedida contra isso.  § 44  (1) Cada registro deve indicar a data em que é efetivado. O registro deve, desde que o funcionário da serventia não seja competente conforme o § 12c, alínea 2, nº 2 até o 4, indicar a pessoa competente para a gestão do registro de imóveis, regularmente informado no texto, e o funcionário da serventia; ele deve ser subscrito por ambos, mas pode subscrever, no lugar do funcionário, um funcionário judicial autorizado pela administração do tribunal de primeira instância. No caso do § 12c, alínea 2, nº 2 até o 4, o funcionário da serventia e adicionalmente um segundo oficial da serventia ou um funcionário judicial autorizado pela administração do tribunal de primeira instância tem de subscrever o registro.  (2) Até que algo mais não seja determinado legalmente e o alcance do ônus no registro de imóveis permaneça reconhecível, deve ser feita no registro de um direito com o qual um terreno é onerado a referência à autorização do registro. Aqui devem ser especificados na referência o nome do notário, da notária ou a indicação do tabelionato e em cada caso o número do protocolo notarial; nos registros baseados em uma solicitação (§ 38) a designação do lugar solicitado e seus resumos.  (3) Na conversão de uma matrícula, a nova edição de uma parte de uma matrícula e em outros casos a transferência de registros a um outro, a matrícula já aplicada ou a ser aplicada deve ser remarcada ou expandida, desde que por esse meio não sejam mudados o conteúdo do registro, a referência à autorização do registro ou outros documentos, como seja admitido pela alínea 2. Desde que por esse meio o conteúdo do registro não seja alterado, o registro original pode também pelo texto original ser derrogado.  § 45  (1) Se em uma seção do registro de imóveis vários registros devem ser efetuados, então eles obtêm a ordem que corresponde à sequência de tempo do requerimento; se os requerimentos são colocados simultaneamente, então deve ser anotado no registro de imóveis que os registros têm o mesmo grau.  (2) Se vários registros que não tenham sido requeridos simultaneamente são efetuados em diferentes seções no expediente do mesmo dia, então deve ser anotado no registro de imóveis que o registro requerido mais tarde é posterior em grau ao requerido mais cedo.  (3) Essas prescrições não devem ser aplicadas nesta matéria quando uma prioridade derrogada pelo requerente do registro é determinada.  § 46  (1) O cancelamento de um direito ou de uma disposição restritiva é feito através do registro de uma anotação de cancelamento.  (2) Se um direito registrado não é transferido na transferência de um terreno ou de uma parte do terreno a uma outra matrícula, então isso vale como cancelado no que toca ao terreno ou à parte dele.  § 47  (1) Se um direito deve ser registrado para vários em comum, então o registro deve ser feito na maneira em que ou as quotas dos interessados são indicadas em frações ou a relação jurídica autorizada para a comunidade é designada.  (2) Se um direito deve ser registrado para uma sociedade de direito privado, então seus sócios também devem ser registrados no livro de imóveis. As prescrições válidas para os autorizados valem “mutatis mutandis” para os sócios também.  § 48  (1) Se vários terrenos estão onerados com um direito, a oneração conjunta dos outros deve ser feita reconhecível na matrícula de cada terreno de ofício. Isso vale igualmente se ainda um outro terreno é onerado posteriormente com um direito existente sobre um terreno ou se, no caso de transferência de uma parte de terreno a uma outra matrícula, um direito registrado é transferido conjuntamente.  (2) Tão logo um ônus conjunto é cancelado, isso deve ser anotado de ofício.  § 49  Se servidões e cargas reais como direito de pensão e outros são registradas, então não é necessária a indicação de cada direito, se é feita referência na autorização do registro.  § 50  (1) No registro de uma hipoteca por título de obrigação parcial é suficiente ao portador se o valor conjunto da hipoteca é registrado com indicação da quantidade, do valor e da designação da parte.  (2) Essa prescrição deve ser aplicada correspondentemente, se uma obrigação real ou de renda para o portador do título deve ser registrada e o direito deve ser decomposto em partes.  § 51  No registro de um herdeiro provisório deve ser registrado igualmente o herdeiro e também a liberação de ofício, na medida em que o herdeiro provisório esteja liberado das limitações a seu direito de alienação.  § 52  Se um testamenteiro é indicado, então isso deve ser conjuntamente registrado de ofício no registro da herança, a não ser que o bem do espólio não esteja submetido à administração do testamenteiro.  § 53  (1) Se resulta que o ofício de registro de imóveis fez um registro que viola prescrição legal, pela qual o registro de imóveis tornou-se incorreto, então de ofício deve registrar uma oposição. Comprovado como inadmissível um registro de acordo com o seu conteúdo, então ele deve ser cancelado de ofício.  (2) Em um hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda não é necessária para o registro de uma oposição a entrega da carta, se a oposição tem o conteúdo indicado no § 41, alínea 1, sentença 2. Essa prescrição não deve ser aplicada, se o título da obrigação real ou de renda é emitido ao portador.  § 54  Os ônus publicamente dormentes sobre um terreno como tal devem ser excluídos pelo registro no registro de imóveis, a não ser que seu registro seja especialmente autorizado ou ordenado pela lei.  § 55  (1) Cada registro deve ser notificado ao notário que enviou o requerimento, ao requerente e ao proprietário registrado, bem como a todas as pessoas claramente constantes do registro de imóveis em cujo favor o registro é feito ou cujo direito é atingido por ele; o registro de um proprietário também (deve ser notificado) àqueles para os quais uma hipoteca, obrigação real, obrigação de renda, ônus real ou um direito sobre um desses direitos é registrado no registro de imóveis.  (2) Se um terreno está em condomínio, então a notificação prevista na alínea 1 deve ser feita ao proprietário apenas em relação aos condôminos a cuja parte o registro refere-se. “Mutatis mutandis” vale no condomínio para a notificação prevista na alínea 1 ao credor hipotecário ou a outros beneficiários do registro de um proprietário.  (3) Alterações da denominação registral dos terrenos e o registro de um proprietário devem ser notificadas igualmente à autoridade que gere a lista oficial indicada no § 2, alínea 2.  (4) O registro da renúncia à propriedade deve ser notificado à autoridade competente para a entrega da declaração de apropriação e para a gestão do cadastro de imóveis. Nos casos do artigo 233, § 15, alínea 3, da lei de introdução ao código civil, a notificação é feita apenas ao fisco estadual e ao município em cujo âmbito o terreno está; o município informa os interessados ou os credores conhecidos.  (5) Se a anotação prevista no § 9, alínea 1, é registrada, então o ofício de registro de imóveis tem de notificar isso ao ofício que administra a matrícula do terreno onerado. Se a anotação é registrada, então o ofício que administra a matrícula do terreno onerado tem de notificar cada modificação ou cancelamento de direitos ao ofício do terreno dominante.  (6) A notificação tem de reproduzir o registro literalmente. Ela deve também indicar a posição do registro no livro de imóveis e o nome do proprietário do terreno; no caso de uma troca de propriedade também o nome do proprietário anterior. Na notificação podem também ser mencionadas a designação do terreno atingido na lista oficial indicada no § 2, alínea 2, bem como na troca de uma propriedade o endereço do novo proprietário.  (7) À notificação pode ser total ou parcialmente renunciado.  (8) Outras prescrições sobre a notificação de registros no livro de imóveis permanecem inalteradas.  § 55a  (1) Se uma solicitação ou um requerimento documental entrado em um ofício de registro de imóveis para cuja realização junto ao ofício endereçado também ainda um outro ofício é competente ou vários outros ofícios são competentes, então cada um dos ofícios envolvidos pode enviar ao outro ofício cópias de suas disposições.  (2) Se nos direitos comuns (§ 48) os registros de imóveis são geridos por diversos ofícios, então os registros bem como as disposições através das quais um requerimento ou uma solicitação de registro é rejeitada devem ser comunicados aos outros interessados.  § 55b  Quando o ofício de registro de imóveis é obrigado, com base nas prescrições legais relativas aos registros de imóveis, a fazer comunicações aos tribunais ou autoridades ou outros, o interessado não deve ser informado. Isto vale também no caso do § 55a.  Seção III  Título de hipoteca, obrigação real e obrigação de renda  § 56  (1) O título hipotecário é emitido pelo ofício de registro de imóveis. Ele deve conter a designação de título hipotecário e indicar o montante em dinheiro da hipoteca e o terreno onerado, bem como ser fornecido com a assinatura e o selo ou o carimbo.  (2) O título hipotecário deve ser assinado pela pessoa competente para a gestão do registro de imóveis e pelo funcionário do ofício. Contudo, em vez do funcionário do ofício pode assinar algum funcionário autorizado pela administração do tribunal de primeira instância.  § 57  (1) O título hipotecário deve conter o número da matrícula e o conteúdo do registro da hipoteca em questão. O terreno onerado deve ser designado com o número de série sob o qual ele é relacionado na lista do registro de imóveis. As reservas de cancelamento da hipoteca registrada nos termos do § 1179 do Código Civil não devem ser anotadas no título hipotecário.  (2) Se as informações indicadas na alínea 1, sentenças 1 e 2, são alteradas, o título hipotecário deve ser completado mediante requerimento, a menos que a complementação já não deva ser feita conforme outras prescrições.  § 58  (1) Se é exibido um documento sobre a causa para a qual uma hipoteca existe, então o documento deve ser vinculado ao título hipotecário. Se o conteúdo do documento estende-se também a outros assuntos, então é suficiente se um excerto publicamente certificado do documento seja vinculado ao título hipotecário.  (2) revogado  (3) Para provar que um título de dívida não é emitido, é suficiente um esclarecimento direcionado nesse sentido do proprietário.  § 59  (1) Sobre uma hipoteca conjunta deve apenas um título hipotecário ser emitido. Ele deve ser subscrito apenas por uma pessoa competente para a gestão do registro de imóveis e por um funcionário do ofício ou um funcionário da justiça autorizado (§ 56, alínea 2), também se relativamente ao terreno onerado diferentes pessoas sejam competentes a esse respeito.  (2) Se os registros dos terrenos onerados são geridos por distintos oficiais, então cada ofício deve emitir um título especial para o terreno cuja matrícula o emitente gere; os títulos devem vincular-se reciprocamente.  § 60  (1) O título hipotecário deve ser entregue ao proprietário do terreno no caso de emissão posterior ao credor.  (2) Em uma diferente determinação dos proprietários ou credores deve ser aplicada “mutatis mutandis” a prescrição do § 29, alínea 1, sentença 1.  § 61  (1) Um título hipotecário parcial pode ser emitido pelo ofício de registro de imóveis ou por um notário.  (2) O título hipotecário parcial deve conter a designação de título hipotecário parcial e uma cópia autenticada da informação prevista no § 56, alínea 1, sentença 2, dos títulos anteriores, indicar o valor parcial da hipoteca à qual ele se refere, bem como ser provido de assinatura, selo ou carimbo. Ele deve além do mais conter uma cópia autenticada de outras informações dos títulos anteriores e das anotações encontradas neste. Um documento de dívida ligado ao título anterior deve ser vinculado na cópia autenticada com o título da hipoteca parcial.  (3) Se o título hipotecário parcial é expedido pelo ofício de registro de imóveis, então é aplicável o disposto no § 56, alínea 2.  (4) A expedição do título hipotecário parcial deve ser anotada no título anterior.  § 62  (1) Registros posteriores à hipoteca devem ser anotados pelo ofício de registro de imóveis no título hipotecário; a anotação deve conter assinatura e carimbo ou selo. A sentença 1 não vale para o registro de uma reserva de cancelamento nos termos do § 1179 do Código Civil.  (2) À assinatura deve ser aplicado o § 56 alínea 2.  (3) Nos casos do § 53, alínea 1, o ofício de registro de imóveis tem de deter o possuidor do título para apresentação. Da mesma maneira, nos casos do § 41, alínea 1, frase 2, e do § 53, alínea 2, se o título não é apresentado, o ofício tem de proceder para posteriormente anotar no título a oposição.  § 63  Se, após a expedição de um título hipotecário com a hipoteca ainda, um outro onera um terreno registrado no mesmo ofício de registro de imóveis, então, a menos que a expedição de um novo título sobre a hipoteca conjunta não seja requerida, o ônus conjunto deve ser anotado no título anterior e simultaneamente o conteúdo dos títulos relativamente aos outros terrenos deve ser completado conforme o § 57.  § 64  No caso de distribuição de uma hipoteca conjunta entre os próprios terrenos deve ser expedida para cada terreno um novo título.  § 65  (1) Se, conforme o § 1177, alínea 1, ou o § 1198 do Código Civil, uma obrigação real ou de renda ocupa o lugar da hipoteca, então o registro da modificação do direito deve ser anotado no título anterior e desligado um documento de obrigação vinculado ao título, a não ser que a emissão de um novo título seja requerida.  (2) Isso vale igualmente se, nos termos do § 1180 do Código Civil, um outro crédito é colocado no lugar do crédito para o qual uma hipoteca existe.  § 66  Se há várias hipotecas para um credor que têm o mesmo grau ou em grau imediatamente sucessivo, então se deve expedir a ele a seu requerimento com o consentimento do proprietário um título hipotecário sobre as várias hipotecas de maneira que o título abranja todas as hipotecas.  § 67  A um requerimento do autorizado na emissão de um novo título deve ser concedido um novo título, se o título anterior ou nos casos dos §§ 1162, 1170 e 1171 do Código Civil a decisão de exclusão é apresentada.  § 68  (1) Se um novo título é expedido, então ele tem de conter a indicação de que ela entra no lugar da letra anterior.  (2) Anotações que, conforme os §§ 1140, 1145, 1157 do Código Civil, são relevantes para a relação jurídica entre o proprietário e o credor devem ser transferidas para o novo título.  (3) A expedição do título deve ser anotada no registro de imóveis.  § 69  Se uma hipoteca é cancelada, então o título deve ser inutilizado; isto vale igualmente se a emissão do título sobre uma hipoteca posteriormente excluída ou se no lugar do título anterior é emitido um novo título hipotecário, um título de obrigação real ou de obrigação de renda. Um título de obrigação ligado à letra anterior deve ser removido e devolvido, a menos que ele não deva ser ligado ao novo título hipotecário.  § 70  (1) As prescrições dos §§ 56 até 69 devem ser aplicadas aos títulos de obrigações reais e aos de obrigações de renda correspondentemente. O título de obrigação de renda deve também especificar a soma de resgate.  (2) Se uma obrigação real ou de renda registrada é dividida em partes para o proprietário do título, então deve ser feito um título especial para cada parte.  Seção IV - Reclamação  § 71  (1) Contra as decisões do registro de imóveis é cabível o recurso da reclamação.  (2) A reclamação contra um registro é inadmissível. No curso da reclamação pode contudo ser exigido que o ofício de registro de imóveis seja instruído a registrar uma oposição, nos termos do § 53, ou a fazer um cancelamento.  § 72  Sobre a reclamação decide o tribunal superior estadual em cujo âmbito o ofício de registro de imóveis está situado.  § 73  (1) A reclamação pode ser proposta no ofício de registro de imóveis ou no tribunal de reclamação.  (2) A reclamação deve ser interposta mediante apresentação de um escrito ou esclarecimento para subscrição do ofício de registro de imóveis ou do ofício do tribunal de reclamação. Para a interposição da reclamação mediante a transmissão de um documento eletrônico, um arquivo judicial eletrônico, bem como um documento eletrônico judicial vale o § 14, alínea 1 até 3 e 5 da lei sobre o procedimento em matéria de família e de jurisdição voluntária.  § 74  A reclamação pode ser baseada em novos fatos e provas.  § 75  Se o ofício de registro de imóveis julga a reclamação fundada, então ele tem de solucioná-la.  § 76  (1) O tribunal de reclamação pode antes da decisão expedir uma ordem provisória, especialmente ao ofício de registro de imóveis, de desistir de registrar uma reserva ou uma oposição ou ordenar que o cumprimento da decisão impugnada deve ser suspenso.  (2) A reserva ou a oposição (alínea 1) é cancelada de ofício se a reclamação é retirada ou rejeitada.  (3) A reclamação apenas tem efeito suspensivo se é dirigida contra uma ordem através da qual uma multa é estabelecida.  § 77  A decisão do tribunal de reclamação deve ser fundamentada e comunicada ao reclamante.  § 78  (1) Contra uma decisão do tribunal de reclamação é admitido o direito de reclamar, se o tribunal admitiu isso na decisão.  (2) O direito de reclamar deve ser admitido, se  1. o caso tem significado fundamental ou  2. a constituição do direito ou a garantia de uma jurisprudência única requer uma decisão do tribunal de reclamação jurídico. O tribunal de reclamação jurídico está vinculado à admissão.  (3) Aos outros procedimentos o § 73, alínea 2, sentença 2 desta lei, bem como os §§ 71 até 74a da lei sobre os procedimentos em casos de família e em assuntos de jurisdição voluntária encontra aplicação “mutatis mutandis”.  § 79  (revogado)  § 80  (revogado)  § 81  (1) Sobre as reclamações decide no tribunal superior regional e no tribunal federal um senado civil.  (2) As prescrições do código de processo civil sobre a exclusão e a recusa de pessoas judiciais devem ser aplicadas “mutatis mutandis”.  (3) A prescrição do § 44 da lei sobre o procedimento em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária sobre a continuação do procedimento na lesão do direito à oitiva legal deve ser aplicada “mutatis mutandis”.  (4) Os governos federal e regional determinam em seu âmbito por portarias o momento a partir do qual no tribunal podem ser executados em arquivos eletrônicos e podem ser enviados documentos eletrônicos. Os governos federal e regionais determinam em seu âmbito por portarias as condições estruturais, organizacionais e técnicas para a formação, manutenção e conservação dos arquivos eletrônicos e para a forma adequada para o processamento do documento. A portaria do governo federal não exige a anuência do parlamento federal. Os governos regionais podem transferir as autorizações por portaria à administração da justiça regional. A autorização dos arquivos eletrônicos e das formas eletrônicas podem ser limitadas em tribunal ou procedimento individual.  Seção V  Procedimento do ofício de registro de imóveis em casos especiais  I.Retificação compulsória do registro de imóveis  § 82  Se o registro de imóveis tornou-se incorreto em relação ao registro do proprietário em razão de uma transferência de direito exterior ao livro de registro, então o ofício de imóveis deve impor a obrigação ao proprietário ou ao testamenteiro admitido pela administração dos terrenos de apresentar requerimento de retificação do livro de imóveis e de obter os documentos necessários para a retificação. O ofício de registro de imóveis deve devolver essa medida enquanto razões relevantes estão presentes. No caso de uma sociedade de direito civil registrada como proprietária, valem as sentenças 1 e 2 “mutatis mutandis”, se o registro de um sócio tornou-se incorreto, nos termos do § 47, alínea 2.  § 82a  Se os requisitos do § 82 estão presentes, o procedimento obrigatório de retificação não é no entanto possível ou não oferece alguma possibilidade de sucesso, então o ofício de registro de imóveis pode retificar o livro de imóveis de ofício. O ofício pode nesse caso solicitar ao tribunal de sucessões a determinação dos herdeiros do proprietário.  § 83  O tribunal de sucessões que partilhou uma herança ou, ao contrário, identificou os herdeiros deve, se é sabido dele que um terreno pertence à herança, comunicar ao ofício de registro de imóveis competente da herança e aos herdeiros. Se um testamento ou um acordo de herança é aberto, então o tribunal deve, se é sabido dele que um terreno pertence à herança, comunicar ao ofício de registro de imóveis competente sobre a herança e apontar às pessoas indicadas como herdeiras, contanto que sua localização seja conhecida, que por causa da herança o registro de imóveis tornou-se incorreto e quais benefícios especiais existem para a retificação do registro.  II.  Cancelamento de registros sem fundamento  § 84  (1) O ofício de registro de imóveis pode cancelar de ofício um registro sobre um direito conforme as disposições seguintes em razão de sua falta de fundamento. Para as anotações de insolvência com fundamento na lei de 1º de junho de 1933 sobre a regulação das obrigações agrícolas vale a sentença 1 mutatis mutandis.  (2) Um registro é sem fundamento:  a) na medida em que o direito a que se refere não existe e sua origem é excluída;  b) na medida em que o direito a que se refere não pode ser exercido por fundamentos fáticos duradouros.  (3) Aos direitos no sentido das alíneas 1 e 2 pertencem também reservas, oposições, restrições à disponibilidade, anotação de desapropriação e similares.  § 85  (1) Em princípio o ofício de registro de imóveis apenas deve iniciar o procedimento de cancelamento de registros infundados, se circunstâncias externas especiais (por exemplo, refazimento da matrícula por causa de confusão, alienação parcial ou nova oneração do terreno, sugestão por parte de um interessado) dão motivo suficiente para isso e há fundamento para a crença de que o registro é infundado.  (2) O ofício de registro de imóveis decide com critério livre se o procedimento de cancelamento deve ser iniciado ou concluído; essa decisão é incontestável.  § 86  Se uma parte estimulou o início do procedimento de cancelamento, então o ofício de registro de imóveis deve proferir decisão fundamentada pela qual ele recusa o início do procedimento ou retifica o procedimento iniciado.  § 87  O registro deve ser cancelado:  a) se resulta de fatos ou relações jurídicas que sejam determinados em uma maneira apropriada aos requisitos desta lei que o registro é infundado;  b) se ao atingido um aviso de cancelamento é entregue e ele não levantou oposição dentro de um prazo igualmente a ser determinado pelo ofício de registro de imóveis;  c) se por uma decisão válida com fundamento a ser apresentado é determinado que o registro é infundado.  § 88  (1) O ofício de registro de imóveis pode impedir o portador de título de hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda, bem como dos documentos do tipo indicado nos §§ 1154, 1155 do Código Civil, de apresentar esses documentos.  (2) o § 40, alínea 1, e o § 41, alíneas 1 e 2, da lei sobre o procedimento em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária devem ser aplicados ao aviso de cancelamento (§ 87, letra b) e à decisão declaratória (§ 87, letra c) com as seguintes ressalvas:  a) o § 184 do Código de Processo Civil não é aplicável;  b) o aviso de cancelamento (§ 87, letra b) não pode ser entregue publicamente;  c) a decisão declaratória (§ 87, letra c) pode também então ser entregue publicamente, se a pessoa da parte a quem deve ser entregue é desconhecida.  § 89  (1) A reclamação contra a decisão declaratória deve ser interposta dentro de um prazo de duas semanas desde a entrega da decisão impugnada ao reclamante. O ofício de registro de imóveis e o tribunal de reclamação podem em casos especiais determinar em sua decisão um prazo mais longo.  (2) Em cópias determinadas de decisões a serem entregues deve ser anotado se contra a decisão um recurso é admissível e para qual autoridade, em que forma e dentro de que prazo deve ser interposto.  III.  Esclarecimento das relações de ordem  § 90  O ofício de registro de imóveis pode, em ocasiões especiais, especialmente na descrição confusa do registro de imóveis, eliminar a obscuridade e a ambiguidade na relação de ordem, de ofício ou a requerimento de uma parte.  § 91  (1) Antes da descrição de uma matrícula confusa o ofício de registro de imóveis tem de verificar se as relações de ordem são obscuras ou confusas e se seu esclarecimento conforme as circunstâncias parece apropriado. O ofício de registro de imóveis decide aqui conforme livre critério. A decisão é incontestável.  (2) A decisão pela qual o procedimento é iniciado deve ser entregue a todas as partes.  (3) O início do procedimento deve ser anotado no registro de imóveis.  (4) A decisão pela qual um requerimento de início do procedimento é rejeitado deve ser notificada apenas ao requerente.  § 92  (1) No procedimento valem como parte:  a) o proprietário registrado no registro de imóveis no tempo do registro da anotação (§ 91, alínea 3) e, se o terreno está gravado com uma hipoteca conjunta (obrigação real ou obrigação de renda), os proprietários registrados no registro de imóveis do outro terreno onerado com este direito;  b) as pessoas para quem no ponto de tempo determinado na letra a) um direito sobre o terreno ou um direito sobre um direito que onera o terreno é registrado no livro de imóveis ou é assegurado por um registro;  c) as pessoas que inscrevem um direito sobre um terreno ou sobre um direito que onera um terreno no procedimento e, por exigência do ofício de registro de imóveis ou da parte, fazem isso verossímil.  (2) Não é parte a pessoa cujo direito não é atingido pelo ajuste da ordem.  § 93  Se aquele registrado no registro de imóveis como proprietário ou autorizado não é autorizado, então ele tem imediatamente após a entrega da decisão de início de mostrar e especificar ao ofício de registro o que é sabido dele sobre a pessoa do autorizado. Uma nota por escrito dessa obrigação deve ser entregue a ele simultaneamente com a decisão de início.  § 94  (1) O ofício de registro de imóveis pode de ofício investigar se a propriedade ou um direito registrado favorece o registrado como autorizado ou um outro, bem como levantar as provas apropriadas disso. Em que medida o § 35 deve ser aplicado, o ofício de registro de imóveis decide com livre critério.  (2) O autorizado identificado vale desde o momento de sua nomeação também como parte.  (3) Se há dúvida sobre quem dentre várias pessoas é o autorizado, então as pessoas conjuntamente valem como autorizadas.  § 95  (1) Alterada no curso do procedimento a pessoa de um autorizado, então funciona o novo autorizado como parte desde o momento em que sua pessoa é conhecida pelo ofício de registro.  (2) Isso vale igualmente se no curso do procedimento um novo direito sobre o terreno ou sobre um direito que onera o terreno é constituído, o qual é afetado pelo procedimento.  § 96  Se a pessoa ou o paradeiro de uma parte ou de seu representante é desconhecido, então o ofício de registro de imóveis pode exigir um curador para o procedimento de retificação da ordem. Para a curadoria o ofício de registro de imóveis fica no lugar do tribunal de cautela.  § 97  (1) Se uma parte não mora na Alemanha e não nomeou um representante que more aqui, então o ofício de registro de imóveis pode providenciar que ele nomeie um representante que more na Alemanha para receber as notificações determinadas para ele ou para o procedimento.  (2) Se o ofício de registro de imóveis providenciou isso, desde que a parte não tenha nomeado o representante, após a convocação da primeira audiência, então todas as demais remessas podem ser efetuadas de tal maneira que o documento seja entregue no endereço da parte após seu lugar de moradia ser dado no correio; as remessas postais devem ser fornecidas com a indicação “registrado”. A remessa vale como efetuada com a entrega ao correio, mesmo se a remessa volta como devolvida.  § 98  A remessa pública é inadmissível.  § 99  O ofício de registro de imóveis pode impedir o titular de hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda, bem como o possuidor de documentos do tipo indicado nos §§ 1154 e 1155 do Código Civil, de apresentar esses documentos.  § 100  O ofício de registro de imóveis tem de convocar as partes para uma audiência de esclarecimento das relações de ordem. A convocação deve conter a indicação de que, apesar da ausência de uma parte, se deliberará sobre o esclarecimento das relações de ordem.  § 101  (1) O prazo entre a convocação e a audiência deve ser de pelo menos duas semanas.  (2) Esta disposição não deve ser aplicada a um adiamento, bem como a uma audiência para continuação da oitiva. Os convocados para a audiência anterior não precisam ser novamente convocados para a nova audiência, se isso é anunciado.  § 102  (1) Na audiência o ofício de registro de imóveis tem de tentar conduzir as partes a um acordo sobre uma clara hierarquia. Se as partes envolvidas chegarem a um acordo, então o ofício de registro de imóveis tem de certificar o acordo. Uma parte não envolvida pode conceder sua aprovação ao acordo em um documento público ou publicamente autenticado.  (2) Se as partes chegarem a um acordo, então o registro de imóveis deve ser refeito conforme o acordo.  § 103  Se as partes não chegarem a um acordo, então o ofício de registro de imóveis faz a elas uma proposta para uma nova hierarquia. Ele pode a esse respeito propor uma modificação da relação de ordem existente, na medida em que ela é necessária para atingir uma hierarquia clara.  § 104  (1) A proposta deve ser entregue às partes com a indicação de que elas podem levantar oposição contra ela dentro de um prazo de um mês da entrega perante o registro de imóveis. Em casos especiais um prazo maior pode ser determinado.  (2) A oposição deve ser apresentada por escrito ou por declaração subscrita pelo funcionário do ofício de um tribunal de primeira instância local; neste último caso, o prazo da oposição é cumprido se a declaração é dada dentro do prazo.  § 105  (1) A uma parte que, sem sua culpa, foi impedida de cumprir o prazo (§ 104), o ofício de registro de imóveis tem de conceder a seu requerimento a reposição ao estado anterior, se ela o apresenta dentro de duas semanas após a remoção do obstáculo à oposição e torna críveis os fatos que fundam a reposição ao estado anterior.  (2) A decisão pela qual a reposição é concedida é irrecorrível; contra a decisão pela qual o requerimento de reposição é descartado como inadmissível ou é rejeitado é admissível a reclamação conforme as disposições da lei sobre o procedimento em matéria de família e de jurisdição voluntária.  (3) A reposição não pode mais ser solicitada depois de que a nova hierarquia esteja registrada ou se, desde o fim do prazo não cumprido, um ano é decorrido.  § 106  (1) Se está pendente um litígio que tem por objeto a relação de hierarquia dos terrenos, então o procedimento deve a requerimento de uma parte e até a conclusão do processo ser suspenso.  (2) O ofício de registro de imóveis pode também de ofício suspender o procedimento e conceder à parte ou a cada um deles sob determinação um prazo para trazer a decisão do tribunal do processo, se o estabelecimento de uma nova hierarquia clara depende da decisão de um litígio sobre a relação de hierarquia existente.  § 107  Se o litígio está resolvido, então o ofício de registro de imóveis continua o procedimento na medida em que é necessário estabelecer uma clara hierarquia.  § 108  (1) Após o término do prazo da oposição, o ofício de registro de imóveis fornece por decisão a nova hierarquia fixa, mas não existe ocasião para fazer uma nova proposta. O ofício decide a esse respeito igualmente sobre a oposição não concluída; a esse propósito a decisão deve ser proferida com fundamentação.  (2) Se deve ser decidido sobre uma oposição, então a decisão deve ser entregue a todas as partes.  § 109  O ofício de registro de imóveis pode a qualquer momento ajustar o procedimento, se ele espera nenhum êxito de sua continuação. A decisão de ajuste é irrecorrível.  § 110  (1) Se o ofício de registro de imóveis tem de decidir sobre uma oposição na decisão pela qual é estabelecida a nova hierarquia, então é admissível contra a decisão a reclamação conforme as disposições da lei sobre o procedimento em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária.  (2) O direito de reclamar é inadmissível.  § 111  Se a nova hierarquia é estabelecida legalmente, então o ofício de registro de imóveis tem de reescrever o registro conforme a condição dessa hierarquia.  § 112  Se a nova hierarquia (§ 102, alínea 2, § 111) é registrada, então ela entra no lugar da hierarquia anterior.  § 113  Se a nova hierarquia é registrada (§ 102 Abs. 2, § 111) ou o procedimento é encerrado (§ 109), então a anotação introdutória deve ser excluída.  § 114  O ofício de registro de imóveis distribui o custo do procedimento em primeira instância entre as partes a seu critério.  § 115  Se um litígio pendente é encerrado pelo procedimento, então cada parte suporta os seus custos incorridos extrajudicialmente. As custas judiciais são abatidas.  Seção VI  Criação das matrículas de registro de imóveis  § 116  (1) Para um terreno que não recebeu uma matrícula na criação do registro de imóveis, a matrícula é criada de ofício, sem prejuízo do § 3, alínea 2 até 9.  (2) O procedimento da criação da matrícula dirige-se conforme as prescrições dos §§ 117 a 125.  § 117  O ofício de registro de imóveis tem de solicitar à autoridade competente o envio de um extrato autenticado da lista oficial para a designação dos terrenos no registro competente.  § 118  Para determinar a propriedade do terreno o ofício de registro de imóveis tem de fazer de ofício as investigações necessárias e levantar as provas adequadas.  § 119  O ofício de registro de imóveis pode na investigação dos interessados adotar um edital conforme as condições dos §§ 120 e 121.  § 120  No edital deve constar:  1. o anúncio da criação próxima da matrícula;  2. a designação do terreno, seu lugar, natureza e dimensão conforme a relação pública competente para a designação do terreno no registro de imóveis;  3. a designação do proprietário, bem como se ele é conhecido do ofício de registro ou deva ser determinado;  4. o convite à pessoa que reivindica o terreno de registrar seu direito dentro do prazo a ser determinado pelo ofício de registro de imóveis de no mínimo seis semanas e fazê-lo crível; em caso contrário seu direito não é levado em consideração na criação do ofício de registro de imóveis.  § 121  (1) O edital deve ser afixado no lugar determinado para o anúncio das notificações do ofício de registro de imóveis e publicado uma vez na folha determinada para as notificações oficiais do registro de imóveis. O ofício de registro de imóveis pode ordenar que a publicação tenha de ser feita várias vezes e ainda em outra folha ou, se o terreno tem um valor de menos de 3000 euros, que ela seja omitida por completo.  (2) O edital deve ser afixado no município em cujo âmbito o terreno está, no lugar determinado para as notificações oficiais ou deve ser notificado em outras maneiras usuais na localidade. Isso não vale se no município não é prevista uma afixação de notificações oficiais e uma outra notificação conforme os usos locais levaria unicamente a uma publicação adicional em uma das folhas designadas na alínea 1.  (3) O edital deve ser entregue de ofício às pessoas que reivindicam a propriedade e são conhecidas do ofício de registro de imóveis.  § 122  A matrícula apenas pode, se um procedimento de edital (§§ 120, 121) não foi estabelecido, ser criada depois de que, no município em cujo âmbito o terreno está, a iminência da criação e o nome do proprietário a ser registrado é notificado oficialmente e decorrido um mês desde a notificação; o ofício de registro de imóveis determina o tipo de notificação.  § 123  Como proprietário deve ser registrado no registro de imóveis:  1. o proprietário identificado;  2. em caso contrário o possuidor cuja propriedade é feita verossímil ao registro de imóveis;  3. em caso contrário aquele cuja propriedade parece mais provável ao registro de imóveis conforme o lugar da coisa.  § 124  (1) Direitos reais limitados sobre terrenos ou outras restrições à propriedade são registrados apenas na criação da matrícula, se eles são inscritos no ofício de registro de imóveis e são provados por documento público ou publicamente certificado, cujo conteúdo vem declarado pelo proprietário, ou são reconhecidos pelo proprietário.  (2) O proprietário deve ser ouvido sobre o reconhecimento. Se ele impugna o direito inscrito, então isso é assegurado pelo registro de uma oposição, no caso em que isso é feito verossímil.  (3) A hierarquia dos direitos deve ser registrada de acordo com a lei competente para ela no momento de sua criação e, se ele não pode ser determinado em seguida, conforme a ordem de sua inscrição.  § 125  A reclamação contra a criação da matrícula é inadmissível. No curso da reclamação pode ser exigido que o ofício de registro de imóveis  seja instruído a registrar uma oposição ou efetuar um cancelamento, conforme o § 53.  Seção VII  O registro de imóveis eletrônico  § 126  (1) Os governos estaduais podem determinar por portaria que e em que medida o registro de imóveis seja gerido em forma eletrônica com dados automatizados. Aqui deve ser garantido que:  1. sejam respeitados os princípios de um processamento de dados adequado, alcançadas especialmente precauções contra uma perda de dados, bem como mantidas as cópias necessárias das bases de dados atualizadas no mínimo diariamente e mantidas seguramente as bases de dados originárias bem como suas cópias;  2. os registros a serem efetuados podem ser imediatamente gravados em uma memória de dados e reproduzidos permanentemente com conteúdo imodificado de maneira legível;  3. as medidas necessárias sejam tomadas conforme o anexo a esta lei. Os governos estaduais podem transmitir por portaria  à administração estadual da justiça a autorização conforme a sentença 1.  (2) A execução do registro de imóveis em forma eletrônica abrange também a instalação e a execução de uma lista dos proprietários e dos terrenos, bem como outras listas necessárias para a execução do registro de imóveis em forma eletrônica. O ofício de registro de imóveis pode para a execução do registro de imóveis usar também listas do tipo indicado na sentença 1, que são estabelecidas nas repartições competentes para a execução do cadastro imobiliário; estas estão autorizadas a usar a lista indicada na sentença 1 enquanto isso é necessário para a execução do cadastro imobiliário.  (3) O processamento de dados pode em nome do ofício de registro de imóveis competente conforme  o § 1 ser feito nas instalações de uma outra repartição pública ou de uma pessoa jurídica de direito público, se a conclusão adequada dos assuntos registrais está assegurada.  § 127  (1) Os governos estaduais podem por portaria, a cuja aprovação as administrações estaduais de justiça podem também ser autorizadas, determinar que o ofício de registro de imóveis:  1. está autorizado a salvar no registro de imóveis e na relação conforme o § 126, alínea 2, a modificação do número sob o qual o terreno é indicado no cadastro de terrenos, que não importe em uma mudança do perímetro do terreno, bem como das informações contidas no cadastro imobiliário sobre a descrição efetiva dos terrenos no cadastro imobiliário digital;  2. transmita ao ofício competente para a gestão do cadastro imobiliário o local do ofício bem como os dados da relação de bens e do primeiro departamento digital.  (2) Na medida em que o ofício de registro de imóveis está obrigado conforme prescrição do direito federal a notificar um tribunal ou uma autoridade sobre um registro, essa obrigação não existe relativamente às informações extraídas do cadastro imobiliário para o registro de imóveis conforme disposição da alínea 1.  § 128  (1) O registro de imóveis executado eletronicamente ocorre para uma matrícula no lugar do livro de registro anterior, tão logo isso foi divulgado. A divulgação deve ocorrer tão logo forem incluídos os registros dessas matrículas no armazenamento de dados determinado para os registros de imóveis.  (2) A anotação de encerramento no livro de registro anterior deve ser subscrita unicamente por uma das pessoas competentes para assinar, nos termos do § 44, alínea 1, sentença 2.  (3) Os livros de registro de imóveis anteriores podem ser separados, na medida em que a aplicação do livro de registro executado digitalmente é realizada de maneira que o conteúdo integral das matrículas anteriores foi guardado no armazenamento de dados determinado para o livro de registro de imóveis informatizado e a reprodução na tela corresponda graficamente às matrículas anteriores  § 129  (1) Um registro é eficaz tão logo ele é guardado no banco de dados determinado para os registros de imóveis e pode ser reproduzido de maneira permanente o conteúdo imodificado em forma legível. Por uma tela de confirmação ou de outra maneira adequada deve ser comprovado se essas condições ocorreram.  (2) Cada registro deve indicar a data em que se tornou eficaz. Nos registros que se tornam conteúdo do livro de registro de imóveis, conforme § 127, alínea 1, não se exige a indicação do dia do registro no livro de imóveis, nada obstante a sentença 1.  § 130  O § 44, alínea 1, sentença 1, 2 “meia-alínea” 2 e sentença 3 não deve ser aplicado ao registro de imóveis executado eletronicamente; o § 44, alínea 1, sentença 2, primeira “meia-alínea”, vale com a condição de que a pessoa competente para a execução do registro de imóveis também possa efetivar o registro. Se o registro não é disposto especialmente, então o registrador deve fazer de maneira adequada o armazenamento em arquivos ou ao contrário de maneira verificável.  § 131  Se o registro de imóveis é executado de maneira digital com dados automatizados, então a impressão oficial entra no lugar da cópia da impressão e no lugar da cópia autenticada. A impressão não será subscrita. A impressão oficial deve ser indicada como tal e fornecida com um selo ou estampa; isso é igual a uma cópia autenticada.  § 132  A consulta ao registro de imóveis executado digitalmente pode também ser concedida a um outro diferente daquele que executa o registro. Sobre a permissão à consulta decide o ofício de registro de imóveis ao qual a consulta é solicitada.  § 133  (1) É admissível o estabelecimento de um procedimento automatizado que possibilite por recuperação a transmissão dos dados do registro de imóveis executado eletronicamente, desde que seja assegurado que:  1. A recuperação dos dados não excede as consultas admissíveis, conforme, ou com fundamento em, os §§ 12 e 12a e  2. A admissibilidade da recuperação pode ser controlada com base em um protocolo.  (2) O estabelecimento de um procedimento automatizado de recuperação nos termos da alínea 1 exige a autorização do poder judiciário do estado. A autorização pode ser concedida apenas a tribunais, autoridades, notários, engenheiros agrimensores nomeados publicamente, autorizados realmente no terreno, uma pessoa ou lugar contratada por um autorizado realmente, o banco público de Berlin, bem como para fins de processamento eletrônico de pedidos de informação (alínea 4) não outros institutos de crédito de direito público. Isso pressupõe que:  1. essa forma de transmissão de dados é apropriada tendo em conta os legítimos interesses dos autorizados atingidos realmente por causa do grande número de transmissões ou por causa de sua especial urgência;  2. da parte dos destinatários os princípios de um tratamento adequado dos dados são respeitados e  3. da parte dos ofícios de registro de imóveis haja possibilidade técnicas para isso e para a conclusão dos procedimentos e uma perturbação das atividades do ofício de registro de imóveis não deve ser esperada.  (3) A aprovação deve ser revogada se um dos pressupostos indicados na alínea 2 desaparecer. Ela pode ser revogada se o sistema foi usado abusivamente. Um contrato de direito público ou um acordo de gestão pode ser rescindido nos casos das sentenças 1 e 2. No caso da sentença 1 deve ser esclarecida a rescisão.  (4) Nos procedimentos de recuperação automatizada conforme alínea 1, requerimentos de informação ao registro de imóveis (visualização e emissão de cópias) podem também ser processados eletronicamente conforme o § 12 e as determinações regulamentando estas prescrições. A alínea 2, sentenças 1 e 3, valem mutatis mutandis. O processamento eletrônico apenas é admissível, se o proprietário do terreno, nos casos de superficiários e edifícios registrados do titular da superfície ou do edifício, concorda ou o testamenteiro no terreno deve efetuar a superfície ou o edifício e a pessoa ou o lugar recuperante assegura a presença dessa circunstância pela aplicação da senha eletrônica correspondente.  (5) Se o destinatário não é um organismo público, vale o § 38 da lei federal de proteção de dados com a condição de que a autoridade de supervisão também então fiscalize a execução das prescrições sobre a proteção de dados, mesmo se não estejam presentes indícios suficientes para uma violação dessas prescrições. Independentemente disso deve ser dado ao proprietário do terreno ou ao titular de um direito imobiliário a qualquer momento informações sobre a consulta ao protocolo em questão, a menos que a divulgação colocasse em perigo o sucesso de investigação criminal; esse protocolo pode ser destruído após a conclusão de um ano.  (6) Na medida em que no procedimento de busca automatizada dados pessoais são transmitidos, o destinatário está autorizado a usá-los apenas para a finalidade para cujo cumprimento eles tenham sido transmitidos a ele.  (7) As licenças conforme alínea 2 valem relativamente aos requisitos conforme as alíneas 1 e 2, sentença 3, nºs 1 e 2 em todo o território cujas autoridades a expediram. Logo que os requisitos técnicos para isso sejam dados, eles valem também nos territórios federais restantes. O Ministério Federal da Justiça dispõe por portaria com a anuência do congresso quando e em que parte do território federal esses requisitos sejam dados. Em vez de licenças podem ser fechados também convênios de direito público ou acordos administrativos. As sentenças 1 e 2 valem mutatis mutandis.  (8) revogado  § 134  O Ministério Federal da Justiça é autorizado a editar prescrições amplas por portaria com a aprovação do congresso federal sobre  1. os elementos dos requisitos do dispositivo e os pormenores da concepção e do restabelecimento do registro de imóveis executado digitalmente, bem como a derrogação das prescrições da primeira à sexta seção da lei do registro de imóveis que são necessários à execução do registro de imóveis digital;  2. os elementos da concessão de vista nos livros de registro de imóveis executados digitalmente;  3. os elementos da instalação de procedimentos automatizados para a transmissão de dados do registro de imóveis também aqui por escolha e aprovação. O ministério federal da justiça pode dentro de sua autorização conforme a alínea 1 transferir por portaria a regulamentação de detalhes suplementares ao governo regional e aqui também fornecer que esta pode transferir sua autorização por portaria à administração judiciária estadual.  § 134a A transmissão de dados no desenvolvimento do procedimento para a aplicação do banco de dados do registro de imóveis  (1) A administração estadual de justiça pode colocar dados do registro de imóveis para eliminação ao desenvolvedor de um procedimento de reconhecimento de conteúdo e exposição ótica automatizada (programa de migração) conforme a condição das alíneas 2 a 5; no resto valem a lei federal de proteção de dados e a do estado. O programa de migração deve suportar, para a introdução de um registro de imóveis que é conduzido em forma estruturada com vinculação lógica do conteúdo (banco de dados do registro de imóveis), a conversão dos dados do registro de imóveis em registros plenamente estruturados bem como seu armazenamento.  (2) O desenvolvedor do programa de migração está autorizado a usar os dados do registros de imóveis transmitidos a ele exclusivamente para o desenvolvimento e o teste do programa de migração. A transmissão dos dados ao desenvolvedor ocorre centralizadamente por acordos administrativos do estado determinado em relação a uma administração da justiça estadual. As partes envolvidas têm de encontrar as medidas correspondentes ao estado da técnica atual para assegurar a proteção e a segurança dos dados, especialmente para garantir a confidencialidade dos dados atingidos. A administração da justiça estadual determinada conforme alínea 2 é responsável pela observância das prescrições sobre proteção de dados e acorda com o desenvolvedor os detalhes do processamento de dados.  (3) A escolha dos dados de registro a serem transmitidos é feita pela administração da justiça estadual. Compete a ele colocar um corte transversal do conteúdo representativo do armazenamento base dos dados do registro de imóveis. Além do mais a seleção é feita conforme critérios formais. Para isso contam-se especialmente as fontes e os tipos usados nos registros nos livros de imóveis, as divisões das matrículas, a qualidade da exibição do conteúdo do registro de imóveis mostrado por conversão, bem como o formato do arquivo de dados convertido. Autoriza-se apenas a transmissão de tantos dados quantos sejam necessários para o desenvolvimento e o teste do programa de migração, no máximo cinco por cento do total atual de matrículas do estado.  (4) O desenvolvedor do programa de migração pode transmitir os dados do registro de imóveis armazenados por ele, bem como os dados derivados deles, nos termos da alínea 2, sentença 2, à administração estadual da justiça determinada ou à administração estadual da justiça respectivamente atingida. Lá os dados podem ser utilizados apenas para o teste de funcionamento do programa de migração, bem como para a verificação e a alegação das reclamações de garantia relativamente ao programa de migração; os dados devem lá ser apagados, se eles não são mais necessários para isso.  (5) O desenvolvedor do programa de migração deve apagar os dados de registros armazenados por ele, bem como os deles derivados, tão logo seu conhecimento para a realização dos objetivos indicados na alínea 2, sentença 1, não sejam mais necessários. No lugar de uma eliminação entra um bloqueio, na medida em que e enquanto o conhecimento dos dados indicados na sentença 1 seja necessário para a defesa das reclamações de garantia da administração da justiça estadual. O desenvolvedor tem de devolver ao ofício transmitente o disco entregue.  (6) Para o protótipo de um programa de migração com funcionalidade limitada, como parte do conceito de um banco de dados de registro de imóveis a ser criado, valem as alíneas 1 a 5, mutatis mutandis.  Seção VIII  Transações jurídicas eletrônicas e arquivo eletrônico de imóveis  § 135 Transações jurídicas eletrônicas e arquivo eletrônico de imóveis; autorizações regulamentares  (1) Requerimentos, outros esclarecimentos e comprovação de outros requisitos de registro podem ser transmitidos como documento eletrônico ao ofício de registro de imóveis conforme condições das seguintes determinações. O governo estadual está autorizado, mediante portaria,  1. a determinar o momento a partir do qual os documentos eletrônicos podem ser transmitidos; a autorização pode ser limitada a ofícios de registro de imóveis únicos;  2. a regular detalhes da transmissão e armazenamento de dados, bem como a definir o formato de dados para os documentos eletrônicos a serem transmitidos a fim de assegurar a adequação para o processamento pelo ofício de registro de imóveis;  3. a determinar exclusivamente para a recepção de requerimentos de registro colocados em forma eletrônica e outros documentos eletrônicos em matéria de registro de imóveis a instalação prevista diretamente endereçável do ofício de registro de imóveis;  4. a determinar que o notário  a) tem de transmitir os documentos eletronicamente e  b) além dos documentos eletrônicos determinados, tem de transmitir as informações contidas em forma estruturada e legível digitalmente; a obrigação pode ser limitada à apresentação para cada ofício de registro de imóveis, a cada tipo de operação de registro ou a documentos de conteúdo determinado;  5. Organizar medidas para o caso de ocorrência de distúrbios técnicos. Uma violação contra uma obrigação fundada na alínea 2, número 4, não impede a entrada eficaz de documentos no ofício de registro de imóveis.  (2) Os arquivos de registro de imóveis podem ser realizados eletronicamente. O governo regional é autorizado a determinar, por intermédio de portaria, a data a partir da qual o arquivo é executado eletronicamente; a organização pode ser limitada a cada ofício de registro de imóveis ou a parte do acervo de arquivos de imóveis realizada em um ofício de registro de imóveis.  (3) O governo regional pode transferir a autorização nos termos da sentença 1, alínea 2, e sentença 2, alínea 2, por portaria à administração judiciária da região.  (4) Para a transação jurídica eletrônica e os arquivos fundamentais eletrônicos vale o § 126, alínea 1, sentença 2, e alínea 3, mutatis mutandis. As prescrições da seção IV sobre a transação jurídica eletrônica e os arquivos eletrônicos em procedimento de reclamação permanecem inalterados.  § 136 Entrada de documentos eletrônicos no ofício de registro de imóveis  (1) Um requerimento de registro por meio de transmissão remota de dados como documento eletrônico transmitido entrou no ofício de registro de imóveis, quando a instalação determinada para a recepção fez a gravação, nos termos dos § 135, alínea 1, item 2, número 3. O momento exato deve ser anotado por meio de um carimbo de tempo eletrônico no requerimento. O § 13 alínea 2 e 3 não é aplicável. A transmissão imediata deve ser confirmada ao remetente com indicação do momento da entrada imediatamente na instalação determinada nos termos do § 135, alínea 1, item 2, número 3. A confirmação deve ser fornecida com uma assinatura eletrônica que possibilite a prova da origem e da integridade dos dados assinados por ela.  (2) Para a entrada de um requerimento de registro que é apresentado como documento eletrônico em um suporte de dados vale o § 13, alínea 2, número 2 e alínea 3. O ponto de tempo exato da entrada do requerimento deve ser anotado no requerimento.  (3) Documentos eletrônicos podem apenas então ingressar no registro de imóveis eficazmente, se eles estão adaptados para o processamento pelo ofício de registro de imóveis. Se um documento não está adaptado para o processamento pelo ofício de registro de imóveis, isto deve ser imediatamente notificado ao remetente ou ao apresentante de um suporte de dados conforme alínea 2, número 1, com menção à ineficácia da entrada e às condições técnicas válidas.  § 137 Forma do documento eletrônico  (1) Se um esclarecimento necessário para o registro ou uma outra exigência do registro deve ser provada por um documento público ou oficialmente certificado, então este pode ser transmitido como um documento eletrônico provido com um certificado eletrônico simples, nos termos do § 39a. da lei de certificação. A prova pode também ser feita pela transmissão de um documento eletrônico público (§ 371a, alínea 2, número 1 do Código de Processo Civil), se  1. o documento é provido com uma assinatura eletronicamente qualificada nos termos da lei das assinaturas;  2. o certificado qualificado da assinatura que está na base ou um certificado de atributo qualificado associado identifica as autoridades ou os bens como pessoa provida com fé pública. Uma exigência eventual permanece inalterada: provar ao ofício de registro de imóveis a posse do original ou de uma cópia de um documento  (2) Se esclarecimentos ou solicitações de uma autoridade são transmitidos como documento eletrônico, com base nos quais um registro deve ser feito, deve  1. o documento conter o nome da pessoa emissora e indicar a autoridade,  2. o documento ser provido com uma assinatura eletrônica qualificada pela pessoa emissora, nos termos da lei de assinaturas e  3. o certificado qualificado da assinatura que está na base ou um certificado de atributo qualificado associado identificar a autoridade.  (3) Esclarecimentos para os quais é exigida a forma escrita por prescrição legal podem ser transmitidos como documento eletrônico, se este contém o nome da pessoa emissora e é provido com uma assinatura eletrônica qualificada nos termos da lei das assinaturas.  (4) Requerimentos de registro bem como outros esclarecimentos que não estão sujeitos à prescrição de forma das alíneas 1 a 3, podem como documento eletrônico ser transmitidos, se estes contêm o nome da pessoa emitente. Os §§ 30 e 31 valem com a ressalva de que os esclarecimentos a serem provados na forma do § 29 podem ser transmitidos como documentos eletrônicos nos termos das alíneas 1 e 2.  § 138 Envio de documentos  (1) Documentos apresentados em papel podem ser transmitidos como documentos eletrônicos e nessa forma ser aceito nos arquivos de imóveis, no lugar do documento escrito. Os documentos escritos podem ser removidos posteriormente, mas não os documentos submetidos com um requerimento de registro antes da decisão sobre o requerimento.  (2) O conteúdo dos documentos eletrônicos aceitos no arquivo de imóveis deve ser recebido em forma legível. Os documentos podem para isso ser transformados em um outro formato de arquivo e nessa forma ser aceitos no registro de imóveis no lugar dos arquivos anteriores.  (3) Se o arquivo de imóveis não é executado eletronicamente, impressões dos documentos eletrônicos apresentados devem ser preparadas para o arquivo. Os documentos eletrônicos podem ser conservados e após a realização dos arquivos eletrônicos de imóveis serem aceitos nestes; após a aceitação a impressão pode ser destruída.  § 139 Impressão dos arquivos, visualização dos arquivos e recuperação de dados.  (1) No lugar da cópia dos arquivos do registro de imóveis entra a impressão e no lugar da cópia autenticada, a impressão oficial. As impressões não são assinadas. A impressão oficial deve ser indicada como tal e fornecida com um selo oficial ou uma estampa; ela é igual a uma cópia autenticada.  (2) A visualização nos arquivos eletrônicos do registro de imóveis pode também ser concedida por um outro que não o ofício de registro de imóveis que administra esse arquivo. Sobre a concessão da visualização decide o ofício de registro de imóveis no qual a visualização é procurada.  (3) Para a recuperação de dados do arquivo eletrônico do registro de imóveis pode ser introduzido um procedimento automatizado. O § 133 vale mutatis mutandis com a condição de que o procedimento não seja limitado aos documentos indicados no § 12 alínea 1, sentença 2.  § 140 Decisões, despachos e notificações  (1) Se os arquivos do registro de imóveis são executados eletronicamente, as decisões e os despachos podem ser emitidos em formato eletrônico. Elas devem ser fornecidas pela pessoa expedidora com seu nome, deliberação e despachos provisórios adicionalmente com uma assinatura eletrônica qualificada nos termos da lei de assinaturas. O governo regional é autorizado a determinar por portaria o momento a partir do qual as decisões e os despachos devam ser expedidos em forma eletrônica; a disposição pode ser limitada a cada ofício de registro de imóveis. O governo regional pode delegar a autorização por portaria à administração judiciária regional.  (2) Decisões, despachos e notificações podem ser comunicadas ao destinatário indicado no § 174, alínea 1 do Código de Processo Civil pela transmissão eletrônica de documentos. Além disso, a transmissão eletrônica de documentos é admissível se o destinatário aceitou-a expressamente. Os documentos devem ser protegidos contra o acesso não autorizado. Na transmissão de decisões finais e provisórias os documentos devem ser fornecidos com uma assinatura eletrônica que possibilite por intermédio dela a prova da origem e da autenticidade dos dados assinalados.  (3) Cópias e transcrições de decisões e despachos que são expedidos em forma eletrônica podem ser preparados por uma impressão. Cópias de decisões e despachos provisórios devem ser subscritos pelo funcionário do escritório e providos com um selo ou uma estampa.  (4) As disposições da seção IV sobre documentos judiciais eletrônicos no procedimento recursal permanecem intocadas. A alínea 1 não vale para a execução dos registros de imóveis.  § Autorizações do Ministério Federal da Justiça  O Ministério Federal da Justiça está autorizado a expedir normas mais detalhadas por portaria com a aprovação do Congresso Nacional sobre  1. os detalhes dos requisitos técnicos e organizacionais do estabelecimento de transações jurídicas eletrônicas e do arquivo eletrônico de registro de imóveis, desde que estes não sejam abrangidos pelo § 135, alínea 1, frase 2, número 2,  2. os detalhes da aplicação e da formatação do arquivo eletrônico do registro de imóveis, bem como da restauração do conteúdo do arquivo do registro de imóveis,  3. os detalhes da transferência de documentos atualmente escritos em papel para documentos eletrônicos, bem como a transferência de documentos eletrônicos para papel ou outro formato de arquivos,  4. os detalhes da concessão da visualização aos arquivos eletrônicos de registro de imóveis e  5. os detalhes da instalação de procedimentos automatizados para a transferência de dados do arquivo eletrônico do registro de imóveis também por pesquisa e aprovação.  O Ministério Federal de Justiça pode, nos termos de sua autorização conforme sentença 1, transferir a regulamentação de detalhes adicionais por portaria ao governo regional e assim também prever que esta sua autorização pode ser transferida por portaria ao poder judiciário regional.  Seção IX - Disposições transitórias e finais  § 142  (1) entrada em vigor  (2) Os artigos 1, alínea 2, 2, 50 e 55 da lei de introdução ao Código Civil devem ser aplicados “mutatis mutandis”.  § 143  (1) A menos que na lei de introdução ao Código Civil sejam feitas reservas a favor da lei regional, valem também as prescrições da lei regional sobre o registro de imóveis; contudo, os §§ 12a e 13, alínea 3, § 44, alínea 1, sentenças 2 e 3, § 56, alínea 2, § 59, alínea 1, sentença 2, § 61, alínea 3, e § 62, alínea 2, também nesse caso devem ser aplicados.  (2) Alínea 2, segunda metade, vale também para o tratamento registral das autorizações de mineração.  (3) Associações e atribuições entre terrenos e direitos, para os quais valem as disposições sobre terrenos conforme o direito regional, não devem ser efetuadas.  § 144  (1) As disposições dos § 20 e 22, alínea 2, sobre o direito de superfície, bem como a disposição do § 49 devem ser aplicadas “mutatis mutandis” aos direitos indicados nos artigos 63 e 68 da lei de introdução ao Código Civil.  (2) Se está registrado na matrícula de um terreno um direito do tipo indicado no artigo 63 e 68 da lei de introdução ao Código Civil, então mediante requerimento deve ser aberta uma matrícula específica para esse direito. Isso acontece de ofício, se o direito deve ser alienado ou onerado. A abertura é anotada na matrícula do terreno.  (3) As leis do estado podem determinar que, ao invés das disposições da alínea 2, as disposições dos §§ 14 até 17 da lei do direito de superfície devem ser aplicadas “mutatis mutandis”.  § 145  Os livros que são escriturados conforme as determinações anteriores como livros de registro de imóveis valem como livros de registro de imóveis no sentido desta lei.  § 146  Se vários livros são escriturados conforme o § 145, então cada terreno deve ter lugar especial em um dos livros. Neste lugar deve ser referido ao registro localizado nos outros livros. O lugar do livro principal e os lugares nos quais são referidos valem conjuntamente como a matrícula.  § 147  Se os terrenos não são indicados conforme as medidas do § 2º, alínea 2, em um livro que vale como livro de imóveis nos termos do § 145, então a indicação deve ser efetuada de ofício.  § 148  (1) O Governo Estadual ou as autoridades estaduais mais altas determinadas por ele podem por portaria geral ou para determinados livros de registro de imóveis determinar o procedimento visando a restauração integral ou parcial de um livro de registro de imóveis que veio a ser destruído ou perdido, bem como visando a substituição de documentos que vieram a ser destruídos ou perdidos do tipo indicado no § 10, alínea 1. Eles podem aí também determinar sobre a maneira em que o registro necessário a uma mudança jurídica deve ser substituído até a restauração do livro.  (2) Se a tomada de registros no livro de imóveis informatizado não é possível temporariamente, então registros podem ser feitos em um livro de registro de imóveis substitutivo em forma de papel para a disposição da gestão do ofício de registro de imóveis, desde que disso não deve decorrer confusão. Eles devem ser feitos no livro de imóveis informatizado, tão logo isso seja possível de novo. Para os registros conforme a sentença 1 vale o § 44; no caso da sentença 2 vale o § 128, mutatis mutandis. Os governos estaduais estão autorizados a regular os detalhes do procedimento por portaria; eles podem transferir essa autorização à administração estadual de justiça por portaria.  (3) Se a inclusão de documentos eletrônicos não é possível temporariamente nos arquivos de imóveis eletrônicos, a administração do ofício de registro de imóveis pode providenciar que uma impressão dos documentos deva ser preparada para os arquivos. Ela deve ser incluída nos arquivos de imóveis eletrônicos tão logo isso seja possível novamente. O § 138, alínea 3, sentença 2, vale mutatis mutandis.  (4) Os governos regionais podem por portaria determinar que  1. o registro de imóveis executado até então de maneira informatizada seja executado de novo em papel,  2. a transação jurídica eletrônica seja instituída ou  3. os arquivos de imóveis até então executados eletronicamente sejam executados em papel de novo. A portaria deve apenas ser adotada, se os requisitos do § 126, também em conjunto com o § 135, alínea 4, sentença 1, não apenas temporariamente são eliminados e em tempo previsível não podem ser restaurados. A sentença 2 não vale até o momento em que for determinado por portaria conforme o § 135, alíneas 1 e 2, que a transação jurídica eletrônica e a execução eletrônica dos arquivos de imóveis unicamente limitada para fins de teste seja autorizada ou providenciada. O § 44 vale mutatis mutandis. A reordenação da gestão digital do registro de imóveis conforme a seção VII, bem como a reintrodução da transação jurídica eletrônica e a reordenação da execução eletrônica dos arquivos de imóveis conforme a seção VIII permanecem inalteradas.  § 149  (1) As disposições estaduais existentes em Baden-Württemberg sobre os ofícios de registro de imóveis e a competência das pessoas que trabalham lá, bem como sobre as particularidades daí resultantes permanecem inalteradas; isso vale também para as disposições sobre o número de assinaturas necessárias nos registros de imóveis e nos títulos de hipotecas, obrigações reais e obrigações de renda, bem como para os regulamentos que diferem dos §§ 12c, 13, alínea 3, e § 44, alínea 1, sentenças 2 e 3. Inalterado permanece também o artigo 1, alínea 1, da lei sobre a autorização do Estado de Baden-Würtemberg para a consolidação legal de 17 de dezembro de 1974 (BGBI. 1 S 3602), bem como os § 35 e 36 da Lei dos auxiliares da justiça.  (2) § 29, alíneas 1 e 3, da lei de registro de imóveis vale também no Estado de Baden-Würtemberg na versão que é aplicável para o restante do território federal.  § 150  (1) No território indicado no artigo 3 do tratado da unificação vale esta lei com as seguintes condições:  1. Os livros de registro de imóveis podem ser executados, em derrogação do § 1 até o término de 31 de dezembro de 1994, pelos ofícios competentes até 2 de outubro de 1990 ou mais tarde determinados por lei estadual. A competência dos funcionários do ofício de registro de imóveis rege-se conforme as determinações existentes para esse lugar no dia anterior à entrada em vigor da adesão ou adotadas posteriormente em cada estado. Estes são também para o número das assinaturas necessárias e autorizadas para isso, na medida em que registros referentes a terrenos devam ser subscritos. Prescrições conforme as sentenças 2 e 3 podem também ser mantidas, modificadas ou completadas, se o registro de imóveis é novamente conduzido pelo tribunal de primeira instância. Se registros foram efetuados antes de 19 de outubro de 1994 nos registros de imóveis que são executados no âmbito indicado no artigo 3º do tratado de unificação que não correspondem às prescrições do § 44, alínea 1, então esses registros são nada obstante eficazes, se eles cumprem as exigências das prescrições adotadas para a execução do registro de imóveis em cada estado.  2. Relação oficial dos terrenos no sentido do § 2º é aquela autorizada no dia anterior da entrada em vigor da adesão à designação do terreno ou a relação que entra em seu lugar.  3. Os registros de imóveis que são efetivados conforme as determinações existentes no dia anterior à entrada em vigor da adesão valem como registros de imóveis no sentido da lei de registro de imóveis.  4. A não ser que, conforme as disposições válidas no dia anterior à entrada em vigor da adesão, matrículas de prédios devam ser criadas e efetivadas, estas disposições devem continuar a ser aplicadas. Isso vale também para a identificação da criação da matrícula do prédio no registro de imóveis do terreno. O proprietário do prédio pode também apresentar o requerimento de criação da matrícula do prédio. Isso vale mutatis mutandis para matrículas de prédios criadas conforme disposições posteriormente editadas. Para registros ou retificações nos registros de prédios não deve ser demonstrada no caso do artigo 233, § 4º, da Lei de Introdução ao Código Civil a existência do prédio.  5. Além desta lei as disposições dos §§ 2 até 85 da lei sobre os procedimentos em matéria de família e nos assuntos de jurisdição voluntária são aplicáveis mutatis mutandis, salvo alguma outra disposição de direito, especialmente das disposições do direito de registro de imóveis, ou que resulte dele que os registros de imóveis não são executados pelos tribunais.  6. Pedidos de registro no livro de imóveis que foram recebidos no ofício de registro antes da entrada em vigor da adesão devem ser feitos por estes conforme as disposições procedimentais válidas no dia anterior à entrada em vigor da adesão.  7. Além do mais, valem mutatis mutandis as condições gerais listadas no anexo I, capítulo III, assunto A, seção III, sob o nº 28 do acordo de unificação. No dia da entrada em vigor da adesão os procedimentos recursais pendentes devem ser submetidos ao tribunal agora competente para decisão sobre o recurso.  (2) Em 1º de janeiro de 1995 perdem vigor, conforme alínea 1, nº 1, frase 1, as disposições que continuam ou adotadas pelos estados segundo as quais os registros de imóveis são executados por outros ofícios do que aqueles indicados no § 1º. Os ofícios indicados no § 1º permanecem obrigados também após essa data a aplicar instruções gerais para o tratamento acelerado dos assuntos registrais. Os governos estaduais estão autorizados a determinar por portaria uma data anterior para a revogação dessa disposição. No caso das sentenças 1 e 3 pode ser determinado por portaria do governo estadual que os assuntos de registro de imóveis sejam executados em uma parte da circunscrição imobiliária por uma filial do tribunal de primeira instância equipada para tanto, se isso parece oportuno, conforme as condições locais para conclusão relevante e, sem prejuízo do § 176, alínea 2, da lei federal de mineração em caso contrário, cujo ofício executa o registro de mineração, conforme a revogação da disposição indicada na alínea 1. O governo estadual pode transferir sua autorização conforme esta disposição por portaria ao poder judiciário estadual.  (3) Sempre que o registro de imóveis é executado por autoridades administrativas ou da administração judiciária, é dado contra uma decisão do ofício de registro de imóveis (alínea 1, nº 1, frase 1) o recurso previsto no § 71 da GBO, ainda que também ela não foi feita ou é feita expressamente por ordem do encarrregado do registro de imóveis. Essa regulação vale desde 3 de outubro de 1990, desde que os procedimentos ainda não tenham sido concluídos juridicamente. Em caso contrário, procedimentos pendentes de recursos contra decisões do ofício de registro de imóveis passam no estado em que se acham na entrada em vigor dessa disposição ao tribunal de recursos. A sentença 1 expira no momento indicado na alínea 2, sentença 1 ou sentença 3.  (4) Nos ofícios de registro de imóveis nas áreas indicadas no artigo 3 do Tratado da Unificação podem ser habilitadas para a  realização de atos oficiais até o término de 31 de dezembro de 1999 pessoas que recebem esses ofícios com base em contratos de serviço duradouros ou temporários. O prazo pode ser aumentado por portaria do ministério federal de Justiça com o consentimento do Congresso Federal.  (5) O Ministério Federal da Justiça está autorizado, por portaria com anuência do congresso, a expedir determinações mais pormenorizadas sobre a prova do poder sobre  1. direitos reais limitados sobre um terreno, construções ou outros direitos imobiliários semelhantes,  2. reservas ou  3. dispor sobre outros ônus e limitações registrados no registro de imóveis, cujo registro foi pedido antes de 1º de julho de 1990 na circunscrição indicada no artigo 3 do tratado da unificação. Aí pode ser determinado que o § 39 não deve ser aplicado e que isso não exige a apresentação de uma carta de hipoteca, obrigação real ou obrigação de renda.  (6) O § 134a expira em 31 de dezembro de 2020.  Anexo (§ 126, alínea 1, frase 2, número 3)  Se dados pessoais são processados automaticamente, devem ser tomadas medidas que sejam adequadas ao tipo de dados pessoais a serem protegidos,  1. para negar o acesso não autorizado ao equipamento de processamento de dados com o qual dados pessoais são processados (controle de acesso),  2. para impedir que suportes de dados possam ser sem autorização lidos, copiados, modificados ou removidos (controle de suporte de dados),  3. para impedir a entrada na memória não autorizada, bem como a leitura não autorizada, a modificação ou a eliminação de dados pessoais armazenados (controle de armazenamento),  4. para impedir que os sistemas de processamento de dados com ajuda de dispositivos de transmissão de dados possam ser usados por pessoas não autorizadas (controle de uso),  5. para assegurar que exclusivamente os autorizados ao uso de um sistema de processamento de dados possam acessar os dados correspondentes à sua autorização de acesso.  6. para assegurar que pode ser verificado e encontrado a que locais dados pessoais podem ser transmitidos por equipamentos de transferência de dados (controle de transmissão),  7. para assegurar que posteriormente possa ser verificado e encontrado quais dados pessoais, quando e por quem tenham sido inseridos no sistema de processamento de dados (controle de entrada),  8. para assegurar que dados pessoais que são processados a requerimento apenas podem ser processados com as correspondentes instruções dos requerentes (controle de requerimento),  9. para evitar que, na transmissão de dados pessoais, bem como no transporte do suporte de dados, os dados possam ser lidos, copiados, modificados ou eliminados sem autorização (controle de transporte),  10. para configurar a organização interna ou interiormente de modo que ela satisfaça os requisitos especiais de proteção dos dados (controle de organização). |